



LANDKREIS
LUDWIGSBURG

Beteiligungen des Landkreises Bericht 2023



Beteiligungsmanagement

Beteiligungsbericht 2023 des Landkreises Ludwigsburg

**Ausgearbeitet auf der Grundlage
der Prüfungs- und Geschäftsberichte**

Herausgeber: Stabsstelle VI-S
– Beteiligungsverwaltung –

Beteiligungsverwaltung: Marcus Wägele
Beatrice Theissen

Kontaktadresse: Stabsstelle VI-S
– Beteiligungsverwaltung –
Landratsamt Ludwigsburg
Hindenburgstraße 40
71638 Ludwigsburg

Tel: 07141 / 144-42300

E-Mail: Beatrice.Theissen@landkreis-ludwigsburg.de



Titelblatt

Bildquellen

AVL (Andreas Dalferth)

Fotolia.com (creyx)

Fotolia.com (satyrenko)



Vorwort zum Beteiligungsbericht 2023 des Landkreises Ludwigsburg

Eine Vielzahl öffentlicher Aufgaben wird außerhalb der Kernverwaltung des Landkreises Ludwigsburg durch privatwirtschaftliche Unternehmen, Zweckverbände und weitere Gesellschaften des öffentlichen Rechts erbracht. In Form von Beteiligungen in den unterschiedlichsten Organisationsformen werden diese ausgelagerten öffentlichen Aufgaben des Landkreises erfüllt.

Der jährliche Beteiligungsbericht informiert alle Gremien und interessierten Einwohnerinnen und Einwohner des Landkreises Ludwigsburg über die wichtigsten Beteiligungsunternehmen. Trotz einer Ausgliederung der Aufgabenwahrnehmung aus der Kernverwaltung, bleibt die Verantwortung des Landkreises für die Aufgabenerfüllung und die damit verbundene Finanzverantwortung bestehen. Neben der Darstellung der wirtschaftlichen Tätigkeit und Entwicklung der einzelnen genannten Unternehmen wird hier eine detaillierte Basis für die Gesamtbewertung dieser ausgelagerten Aufgaben geboten.

Vorwiegend erfolgt die Beteiligung unmittelbar oder mittelbar mit mehr als 50 % an den jeweiligen Unternehmen. Aus Gründen der Vollständigkeit sind auch weitere wesentliche Beteiligungen des Landkreises aufgeführt, die diese Kriterien nicht erfüllen.

Zu den unmittelbaren Mehrheitsbeteiligungen zählen:

- Abfallverwertungsgesellschaft des Landkreises Ludwigsburg mbH
- ILS gGmbH (Integrierte Leitstelle Landkreis Ludwigsburg)
- RKH Regionale Kliniken Holding und Services GmbH
- RKH Kliniken Ludwigsburg-Bietigheim gGmbH

Als mittelbare Beteiligungen und Kleinbeteiligungen sind insbesondere zu nennen:

- Hamberg Deponie-Gesellschaft mbH
- RKH Klinikenservice und Gastronomie GmbH
- RKH Orthopädische Klinik Markgröningen gGmbH
- RKH MVZ Klinikum Ludwigsburg gGmbH (Medizinisches Versorgungszentrum)
- Kleeblatt Pflegeheime gGmbH
- Verkehrs- und Tarifverbund Stuttgart GmbH
- Komm.ONE AöR
- ORTEMA GmbH.

Ergänzend zu den Beteiligungen werden auch die Mitgliedschaften des Landkreises Ludwigsburg am Zweckverband Strohgäubahn, Zweckverband Kreisbreitband, Zweckverband Stadtbahn im Landkreis Ludwigsburg und am Zweckverband Helene-Lange-Gymnasium Markgröningen in diesen Bericht aufgenommen. Darüber hinaus sind die Stiftung Schullandheim Strümpfelbrunn, die Stiftung Burg Lichtenberg Oberstenfeld und der Landschaftserhaltungsverband Landkreis Ludwigsburg e.V. in diesem Bericht enthalten.

Die Grundlage für diesen Bericht sind die festgestellten Jahresabschlüsse und die Geschäfts- und Prüfberichte für das Geschäftsjahr 2023. Die Darstellung der einzelnen Unternehmen im Beteiligungsbericht erfolgt mindestens nach den gesetzlichen Bestimmungen der Gemeindeordnung Baden-Württemberg.

Ich danke den Geschäftsführungen, Aufsichtsgremien und den Mitarbeitenden in den Unternehmen und Zweckverbänden für ihren engagierten Einsatz bei der Erstellung dieses Beteiligungsberichts.

Ludwigsburg, im Dezember 2024

Dietmar Allgaier
Landrat



Inhaltsverzeichnis

	Seite
I. Informationen zum Beteiligungsbericht 2023	5
II. Übersicht der Beteiligungen des Landkreises Ludwigsburg	8
III. Beteiligungsdaten auf einen Blick	9
IV. Besonderheiten im Beteiligungsportfolio	10
V. Darstellung der einzelnen Beteiligungsgesellschaften	11
1. Abfallverwertungsgesellschaft des Landkreises Ludwigsburg mbH	11
2. Hamberg Deponie-Gesellschaft mbH	20
3. RKH Regionale Kliniken Holding und Services GmbH	28
4. RKH Kliniken Ludwigsburg-Bietigheim gGmbH	38
5. RKH Orthopädische Klinik Markgröningen gGmbH	55
6. ORTEMA GmbH	70
7. RKH Klinikenservice und Gastronomie GmbH	80
8. RKH MVZ Klinikum Ludwigsburg gGmbH	87
9. RKH MVZ Orthopädische Klinik Markgröningen gGmbH	93
10. RKH Privatkliniken GmbH	99
11. ILS gGmbH (Integrierte Leitstelle Landkreis Ludwigsburg)	103
12. Kleeblatt Pflegeheime gGmbH	106
13. Verkehrs- und Tarifverbund Stuttgart GmbH	109
14. Komm.ONE AöR / Zweckverband 4 IT	113
VI. Mitgliedschaft in Zweckverbänden	116
1. Zweckverband Strohgäubahn	116
2. Zweckverband Kreisbreitband Ludwigsburg	121
3. Zweckverband Stadtbahn im Landkreis Ludwigsburg	125
4. Zweckverband Helene-Lange-Gymnasium Markgröningen	129
VII. Weitere Gesellschaften/ Beteiligungen	132
1. Stiftung Schullandheim Strümpfelbrunn	132
2. Stiftung Burg Lichtenberg Oberstenfeld	135
3. Landschaftserhaltungsverband Landkreis Ludwigsburg e.V.	137



I. Informationen zum Beteiligungsbericht 2023

1. Gesetzliche Grundlagen

1.1 Ausgliederung kommunaler Aufgaben

Der Landkreis Ludwigsburg ist an mehreren Unternehmen, die in privater oder öffentlich-rechtlicher Rechtsform geführt werden, beteiligt. Diese Unternehmen erfüllen kommunale Aufgaben für den Landkreis.

Mit der Errichtung von Beteiligungsgesellschaften zur Erfüllung von kommunalen Aufgaben wird zwar die Aufgabenwahrnehmung aus der Verwaltung ausgegliedert, die Aufgaben selbst verbleiben aber beim Landkreis. Aus dieser fortbestehenden Aufgaben- und damit auch Finanzverantwortung des Landkreises folgt eine Steuerungs- und Überwachungspflicht bei den Beteiligungs-gesellschaften.

Der Beteiligungsbericht wurde zum Stichtag 31.12.2023 erstellt. Bezugsgrößen sind die Jahresabschlüsse, Geschäfts- und Prüfungsberichte des Geschäftsjahres 2023.

1.2 Inhalte des Beteiligungsberichts

Gemäß § 105 Abs. 2 Gemeindeordnung (GemO) hat der Landkreis zur Information des Kreistages und der Einwohner jährlich einen Bericht über die Unternehmen in einer Rechtsform des privaten Rechts, an denen der Landkreis unmittelbar oder mit mehr als 50% mittelbar beteiligt ist, zu erstellen.

Im Beteiligungsbericht wird für den Kreistag und die Öffentlichkeit dargestellt, welche öffentlichen Aufgaben die Unternehmen im vergangenen Jahr erfüllt haben und wie die wirtschaftliche Entwicklung der Unternehmen verlief.

Nachfolgend sind die Mindestinhalte des Beteiligungsbericht aufgeführt.

- **Gegenstand des Unternehmens**
Hierunter versteht man den Bereich und die Art der Betätigung des Unternehmens, welche zur Erreichung des Gesellschaftszwecks im Gesellschaftsvertrag oder in der Satzung vereinbart wurden.
- **Beteiligungsverhältnisse des Unternehmens**
Bei diesem Punkt werden die Gesellschafter des Unternehmens und die Verteilung der Geschäftsanteile auf die Gesellschafter aufgeführt.
- **Beteiligungen des Unternehmens**
Hier sollen diejenigen Beteiligungen aufgezeigt werden, die das betreffende Unternehmen selbst an anderen Unternehmen hält.



▪ **Besetzung der Organe**

Die Besetzung der Organe ist vor dem Hintergrund der Kontrolle durch die Gebietskörperschaft wichtig. Hier wird aufgezeigt, wie der Landkreis in der Gesellschaftsversammlung sowie ggf. im Aufsichtsrat und in der Geschäftsführung vertreten ist.

▪ **Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks**

Hier wird insbesondere darauf eingegangen, wie das Unternehmen den im Gesellschaftsvertrag oder in der Satzung festgelegten öffentlichen Zweck durch seine Geschäftstätigkeit verfolgt.

▪ **Das letzte Geschäftsjahr**

Für das jeweilige letzte Geschäftsjahr sind die Grundzüge des Geschäftsverlaufs, die Lage des Unternehmens, die Kapitalzuführungen und -entnahmen durch den Landkreis, die durchschnittliche Anzahl der beschäftigten Arbeitnehmer getrennt nach Gruppen und die wichtigsten Kennzahlen der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage darzustellen. Darüber hinaus sind die gewährten Gesamtbezüge der Mitglieder der Geschäftsführung und des Aufsichtsrats ebenso aufzuführen (hierbei ist jedoch gemäß § 105 Abs. 2 Nr. 3 GemO der § 286 Abs. 4 des Handelsgesetzbuchs anwendbar, wonach auf die Angabe der Gesamtbezüge verzichtet werden kann, wenn sich anhand dieser Angaben die Bezüge eines Mitglieds des jeweiligen Organs feststellen lassen).

Ist der Landkreis Ludwigsburg **unmittelbar mit weniger als 25%** an einem Unternehmen beteiligt, kann sich die Darstellung nach § 105 Abs. 2 Satz 3 auf den Gegenstand des Unternehmens, die Beteiligungsverhältnisse und den Stand der Erfüllung beschränken.

Die Inhalte der jeweiligen Berichte zu den Beteiligungsunternehmen orientieren sich an den genannten Pflichtinhalten. Bezugsgröße für die einzelnen Berichte sind die dazugehörigen Jahresabschlüsse, sowie die Geschäfts- und Prüfungsberichte. Teilweise wurde jedoch aus Gründen der besseren Verständlichkeit sowie der Erhöhung des Informationsgehalts von der obenstehenden Untergliederung abgewichen.

Da in den Beteiligungsbericht gemäß § 105 Abs. 2 GemO nur Beteiligungen an Unternehmen in der Rechtsform des privaten Rechts aufgenommen werden müssen, sind Beteiligungen an Zweckverbänden nicht zwingend im Beteiligungsbericht aufzuführen. Aus Gründen der Transparenz und Vollständigkeit sind die bedeutendsten Mitgliedschaften des Landkreises Ludwigsburg bei Zweckverbänden ebenfalls im Beteiligungsbericht mit aufgeführt.

Der Beteiligungsbericht ist ortsüblich bekanntzugeben.



2. Erläuterungen der verwendeten Kennzahlen

Im Beteiligungsbericht ist die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaften anhand der nachfolgenden Finanzkennzahlen analysiert:

- Eigenkapitalquote
in % $= \frac{\text{Eigenkapital}}{\text{Bilanzsumme}} \times 100$

Das Eigenkapital setzt sich aus dem Grundkapital (gezeichnetem Kapital), den offen angesammelten Rücklagen, dem Gewinnvortrag aus dem Vorjahr, dem Jahresüberschuss und der Hälfte der langfristigen Rückstellungen (in der Regel für Pensionsverpflichtungen) zusammen.

Die Eigenkapitalquote stellt den Anteil des Eigenkapitals an der Bilanzsumme des Unternehmens dar.

- Anlagendeckung I
in % $= \frac{\text{Eigenkapital}}{\text{Anlagevermögen}} \times 100$

Anlagendeckung II
in % $= \frac{\text{Eigenkapital} + \text{langfristiges Fremdkapital}}{\text{Anlagevermögen}} \times 100$

Die Anlagendeckung sagt aus, in welchem Umfang das Anlagevermögen (im Wesentlichen Grundstücke, Gebäude, Maschinen, langfristige Forderungen und Beteiligungen) durch Eigenkapital und durch langfristiges Kapital (Eigenkapital und langfristiges Fremdkapital) finanziert ist.

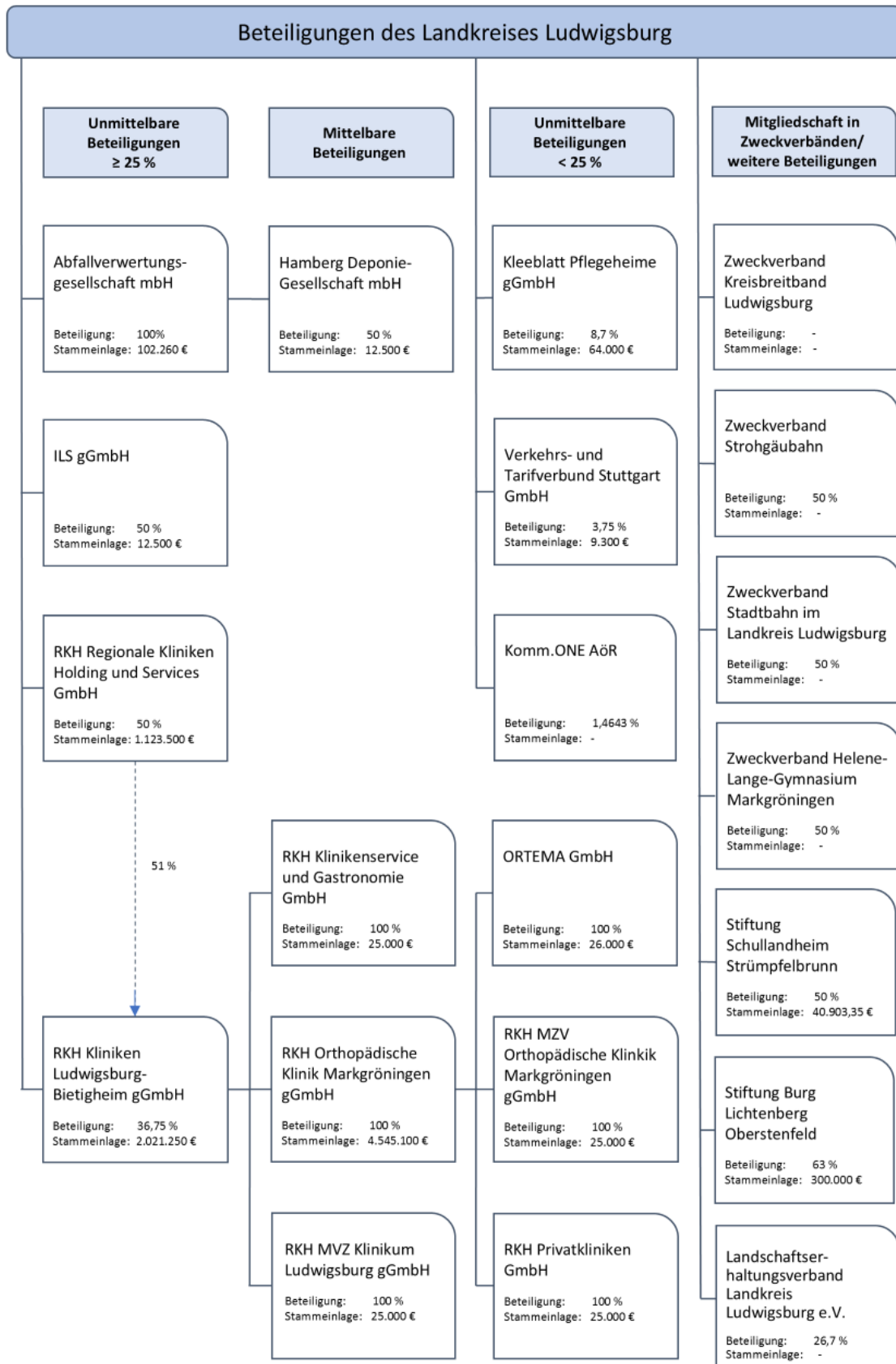
- Liquiditätsgrad
in % $= \frac{\text{Flüssige Mittel} + \text{Kurzfristige Forderungen}}{\text{Kurzfristiges Fremdkapital}} \times 100$

Als Liquidität wird die Fähigkeit eines Unternehmens bezeichnet, fällige Zahlungen termingerecht zu leisten.

Der Liquiditätsgrad zeigt, in welchem Prozentsatz kurzfristige Verbindlichkeiten durch liquide Mittel und kurzfristige Forderungen abgedeckt sind.



II. Übersicht der Beteiligungen des Landkreises





III. Beteiligungsdaten auf einem Blick

Beteiligungen des Landkreises	Bilanzsumme		Anlagevermögen		Eigenkapital		Verbindlichkeiten		Jahresergebnis		Mitarbeiterzahl	
	2023	2022	2023	2022	2023	2022	2023	2022	2023	2022	2023	2022
Unmittelbare und mittelbare Beteiligungen												
1. Abfallverwertungsgesellschaft des Landkreises Ludwigsburg GmbH	69.663.411,46 €	66.863.129,99 €	13.326.580,71 €	14.054.541,78 €	15.303.874,27 €	10.099.113,87 €	7.058.597,58 €	9.232.605,92 €	5.210.760,40 €	2.468.384,75 €	176	177
2. Hamberg Deponie-Gesellschaft mbH	9.427.214,90 €	8.365.855,73 €	3.285.086,86 €	3.827.177,46 €	1.151.577,20 €	424.803,31 €	436.117,94 €	208.167,39 €	726.773,89 €	117.080,58 €	5	4
3. RKH Regionale Kliniken Holding und Services GmbH	11.909.118,27 €	15.548.143,94 €	7.037.202,00 €	6.693.519,00 €	6.208.125,37 €	6.121.876,43 €	4.615.992,90 €	8.389.267,51 €	86.248,94 €	59.824,07 €	212	212
4. RKH Kliniken Ludwigsburg-Bietighelm gGmbH	633.568.451,75 €	606.250.392,08 €	268.204.362,84 €	264.095.140,94 €	25.649.028,87 €	25.982.747,46 €	391.578.392,33 €	360.455.120,32 €	- 24.409.882,20 €	- 3.865.452,45 €	4.128	4.128
5. RKH Orthopädische Klinik Marktgröningen gGmbH	83.101.265,84 €	84.088.223,95 €	55.141.315,32 €	58.694.840,78 €	9.963.265,99 €	8.750.812,79 €	53.707.719,85 €	52.809.749,16 €	1.212.453,20 €	- 1.357.190,28 €	720	670
6. ORTEMA GmbH	5.116.118,78 €	5.813.179,92 €	804.672,50 €	787.328,00 €	1.844.395,59 €	1.605.044,51 €	2.407.114,52 €	3.486.131,10 €	239.351,08 €	70.982,04 €	245	248
7. RKH Klinikenservice und Gastronomie GmbH	3.733.777,68 €	3.628.234,08 €	301.941,00 €	311.799,00 €	1.691.406,24 €	1.613.520,90 €	1.749.371,44 €	1.738.713,18 €	77.885,34 €	244.190,46 €	561	555
8. RKH MVZ Klinikum Ludwigsburg gGmbH	2.651.841,47 €	3.715.338,81 €	120.166,76 €	179.166,74 €	1.361.685,14 €	1.202.883,75 €	945.156,33 €	2.034.455,06 €	380.801,39 €	310.948,26 €	25	26
9. RKH MVZ Orthopädische Klinik Marktgröningen gGmbH	1.228.655,20 €	957.750,87 €	466.487,00 €	529.762,00 €	534.618,50 €	194.618,50 €	651.036,70 €	729.132,37 €	- €	- €	12	13
10. RKH Privatkliniken GmbH	55.507,58 €	13.168,58 €	- €	- €	50.507,58 €	4.049,58 €	- €	119,00 €	3.542,00 €	4.353,90 €	-	-
11. ILS gGmbH	4.805.201,17 €	4.537.965,99 €	1.772.559,00 €	1.857.757,82 €	3.050.653,39 €	2.880.165,31 €	168.087,47 €	178.496,37 €	170.488,08 €	482.602,91 €	30	29
12. Kleeblatt Pflegeheime gGmbH	60.401.955,71 €	60.267.340,23 €	49.167.744,54 €	50.828.973,83 €	21.827.713,80 €	20.726.652,29 €	10.616.762,06 €	9.678.285,17 €	803.621,51 €	1.122.226,37 €	1.071	1.081
13. Verkehrs- und Tarifverbund Stuttgart GmbH	7.663.254,38 €	6.620.844,54 €	2.177.625,84 €	1.823.480,23 €	502.662,29 €	390.951,40 €	2.664.664,35 €	1.707.820,71 €	111.710,83 €	8.050,77 €	81	84
14. Komm.ONE AG/ Zweckverband 4IT	58.158.806,20 €	61.291.767,25 €	57.434.017,67 €	60.307.842,14 €	57.873.760,21 €	60.747.584,68 €	274.695,99 €	521.941,54 €	- 2.873.824,47 €	- 5.095.535,81 €	-	-
Mitgliedschaften in Zweckverbänden												
1. Zweckverband Strohgaubahn Ludwigsburg	24.342.738,37 €	26.089.934,74 €	22.455.028,31 €	22.284.436,87 €	4.000.000,00 €	4.000.000,00 €	20.320.146,81 €	21.905.098,75 €	- €	- €	-	-
2. Zweckverband Kreisreitband Ludwigsburg	471.796,35 €	195.230,99 €	55.052,00 €	61.487,00 €	452.001,50 €	167.707,05 €	9.316,85 €	13.463,94 €	284.294,45 €	-175.515,95 €	-	-
3. Zweckverband Stadtbahn im Landkreis Ludwigsburg	3.242.537,05 €	1.530.517,41 €	603.594,92 €	- €	- €	- €	1.956.240,91 €	1.128.096,41 €	- €	- €	7	1
4. Gymnasium Marktgröningen	2.884.361,64 €	2.902.555,53 €	2.874.692,98 €	2.893.817,71 €	- €	- €	335.733,73 €	220.640,29 €	- €	- €	14	14
Weitere Gesellschaften/ Beteiligungen												
1. Stiftung Schullandheim Strümpfelbrunn	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	36.488,90 €	187.505,89 €	7	6
2. Oberstenfeld Landschaftserhaltungsverband	484.000,81 €	476.628,44 €	449.949,98 €	476.628,44 €	475.000,00 €	475.000,00 €	637,14 €	660,24 €	7.349,26 €	991,31 €	-	-
3. Landkreis Ludwigsburg e.V.	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	11.614,29 €	6.494,15 €	4	4



IV. Besonderheiten im Beteiligungsportfolio

Im Jahr 2023 hat es keine Veränderung in den Beteiligungsverhältnissen des Landkreises Ludwigsburg gegeben.



V. Darstellung der einzelnen Beteiligungsgesellschaften

1. Abfallverwertungsgesellschaft des Landkreises Ludwigsburg mbH



1.1 Allgemeine Angaben

Anschrift	Hindenburgstraße 30 71638 Ludwigsburg
Rechtsform	Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)
Gründungsdatum	1. Juli 1989

1.2 Rechtliche Verhältnisse

1.2.1 Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand der Gesellschaft ist die Erfüllung der dem Landkreis Ludwigsburg obliegenden Aufgaben bei der Vermeidung, Verwertung und Beseitigung von Abfall. Ferner ist die Gesellschaft im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen dazu berechtigt, eigenverantwortlich Entsorgungsaufgaben als Pflichtenübernehmer durchzuführen und sich darüber hinaus wirtschaftlich zu betätigen.

1.2.2 Beteiligungsverhältnisse

Das **Stammkapital** der Gesellschaft beträgt 102.260 €.

Gesellschafter	Anteil am Stammkapital	Anteil
Landkreis Ludwigsburg	102.260 €	100 %

1.2.3 Beteiligungen des Unternehmens

Beteiligungen	Anteil am Stammkapital	Anteil
Hamburg Deponie-Gesellschaft mbH	12.500 €	50 %



1.2.4 Besetzung der Organe, sowie Gesamtbezüge der Geschäftsführung und des Aufsichtsrats

Organ	Funktion	Name des Mitglieds
Gesellschafterversammlung	Landkreis Ludwigsburg	Landrat Dietmar Allgaier
Geschäftsführung	Geschäftsführer	Tilman Hepperle
Aufsichtsrat	Vorsitz	Landrat Dietmar Allgaier
	1. stv. Vorsitz	Steffen Döttinger
	2. stv. Vorsitz	Horst Stegmaier
Mitglieder des Aufsichtsrats	Mitglieder – CDU	Martin Ergenzinger
		Dr. Klaus Müller
		Horst Stegmaier
	Mitglieder – Freie Wähler	Steffen Döttinger
		Rainer Gessler
		Eberhard Zucker
	Mitglieder – Grüne	Doris Renninger
		Harald Wagner
		Michael Klumpp
	Mitglieder – SPD	Ernst Morlock
		Gerhard Jüttner
	Mitglieder – FDP	Volker Godel (bis 17.01.2023)
		Viola Noack (ab 24.04.2023)
	Vertreter der Arbeitnehmer	Andreas König
Gäste ohne Stimmrecht, mit Rederecht	Mitglied – Die Linke	Peter Schimke

Gesamtbezüge der Mitglieder der Geschäftsführung und des Aufsichtsrats:

Die Gesellschaft macht bezüglich der Bezüge der Geschäftsführung von den Befreiungsvorschriften nach § 286 Abs. 4 HGB Gebrauch.

Die Vergütungen für den Aufsichtsrat (Sitzungsgelder und ggf. Entschädigungen für Verdienstausschlag) betragen im Berichtsjahr 28.517 € (Vorjahr 28.500 €).

1.2.5 Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks des Unternehmens

Die dem Landkreis obliegenden Aufgaben bei der Vermeidung, Verwertung und Beseitigung von Abfall wurden erfüllt.



1.2.6 Grundzüge des Geschäftsverlaufs und Lage des Unternehmens

Allgemeines zur Gesellschaft

Die AVL ist u.a. für die Vermeidung, Verwertung und Beseitigung von Abfall zuständig. Sie ist in diesem Bereich hoheitlich tätig und führt als Pflichtenübernehmer eigenverantwortlich Entsorgungsaufgaben im Auftrag des Landkreises Ludwigsburg durch. Gemäß dem Kooperationsvertrag erhält die AVL für die Leistungen im hoheitlichen Bereich des Alleingeschafters Landkreis Ludwigsburg ein ihre Kosten deckendes Entgelt.

Für die Abfallwirtschaft im Landkreis ist neben der AVL auch der Fachbereich Abfallgebühren (FB 23) im Landratsamt Ludwigsburg zuständig. Der Fachbereich Abfallgebühren ist ausschließlich hoheitlich tätig und für die Gebührenkalkulation, die Abfallwirtschaftssatzung, die Veranlagung der Abfallgebühren und die Vollstreckung der Abfallgebühren zuständig.

Entwicklung von Branche und Gesamtwirtschaft

Die Nachfrage nach Kapazitäten für die Ablagerung von mineralischen Abfällen der Deponieklassen I bis II war innerhalb des Verbands Region Stuttgart (VRS) im Jahr 2023 deutlich niedriger als im Vorjahr, wobei bereits im Jahr 2022 die Mengen gegenüber dem Vorjahr deutlich zurückgegangen waren. Dies betrifft sowohl die DK II-Abfälle als auch die DK I-Abfälle. Dennoch besteht weiterhin ein akuter Handlungsbedarf zur Schaffung neuer DK I-Deponiekapazitäten im VRS-Gebiet. Das Entgeltniveau wurde im Jahr 2023 ein Mal angehoben.

Bei den DK 0-Kapazitäten gab es aufgrund der sehr geringen Mengenanlieferungen keine weitere Anspannung. Dies resultiert auch aus den gesetzlichen Vorgaben, die eine Entspannung in den Folgejahren erwarten lassen. So wird beispielsweise gemäß § 8 Abs. 1 Ziffer 2a der Deponieverordnung (DepV) eine verstärkte Verwertungsprüfung gefordert. Zukünftig soll zudem der Verwertungsgedanke von unbelasteten Abfällen stärker gefördert und umgesetzt werden.

Trotz der Tatsache, dass zukünftig von geringeren Mengen auszugehen ist, ist es für die wirtschaftliche Entwicklung von Gewerbe und Industrie im Landkreis Ludwigsburg sowie in der Region Stuttgart von großer Bedeutung, gemäß der Verpflichtung im Landeskreislaufwirtschaftsgesetz (LKreiWiG) ausreichende Entsorgungskapazitäten vorzuhalten.

Seit dem 01.01.2019 ist das Verpackungsgesetz in Kraft. Ziel des Gesetzes ist es u. a., die Verwertungsquoten zu erhöhen. Für Glas und Kunststoffe sind Verwertungsquoten von 90% seit dem Jahr 2022 vorgeschrieben. Für die Sammlung, Sortierung und Verwertung der Verpackungen sind weiterhin die dualen Systeme zuständig, wobei die Sammlung auf die vorhandenen Sammelstrukturen der öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger (örE) abzustimmen ist. Der Landkreis Ludwigsburg und die dualen Systeme haben deshalb auf der Basis des Verpackungsgesetzes im April 2021 eine neue Abstimmungsvereinbarung geschlossen. Im Landkreis fand deshalb zum 01.01.2022 ein Systemwechsel vom bisherigen Sammelsystem FLACH und RUND hin zu einer gelben Verpackungstonne, einer blauen Glastonne bzw. Glasbox sowie einer grünen Monotonne für Papier, Pappe und Kartonagen statt. Die Abstimmungsvereinbarung muss alle 3 Jahre fortgeschrieben werden. Im Jahr 2023 haben dazu die Verhandlungen mit dem Vertreter der dualen Systeme, der Firma "Der Grüne Punkt – Duales System Deutschland GmbH", begonnen und werden im ersten Halbjahr 2024 abgeschlossen sein.

Umsatz- und Auftragsentwicklung

Die Gesamtsumme der Umsatzerlöse und sonstigen betrieblichen Erträge liegt mit 46.576 T€ um 4.042 T€ unter dem Vorjahreswert.



Die Erstattungsbeträge des Landkreises an die AVL sind im Vergleich zum Vorjahr um 2.882 T€ angestiegen. Dagegen haben sich die Deponieerlöse um 4.228 T€ verringert. Der Rückgang der Deponieerlöse ist hauptsächlich durch die Krise in der Bauwirtschaft verursacht, die durch die Energiekrise, Zinsanstieg, den andauernden Krieg in der Ukraine und den globalen Problemen in den Lieferketten verursacht wurde.

Durch Zuweisungen des Alleingeschafters Landkreis Ludwigsburg werden, nach Abzug der durch die AVL selbst erwirtschafteten Erlöse und den separat erstatteten Wertstoff Erlösen, die noch verbleibenden Kosten im hoheitlichen Bereich gedeckt. Im Geschäftsjahr lagen die Zuweisungen des Landkreises bei 25.602 T€ und somit um 2.882 T€ über dem Vorjahreswert.

Investitionsbereich

Für das Geschäftsjahr waren ca. 10.838 T€ für Investitionen veranschlagt, davon konnten lediglich 2.484 T€ umgesetzt werden. Der größte Teil davon betraf den weiteren Ausbau der Wertstoffhöfe mit 205 T€, die Anbindung der Deponie BURGHOFF an das Glasfasernetz (241 T€) und der Bau einer neuen, asphaltierten Zufahrt zu einer Deponiefläche sowie die Neuanschaffung von Maschinen und sonstigem beweglichem Anlagevermögen in Höhe von 1.777 T€.

Die Gesamtsumme der Abschreibungen auf das Anlagevermögen im Berichtsjahr beläuft sich auf 3.217 T€ und liegt damit um 477 T€ über dem Vorjahreswert.

Gemäß dem aktualisierten "Kooperationsvertrag 2022" werden nur noch die Investitionen der AVL im Nachsorgebereich durch Gesellschafterdarlehen finanziert. Die Investitionen im Gebührenbereich werden – analog zum privatwirtschaftlichen Bereich – seither aus Eigenmitteln der AVL finanziert.

Wichtige Vorgänge des Geschäftsjahres

Seit nunmehr 23 Jahren hat die AVL die Entsorgungspflicht für mineralische Abfälle des Verbands Region Stuttgart (VRS) inne.

Aufgrund der rechtlich geforderten Entsorgungssicherheit und der sich sukzessive reduzierenden Deponiekapazitäten wurde ab 2016 die Suche nach einem neuen Deponiestandort im Landkreis Ludwigsburg intensiviert. Hierzu wurde ein Standortgutachten erarbeitet. Ab dem 3. Quartal 2022 wurden die Ergebnisse der Standortsuche den beiden potenziellen Standortgemeinden mit den am besten geeigneten Flächen im Landkreis, deren Nachbarkommunen sowie der Öffentlichkeit vorgestellt.

Daran angeschlossen hat sich eine kontroverse öffentliche Diskussion über die Notwendigkeit eines neuen Standorts und die Kriterien der Auswahl. Insbesondere hat sich gezeigt, dass eine neue Deponie im Landkreis, auf der potenziell nicht nur Abfälle aus dem Landkreis, sondern auch Mengen, die zu einem ganz wesentlichen Anteil aus der gesamten Region kommen, schwer zu begründen ist. Aus diesem Grund wurde die Standortsuche zunächst ausgesetzt und im April 2024 dann mit Beschluss des Kreistags des Landkreises Ludwigsburg für beendet erklärt.

Die EnBW als Betreiber hat u. a. mit dem Rückbau von Block I des Kernkraftwerks Neckarwestheim (GKN) begonnen. Für die AVL-Deponien BURGHOFF und AM FROSCHGRABEN bedeutet dies, dass in den nächsten Jahren in Summe etwa 3.350 t zweckgerichtet freigegebene mineralische Abfälle der Deponieklassen I und II beseitigt werden müssen. 2022 erfolgte die erste Anlieferung von knapp 4 Tonnen zweckgerichtet freigegebenen Abfällen aus dem Rückbau von Block I. Der Einbau auf der Deponie BURGHOFF verlief reibungslos. Im Jahr 2023 gab es keine weiteren Anlieferungen.

Die Planungen, den Behälteränderungsdienst für die kommunalen Rest-, Biomüll- und Altpapierbehälter durch die AVL in Eigenleistung zu erbringen, wurden im Jahr 2023 dem



Aufsichtsrat vorgestellt. Der Start der Leistung ist zum 01.01.2027 geplant. Bis dahin ist die Leistung noch an einen externen Dienstleister vergeben. Die Zwischenzeit wird für Planungen und Bauarbeiten sowie zur Akquise und Einarbeitung von Fachpersonal benötigt.

Bei der Tochtergesellschaft "Hamberg Deponie-Gesellschaft mbH" (HDG, Beteiligungsquote 50%), konnte der Ausbau des Deponieabschnitts V, Bauabschnitt 4, in der zweiten Jahreshälfte 2023 abgeschlossen und durch das Regierungspräsidium Karlsruhe abgenommen werden.

Auch die Kulturerbe-Verträglichkeitsprüfung (KVP) im Zuge des geplanten Ausbaus des Deponieabschnitts VI wurde abschließend durch ein externes Büro bewertet. Eine finale Entscheidung zum Bau des DA VI steht bisher noch aus.

Vermögenslage

Die Vermögenslage der Gesellschaft weist ein Anlagevermögen zum 31.12.2023 in Höhe von 13.432 T€ aus. Beim Umlaufvermögen belaufen sich die Vorräte auf 86 T€, die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen auf 2.252 T€, die Sonstigen Wertpapiere auf 19.493 T€ und die Kassenbestände und Guthaben bei Kreditinstituten auf 32.223 T€. Die Forderungen gegen Gesellschafter haben sich um 3.944 T€ auf 1.632 T€ verringert.

Auf der Passivseite hat sich das Eigenkapital um den Jahresüberschuss 2023 in Höhe von 5.211 T€ erhöht. Der Bestand der sonstigen Rückstellungen hat sich um 622 T€ auf nunmehr 46.885 T€ verringert. Der größte Posten dabei sind die Rückstellungen für die künftigen Nachsorgeverpflichtungen der beiden privatwirtschaftlich betriebenen Deponien, diese haben sich um 341 T€ auf nunmehr 45.188 T€ verringert. Positiv macht sich hierbei die aktuelle Zinsentwicklung bemerkbar, die diesen Effekt merklich beeinflusst hat. Die Summe der Verbindlichkeiten haben sich um 2.174 T€ verringert. Dabei gingen die Verbindlichkeiten gegenüber dem Gesellschafter um 1.843 T€ und die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen um 242 T€ zurück.

Stille Reserven und stille Lasten sowie nicht betriebsnotwendiges Inventar und außerbilanzielle Finanzierungsinstrumente waren im Berichtszeitraum nicht vorhanden. Branchenbezogene Kennzahlen zur Vermögensstruktur werden intern angewendet.

Finanzlage

Der operative Cash-Flow beträgt 11.794 T€ (Vorjahr 10.977 T€). Daraus konnten alle Zahlungsverpflichtungen bedient werden, so dass sich die liquiden Mittel um 9.582 T€ auf 51.716 T€ zum Jahresende erhöht haben.

Ertragslage

Gemäß dem "Kooperationsvertrag 2022" erhält die AVL für die Leistungen im hoheitlichen Bereich vom Alleingesellschafter Landkreis Ludwigsburg ein ihre Kosten deckendes Entgelt. In den privatwirtschaftlichen Bereichen agiert die AVL auf eigene Rechnung und muss mindestens ihre Kosten durch die eigenen Erlöse decken können. Der Mindestgewinn ist nach dem Kooperationsvertrag auf jährlich 15% des Stammkapitals festgelegt. Auf Grund dieser speziellen Regelung ist die Ertragslage der AVL nicht ohne weiteres mit anderen Firmen vergleichbar. Der Gewinn nach Steuern ist keine aussagefähige Messgröße für die Ertragslage des Unternehmens. Vielmehr müssen zusätzlich die Zuweisungsbeträge, welche die AVL vom Gesellschafter als Kostenersatz erhält, herangezogen werden.

In der Theorie ergibt sich folgender Zusammenhang: sinkt der Zuweisungsbedarf bei gleichbleibenden sonstigen Erträgen, so ist dies ein Indikator für eine erfolgreiche Kosteneinsparung. In der Realität werden jedoch stets Veränderungen an allen oben genannten Stellgrößen auftreten, welche die Beurteilung der Ertragslage zu einem komplexen Sachverhalt machen.



- Die Gesamtsumme der Umsatzerlöse und sonstigen betrieblichen Erträge liegt bei 46.576 T€ und damit um 4.042 T€ unter dem Vorjahreswert.
- Die gesamten Materialaufwendungen für bezogene Leistungen, Fremdleistungen für Entsorgung und Deponien" sind gegenüber dem Vorjahr um 2.077 T€ gesunken.
- Der Personalaufwand ist, bedingt durch die tarifliche Lohnsteigerung und die Energiepauschale um 718 T€ gestiegen.
- Die Abschreibungen liegen um 477 T€ über dem Vorjahresniveau.
- Der sonstige betriebliche Aufwand ist im Geschäftsjahr um 3.656 T€ gesunkenen, was fast vollständig auf die um 3.469 T€ geringere Zuführung zu den Nachsorgerückstellungen zurückzuführen ist.

1.2.7 Kapitalzuführungen und -entnahmen

Im Geschäftsjahr 2023 gab es keine Kapitalzuführungen und -entnahmen durch den Landkreis Ludwigsburg.

1.2.8 Anzahl der Beschäftigten

Im Berichtsjahr waren in der Verwaltung, auf den Deponien, den Wertstoffhöfen, im Gebrauchtwarenkaufhaus Warenwandel und in der Grüngutverwertung durchschnittlich beschäftigt:

	2023	2022
Beschäftigte insgesamt	176	177
Davon in der Verwaltung	77	80
Davon Aushilfen, geringfügig Beschäftigte und Praktikanten	32	32

Bei der Ermittlung wurden die beschäftigten Arbeitnehmer/innen alle voll berücksichtigt (sog. Kopfzahl). So werden auch nur anteilig Beschäftigte (z.B. 50%-Stelle, geringfügig Beschäftigte oder Aushilfen) als „ganze“ Arbeitnehmer gerechnet.

1.2.9 Kennzahlen der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Die Vermögens- und Finanzlage ist aus der Bilanz zum 31.12.2023 und den Vorjahreswerten (siehe hierzu 1.3.1) ersichtlich.

Die Ertragslage ist aus der Gewinn- und Verlustrechnung zum 31.12.2023 und den Vorjahreswerten (siehe hierzu 1.3.2) ersichtlich.

Finanzkennzahlen	2023	2022	Veränderung
Eigenkapitalquote	21,97 %	15,10 %	+6,87 %
Anlagendeckung I	117,82 %	73,29 %	+44,53 %
Anlagendeckung II	129,06 %	83,06 %	+46,00 %
Liquiditätsgrad	965,77 %	1.398,55 %	-432,78 %



1.3 Jahresabschluss des Geschäftsjahres 2023

1.3.1 Bilanz zum 31.12.2023

	31.12.2023	31.12.2022
	€	€
A. Anlagevermögen		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	105.094,97	159.380,55
II. Sachanlagen		
1. Grundstücke und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	240.018,05	111.910,41
2. Einbauten in fremden Grundstücken	2.663.869,01	2.522.243,77
3. Technische Anlagen und Maschinen	8.544.537,57	9.822.844,14
4. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	829.434,77	659.814,26
5. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	<u>606.221,31</u>	<u>495.229,20</u>
	12.884.080,71	13.612.041,78
III. Finanzanlagen		
Beteiligungen	412.500,00	412.500,00
Sonstige Ausleihungen	30.000,00	30.000,00
B. Umlaufvermögen		
I. Vorräte		
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	86.292,84	73.876,97
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	2.251.775,01	1.891.600,94
2. Forderungen gegen Gesellschafter	1.631.658,90	5.575.436,20
3. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	224.220,53	179.505,84
4. Sonstige Vermögensgegenstände	<u>57.285,75</u>	<u>2.562.178,58</u>
	4.164.940,19	10.208.721,56
III. Guthaben bei Kreditinstituten	51.715.718,05	42.133.158,75
C. Rechnungsabgrenzungsposten	264.784,70	233.450,32
	<u>69.663.411,46</u>	<u>66.863.129,93</u>



Passivseite

	31.12.2023	31.12.2022
	€	€
A. Eigenkapital		
I. Gezeichnetes Kapital	102.260,00	102.260,00
II. Gewinnvortrag	9.990.853,87	7.522.469,12
III. Jahresüberschuss	<u>5.210.760,40</u>	<u>2.468.384,75</u>
	15.303.874,27	10.093.113,87
B. Rückstellungen		
1. Steuerrückstellungen	416.262,00	30.564,46
2. Sonstige Rückstellungen	<u>46.884.677,61</u>	<u>47.506.845,68</u>
	47.300.939,61	47.537.410,14
C. Verbindlichkeiten		
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	1.741.235,09	1.982.953,49
2. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	1.664.504,05	3.507.080,86
3. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen mit Beteiligungsverhältnis	0,00	0,00
4. Sonstige Verbindlichkeiten	<u>3.652.858,44</u>	<u>3.742.571,57</u>
	7.058.597,58	9.232.605,92
	<u>69.663.411,46</u>	<u>66.863.129,93</u>



1.3.2 Gewinn- und Verlustrechnung für den Zeitraum 01.01.2023 – 31.12.2023

	2023	2022
	€	€
1. Umsatzerlöse	45.742.058,56	50.490.927,42
2. Sonstige betriebliche Erträge	<u>834.374,56</u>	<u>127.321,78</u>
	46.576.433,12	50.618.249,20
3. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs und Betriebsstoffe	-7.132,08	7.273,42
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen und Aufwendungen für Deponien	<u>22.908.261,40</u>	<u>24.970.974,97</u>
	22.901.129,32	24.978.248,39
4. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	6.600.108,63	6.019.504,02
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Alters- versorgung und Aufwendungen für Unterstützung	<u>1.893.863,30</u>	<u>1.756.345,28</u>
	8.493.971,93	7.775.849,30
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	3.216.863,12	2.739.375,20
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	<u>6.168.256,78</u>	<u>9.824.290,75</u>
7. Betriebsergebnis	5.796.211,97	5.300.485,56
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1.202.441,81	333,57
9. Abschreibungen auf Finanzanlagen und Wertpapiere	0,00	1.085.000,00
10. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	<u>17.370,41</u>	<u>896.400,75</u>
11. Finanzergebnis	1.185.071,40	-1.981.067,18
12. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	<u>1.756.472,02</u>	<u>833.694,38</u>
13. Ergebnis nach Steuern	5.224.811,35	2.485.724,00
14. Sonstige Steuern	<u>14.050,95</u>	<u>17.339,25</u>
15. Jahresüberschuss	5.210.760,40	2.468.384,75

2. Hamberg Deponie-Gesellschaft mbH



2.1 Allgemeine Angaben

Anschrift	Hamberg 4 75433 Maulbronn
Rechtsform	Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)
Gründungsdatum	21.07.2010

2.2 Rechtliche Verhältnisse

2.2.1 Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand der Gesellschaft ist der Betrieb von Abfalldeponien, insbesondere der in Maulbronn gelegenen Deponie HAMBERG zur Erfüllung der Entsorgungspflichten des Enzkreises und des Landkreises Ludwigsburg.

2.2.2 Beteiligungsverhältnisse

Das **Stammkapital** der Gesellschaft beträgt 25.000 €.

Gesellschafter	Anteil am Stammkapital	Anteil
AVL GmbH	12.500 €	50 %
Enzkreis	12.500 €	50 %

2.2.3 Beteiligungen des Unternehmens

Die Hamberg Deponie-Gesellschaft mbH ist an keinen Unternehmen beteiligt.



2.2.4 Besetzung der Organe, sowie Gesamtbezüge der Geschäftsführung und des Aufsichtsrats

Organ	Funktion	Name des Mitglieds
Gesellschafterversammlung	Für die AVL GmbH	Tillman Hepperle
	Für den Enzkreis	Landrat Bastian Rosenau
Geschäftsführung	Geschäftsführer	Johannes Wolff
		Frank Stephan
Beirat	Vorsitz	Landrat Bastian Rosenau
	Stv. Vorsitz	Tillman Hepperle
	Vertreter der AVL	
	Mitglieder – Freie Wähler	Steffen Döttinger
		Rainer Gessler
	Mitglieder – CDU	Horst Stegmaier
	Mitglieder – Grüne	Harald Wagner
		Doris Renninger
Mitglieder – SPD	Gerhard Jüttner	
Gäste ohne Stimmrecht, mit Rederecht	FDP	Volker Godel (bis 17.01.2023)
		Viola Noack (ab 25.05.2023)
	CDU	Martin Ergenzinger
	Die Linke	Peter Schimke
	Vertreter des Enzkreises	
	Mitglieder – Freie Wähler	Udo Kleiner
		Klaus Riekert
	Mitglieder – CDU	Kurt Ebel
		Andreas Felchle (bis 30.06.2023)
		Aaron Treut (ab 01.07.2023)
	Mitglieder – Grüne	Pina Stähle
Mitglieder – SPD	Hans Vester	
Gäste ohne Stimmrecht, mit Rederecht	FDP	Frank Schneider
	AfD	Sebastian Weber

Gesamtbezüge der Mitglieder der Geschäftsführung und des Aufsichtsrats:

Die Gesellschaft macht bezüglich der Bezüge der Geschäftsführung von den Befreiungsvorschriften nach § 286 Abs. 4 HGB Gebrauch.

Die Vergütungen für den Beirat betragen im Berichtsjahr 8.625 € (Vorjahr: 9.000 €).



2.2.5 Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks des Unternehmens

Der Betrieb der Hamberg Deponie-Gesellschaft mbH erfüllt vor allem die Entsorgungspflichten des Enzkreises, unterstützt aber auch die AVL in der Wahrnehmung ihrer Aufgaben. Mit dem gemeinsamen Betrieb von drei Deponien durch die AVL werden zudem verschiedene Synergieeffekte erzielt.

2.2.6 Grundzüge des Geschäftsverlaufs und Lage des Unternehmens

Umsatz- und Auftragsentwicklung

Auf Grund von Verzögerungen bei der Baumaßnahme zur Erweiterung der Ablagerungsfläche konnten erst ab August 2022 wieder mineralische Abfälle in einem reduzierten Umfang angenommen werden. Nach der Abnahme der Fläche durch das Regierungspräsidium Karlsruhe im Jahr 2023 stiegen die Annahmen von mineralischen Abfällen wieder an. Im Geschäftsjahr 2023 wurden insgesamt 32.569 t mineralische Abfälle angeliefert.

Die Deponieerlöse im Jahr 2023 betragen deshalb 1.898 T€ (Vorjahr: 454 T€). Die Gesamtsumme der Umsatzerlöse und sonstigen betrieblichen Erträge – inklusive der darin enthaltenen Zuweisungen des Enzkreises – lag bei 2.436 T€. Durch diese Zuweisungen werden, nach Abzug der durch die HDG selbst erwirtschafteten Erlöse, die noch verbleibenden Kosten im hoheitlichen Bereich gedeckt. Im Geschäftsjahr 2023 betragen diese Zuweisungen des Enzkreises im Gebührenbereich 92 T€ und im Nachsorgebereich 427 T€.

Investitionsbereich

Für das Berichtsjahr waren im Investitionsplan insgesamt 88 T€ veranschlagt, größtenteils für den Kauf eines Firmenwagens sowie für das bewegliche Anlagevermögen. Im Ergebnis wurden 33 T€ für das bewegliche Anlagevermögen, für den weiteren Ausbau des Deponieabschnitts V/4 64 T€ und für die Planung eines weiteren Deponieabschnitts 83 T€ investiert. Die Gesamthöhe der Investitionen belief sich auf 180 T€.

Wichtige Vorgänge des Geschäftsjahres

Für den Deponiebetrieb war der Fortschritt im weiteren Ausbau des Deponieabschnittes V/4 sehr wichtig. Die Bauphase konnte erst gegen Ende August 2022 abgeschlossen und danach wieder mit der Annahme von Abfällen – im eingeschränkten Umfang – begonnen werden. Die Verzögerung bei der Baumaßnahme und der damit verbundene Annahme-Stopp von Abfällen hat – auch im finanziellen Bereich – zu einer herausfordernden Situation bei der HDG geführt. Das während der Zeit der Deponieschließung vorübergehend von den Gesellschaftern übernommene Personal wurde dann ab September 2022 wieder bei der HDG beschäftigt.

Die Betriebsdauer der Deponie HAMBERG ist mit Fertigstellung des letzten planfestgestellten Deponieabschnitts V/4 in wenigen Jahren erreicht. Daher wurden die Planungen zur Erweiterung der Deponie um einen sogenannten Deponieabschnitt VI fortgeführt. Der Antrag auf Planfeststellung wurde im Jahr 2022 eingereicht.

Vermögens- und Finanzlage

Die Verbindlichkeiten betragen zum Stichtag 436 T€, davon 24 T€ aus Lieferungen und Leistungen, 224 T€ gegenüber Gesellschaftern und weitere 188 T€ für sonstige Verbindlichkeiten.

Im Berichtszeitraum wurden Rückstellungen für Fremdleistungen in Höhe von 114 T€ und für Abschluss- und Prüfungskosten sowie für die Veröffentlichung des Jahresabschlusses in Höhe von 20 T€ gebildet. Für die spätere Nachsorge des privatwirtschaftlichen Deponieabschnittes V haben sich die Rückstellungen, bedingt durch die Zuführung und den Effekt aus Auf- und Abzinsungen, leicht auf 7.694 T€ erhöht.



Die Vermögenslage der Gesellschaft weist im Anlagevermögen zum 31.12.2023 Sachanlagen in Höhe von 3.285 T€ aus. Im Umlaufvermögen belaufen sich die Vorräte auf 10 T€, die Forderungen aus Lieferungen und Leistung auf 296 T€ und gegen Gesellschafter auf 617 T€. Der Kassenbestand und die Guthaben bei Kreditinstituten betragen zum Ende des Geschäftsjahres 5.172 T€.

Die Gesellschaft hat im Geschäftsjahr wieder ein positives Jahresergebnis mit 727 T€ erzielt.

Ertragslage

Gemäß dem Kooperationsvertrag erhält die HDG für ihre Leistungen im Gebühren- und Nachsorgebereich vom Enzkreis ein kostendeckendes Entgelt. Der Zuweisungsbedarf im Nachsorgebereich beträgt im Berichtsjahr 427 T€ und im Gebührenbereich 92 T€. Im privatwirtschaftlichen Bereich, der die Verfüllung des Deponieabschnittes V beinhaltet, ist die Gesellschaft dagegen für die Wirtschaftlichkeit selbst verantwortlich und muss mindestens ihre Kosten durch die Erlöse decken. Dies ist im Geschäftsjahr 2023 gelungen, die Gesellschaft weist einen Jahresgewinn in Höhe von 727 T€ aus.

Die Ertragslage der Gesellschaft im Geschäftsjahr 2023 lässt sich anhand der nachstehenden Sachverhalte besser verdeutlichen:

- Die Erlöse aus der Deponieverfüllung liegen bei 1.898 T€.
- Der "Aufwand Fremdleistungen, Entsorgung, Deponien" beläuft sich auf 326 T€. Davon sind 218 T€ auf Kosten für Fremdleistungen, schwerpunktmäßig für die von den Mitarbeitenden der AVL und des Enzkreises für die HDG erbrachten Arbeitsleistungen, entfallen. Des Weiteren sind Entsorgungs- und Transportkosten für – trotz der reduzierten Annahmesituation auf der Deponie angenommene Anlieferungen – in Höhe von 18 T€ enthalten.
- Der Personalaufwand beträgt 85 T€.
- Die Abschreibungen betragen 722 T€.
- Die Kosten für den sonstigen betrieblichen Aufwand betragen 654 T€, davon für Instandhaltung und Wartung 121 T€ und für externe Beratungskosten 129 T€.
- Die Zuführungen zu den Nachsorgeverpflichtungen im privatwirtschaftlichen Bereich betragen 167 T€.
- Im Berichtsjahr wurde ein Jahresgewinn von 727 T€ ausgewiesen.

2.2.7 Kapitalzuführungen und -entnahmen

Im Geschäftsjahr 2023 gab es keine Kapitalzuführungen und -entnahmen durch den Landkreis Ludwigsburg.

2.2.8 Anzahl der Beschäftigten

Im Berichtsjahr waren in der Gesellschaft – neben den beiden Geschäftsführern – noch drei weitere Arbeitskräfte beschäftigt. Darüber hinaus erbringen die Mitarbeiter der AVL und des Enzkreises Leistungen für die HDG, die nach festgelegten Stundensätzen der HDG in Rechnung gestellt werden.

	2023	2022
Beschäftigte insgesamt	5	4



Bei der Ermittlung wurden die beschäftigten Arbeitnehmer/innen alle voll berücksichtigt (sog. Kopfzahl). So werden auch nur anteilig Beschäftigte (z.B. 50%-Stelle, geringfügig Beschäftigte oder Aushilfen) als „ganze“ Arbeitnehmer gerechnet.

2.2.9 Kennzahlen der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Die Vermögens- und Finanzlage ist aus der Bilanz zum 31.12.2023 und den Vorjahreswerten (siehe hierzu 2.3.1) ersichtlich.

Die Ertragslage ist aus der Gewinn- und Verlustrechnung zum 31.12.2023 und den Vorjahreswerten (siehe hierzu 2.3.2) ersichtlich.

Finanzkennzahlen	2023	2022	Veränderung
Eigenkapitalquote	12,22 %	5,08 %	+7,14 %
Anlagendeckung I	35,05 %	11,10 %	+23,96 %
Anlagendeckung II	40,52 %	15,79 %	+24,73 %
Liquiditätsgrad	1.399,60 %	2.188,66 %	-789,06 %



2.3 Jahresabschluss des Geschäftsjahres 2023

2.3.1 Bilanz zum 31.12.2023

Aktivseite

	31.12.2023	31.12.2022
	€	€
A. Anlagevermögen		
I. Sachanlagen		
1. Grundstücke und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	3.025,80	100.875,40
2. Technische Anlagen und Maschinen	2.559.362,00	1.005.438,93
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	32.114,25	7.584,03
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	690.584,81	2.713.279,10
	<u>3.285.086,86</u>	<u>3.827.177,46</u>
B. Umlaufvermögen		
I. Vorräte		
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	9.812,40	6.435,06
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	295.823,99	180.554,09
2. Forderungen gegen Gesellschafter	617.338,19	532.622,04
3. Sonstige Vermögensgegenstände	18.738,85	32.931,60
	<u>931.901,03</u>	<u>746.107,73</u>
III. Guthaben bei Kreditinstituten	5.171.994,81	3.700.530,32
C. Rechnungsabgrenzungsposten	28.419,80	85.605,16
	<u>9.427.214,90</u>	<u>8.365.855,73</u>



Passivseite

	31.12.2023	31.12.2022
	€	€
A. Eigenkapital		
I. Gezeichnetes Kapital	25.000,00	25.000,00
II. Kapitalrücklage	800.000,00	800.000,00
III. Verlustvortrag	-400.196,69	-517.227,27
IV. Jahresüberschuss	<u>726.773,89</u>	<u>117.030,58</u>
	1.151.577,20	424.803,31
B. Rückstellungen		
Sonstige Rückstellungen	<u>7.836.381,07</u>	<u>7.732.338,75</u>
	7.836.381,07	7.732.338,75
C. Verbindlichkeiten		
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	23.763,50	18.694,56
2. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	224.220,53	183.280,04
3. Sonstige Verbindlichkeiten	<u>188.133,91</u>	<u>1.192,79</u>
	436.117,94	203.167,39
D. Rechnungsabgrenzungsposten	3.138,69	5.546,28
	<u>9.427.214,90</u>	<u>8.365.855,73</u>

2.3.2 Gewinn- und Verlustrechnung für den Zeitraum 01.01.2023 – 31.12.2023

	2023	2022
	€	€
1. Umsatzerlöse	2.423.819,51	949.498,89
2. Sonstige betriebliche Erträge	11.830,77	17.245,20
	<u>2.435.650,28</u>	<u>966.744,09</u>
3. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	-3.608,40	-1.268,72
b) Aufwendungen für Deponien	237.880,85	280.912,30
c) Aufwendungen für bezogene Leistungen	92.071,37	32.029,91
	<u>326.343,82</u>	<u>311.673,49</u>
4. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	66.565,43	57.592,93
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen	18.625,28	16.065,75
	<u>85.190,71</u>	<u>73.658,68</u>
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	721.838,43	213.961,82
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	654.000,10	271.987,05
7. Betriebsergebnis	648.277,22	95.463,05
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	94.213,51	66.987,53
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-14.522,89	-231,00
10. Finanzergebnis	79.690,62	66.756,53
11. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-0,05	43.776,00
12. Ergebnis nach Steuern	727.967,89	118.443,58
13. Sonstige Steuern	1.194,00	1.413,00
14. Jahresüberschuss	726.773,89	117.030,58



3. RKH Regionale Kliniken Holding und Services GmbH



3.1 Allgemeine Angaben

Anschrift	Posilipostraße 4 71640 Ludwigsburg
Rechtsform	Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)
Gründungsdatum	10.12.2004

3.2 Rechtliche Verhältnisse

3.2.1 Gegenstand des Unternehmens

Bei der RKH Regionale Kliniken Holding und Services GmbH (Kliniken Holding) handelte es sich von 2005 bis 2008 um eine strategische Partnerschaft der RKH Enzkreis-Kliniken gGmbH (Enzkreis-Kliniken, EKK) und der RKH Kliniken Ludwigsburg-Bietigheim gGmbH (Kliniken gGmbH, KLB). Dafür haben zum 01.01.2005 der Enzkreis 51% der Enzkreis-Kliniken und der Landkreis Ludwigsburg zusammen mit der Stadt Bietigheim-Bissingen 51% der Kliniken gGmbH in die Kliniken Holding eingebracht.

Der Landkreis Ludwigsburg und die Kliniken gGmbH haben sich Ende 2006 erfolgreich um den Erwerb der RKH Orthopädischen Klinik Markgröningen gGmbH (OKM) inkl. deren Tochtergesellschaft ORTEMA GmbH (ORTEMA) beworben. Der Erwerb wurde zum 01.07.2007 vollzogen. Die Eingliederung der OKM und der ORTEMA vervollständigt das Leistungsangebot des Klinikverbundes und ermöglicht eine entsprechend dem Gesellschaftszweck sinnvolle Abstimmung, insbesondere der medizinischen Gesundheitsleistungen, in der Region.

Im Verlauf des Jahres 2008 haben sich die kommunalpolitischen Gremien des Klinikverbundes dafür ausgesprochen, die Krankenhäuser Bruchsal und Bretten zum 01.01.2009 in die strategische Partnerschaft aufzunehmen. Die Gesellschaftervertreter haben sich dabei für die gesellschaftsrechtliche Verflechtung nach dem bisherigen Holding-Modell des Klinikverbundes entschieden. Der Landkreis Karlsruhe hat daher die RKH Kliniken des Landkreises Karlsruhe gGmbH (KLK) gegründet und seine Krankenhäuser in diese Gesellschaft übertragen. Die Kliniken des Landkreis Karlsruhe wurden wie die RKH Enzkreis-Kliniken und die RKH Kliniken gGmbH zu 51% in die Regionale Kliniken Holding eingebracht. Die RKH Kliniken des Landkreises Karlsruhe gGmbH hat ihr Tochterunternehmen RKH Klinikenservice und Gastronomie im Landkreis Karlsruhe GmbH (KSG KA) ebenso in den Verbund eingebracht. Der Zusammenschluss hat bereits und wird weiterhin auf allen Seiten zu positiven Effekten führen. Die einheitliche Geschäftsführung steht dabei für eine einheitliche Steuerung und Zielorientierung.



3.2.2 Beteiligungsverhältnisse

Das **Stammkapital** der Gesellschaft beträgt 2.247.000 €.

Gesellschafter	Anteil am Stammkapital	Anteil
Landkreis Ludwigsburg	1.123.500 €	50 %
Enzkreis	292.110 €	13 %
Stadt Bietigheim-Bissingen	337.050 €	15 %
Landkreis Karlsruhe	494.340 €	22 %

3.2.3 Beteiligungen des Unternehmens

Beteiligungen	Anteil am Stammkapital	Anteil
RKH Kliniken Ludwigsburg-Bietigheim gGmbH	2.805.000 €	51 %
RKH Enzkreis-Kliniken gGmbH	1.530.000 €	51 %
RKH Kliniken des Landkreises Karlsruhe gGmbH	2.040.000 €	51 %

3.2.4 Besetzung der Organe, sowie Gesamtbezüge der Geschäftsführung und des Aufsichtsrats

Organ	Funktion	Name des Mitglieds
Gesellschafterversammlung	Landkreis Ludwigsburg	Landrat Dietmar Allgaier
	Enzkreis	Landrat Bastian Rosenau
	Stadt Bietigheim-Bissingen	OB Jürgen Kessing
	Landkreis Karlsruhe	Landrat Dr. Christoph Schnaudigel
Geschäftsführung	Geschäftsführer	Prof. Dr. Jörg Martin
Aufsichtsrat	Vorsitz	Landrat Dietmar Allgaier
	Stv. Vorsitz	OB Jürgen Kessing
	Stv. Vorsitz	Landrat Bastian Rosenau
	Stv. Vorsitz	Landrat Dr. Christoph Schnaudigel
Aufsichtsrat der KLB	Vertreter des Landkreises Ludwigsburg	
	Mitglieder - CDU	Karl-Heinz Schlumberger
		Claus-Dieter Meyer
		Ralf Trettner
	Mitglieder - Freie Wähler	Jan Trost
		Dirk Schaible
		Werner Möhrer
Mitglieder - SPD	Egon Beck	
	Ramona Schröder	



	Mitglieder - Grüne	Dr. Uwe Stoll Jürgen Waser
	Mitglieder - FDP	Dr. Horst Ludewig
	Vertreter der Stadt Bietigheim-Bissingen	
	Mitglieder - CDU	Marcus List
	Mitglieder - SPD	Thomas Reusch-Frey
	Mitglieder - FW	Dr. Wassilios Amanatidis
	Mitglieder - FDP	Dr. Arno Steiler
	Mitglieder - GAL	Traute Theurer
	Vertreter der Arbeitnehmer	Dr. Gerhard Locher Hagen Klee
Aufsichtsrat der EKK	Vertreter des Enzkreises	
	Mitglieder - FW	Werner Henle Horst Martin
	Mitglieder - CDU	Günter Bächle
	Mitglieder - SPD	Dr. Till Neugebauer
	Mitglieder - Grüne	Hasan Özer
	Mitglieder - FDP	Frank Schneider
	Mitglieder - AfD	Dr. Christoph Wichardt
	Vertreter der Arbeitnehmer	Sascha Griesinger Dr. Michael Unseld
Aufsichtsrat der KLK	Vertreter des Landkreises Karlsruhe	
	Mitglieder - CDU	Tony Löffler Andreas Glaser Michael Nöltner Klaus-Dieter Scholz
	Mitglieder – SPD	Markus Rupp Eberhard Schneider
	Mitglieder – FW	Cornelia Petzold-Schick Eberhard Roth
	Mitglieder – Grüne	Uwe Rohrer Monika Lauber
	Mitglieder – FDP	Prof. Jürgen Wacker
	Mitglieder – AfD	Andreas Laitenberger
	Vertreter der Arbeitnehmer	Monika Zink Thorsten Emmerich

Gesamtbezüge der Mitglieder der Geschäftsführung und des Aufsichtsrats:

Die Bezüge der Konzern-Geschäftsführung beliefen sich auf 418.125 € (hinzukommen Prämien des laufenden Jahres, die im Folgejahr ausgezahlt werden, max. 40.000 €. Für 2022 sind der Geschäftsführung im Jahr 2023 40.000 € zugeflossen). In den Bezügen sind 20.125 € für Altersversorgung (ZVK) enthalten. Die Bezüge beziehen sich in Höhe von 48.000 € auf die Unterstützung der Geschäftsführung der Kreiskliniken Reutlingen sowie auf die



Geschäftsführertätigkeit in den Gesellschaften RKH Regionale Kliniken Holding und Services GmbH, RKH Kliniken Ludwigsburg-Bietigheim gGmbH, RKH Enzkreis-Kliniken gGmbH, RKH Kliniken des Landkreises Karlsruhe gGmbH, RKH Orthopädische Klinik Markgröningen gGmbH, RKH Klinikenservice und Gastronomie GmbH, RKH Klinikenservice und Gastronomie im Landkreis Karlsruhe GmbH, ORTEMA GmbH und RKH MVZ Klinikum Ludwigsburg gGmbH, RKH MVZ Enzkreis-Kliniken gGmbH, RKH MVZ Orthopädische Klinik Markgröningen gGmbH und MVZ Kliniken des Landkreises Karlsruhe gGmbH.

Die Auszahlungen erfolgten durch die RKH Regionale Kliniken Holding und Services GmbH und wurden im Rahmen des Managementvertrages verrechnet.

Die Aufwandsentschädigungen für die Mitglieder des Aufsichtsrats betragen im Geschäftsjahr 2023 insgesamt 45.350 € (Vorjahr: 42.674 €).

3.2.5 Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks des Unternehmens

Die Verbundpartner der Kliniken Holding haben das Ziel, die Zusammenarbeit ihrer Standorte und damit die Patientenversorgung in ihren Einzugsgebieten und darüber hinaus zu sichern und auszubauen. Dies ist in den jeweiligen Gesellschaftsverträgen festgeschrieben. Die Verbundpartner passen ihre Krankenhauseinrichtungen den Marktgegebenheiten flexibel an, bündeln in der Holding Know-how, heben damit Synergien und optimieren ihre betrieblichen Prozesse zum Vorteil der Patientinnen und Patienten und zur Entlastung der öffentlichen Haushalte.

Der deutsche Krankenhausmarkt ist gekennzeichnet von Fusionen, Schließungen und einer Veränderung der Träger- bzw. Gesellschafterstrukturen. So zeigt sich, dass innerhalb der vergangenen Jahre insbesondere die Anzahl der Krankenhäuser in öffentlicher Trägerschaft abgenommen hat. Die in rein „privater“ Trägerschaft organisierten Klinikunternehmen konnten dagegen eine Zunahme verzeichnen. Auch ausländische Klinikunternehmen drängen auf den deutschen Krankenhausmarkt. Einerseits wird die Trägervielfalt von der Gesundheitspolitik gewünscht, andererseits ergeben sich durch die konträren Unternehmensziele ungleiche Voraussetzungen, um sich im Verdrängungswettbewerb durchsetzen zu können. Die Gesetzgebung macht durch ihre Entscheidungen deutlich, dass eine konsequente Marktberreinigung gewollt ist. Die Verbundpartner der Kliniken Holding zeigen durch ihr Handeln und ihre jeweilige Unternehmensentwicklung, dass sie diese Tendenzen früh wahrgenommen und die notwendigen Veränderungen mit der Gründung und der Erweiterung der Holding rechtzeitig aus eigenem Antrieb angestoßen und umgesetzt haben.

3.2.6 Grundzüge des Geschäftsverlaufs und Lage des Unternehmens

Allgemeines zur Gesellschaft

Zweck der Gesellschaft ist die Sicherstellung einer bedarfsgerechten medizinischen und pflegerischen Versorgung der Bevölkerung in den Landkreisen Ludwigsburg, Karlsruhe sowie dem Enzkreis, insbesondere durch die Organisation vor-, nach-, teil- oder vollstationärer sowie ambulanter Leistungen, deren Finanzierung sowie den Betrieb von Einrichtungen, die dem Zweck des Unternehmens dienen. Dabei ist die Gesellschaft entweder unmittelbar selbst tätig oder aber mittelbar durch das Halten von Beteiligungen an gemeinnützigen Krankenhausgesellschaften sowie deren Steuerung und Finanzierung. Wie oben dargestellt, ist die Gesellschaft zu je 51% an den RKH Kliniken Ludwigsburg-Bietigheim gGmbH, den RKH Enzkreis-Kliniken gGmbH und den RKH Kliniken des Landkreises Karlsruhe gGmbH beteiligt. Die Geschäftstätigkeit der RKH



Regionale Kliniken Holding und Services GmbH selbst unterteilt sich seit 2008 in zwei Geschäftsfelder – das Verbundlabor und Managementdienstleistungen.

Wichtige Vorgänge des Geschäftsjahres

Verbundlabor

Zum 01.01.2008 hat die Kliniken Holding die Aufgabenbereiche des Instituts für Laboratoriumsmedizin einschließlich Mikrobiologie, Krankenhaushygiene und Blutdepot gesellschaftsrechtlich, personell, wirtschaftlich und organisatorisch von den Krankenhäusern (RKH Kliniken Ludwigsburg-Bietigheim gGmbH, RKH Enzkreis-Kliniken gGmbH und RKH Orthopädische Klinik Markgröningen gGmbH) übernommen.

Das Verbundlabor bedient alle Kliniken des Verbundes mit allen laboratoriumsmedizinischen Leistungen. „Zentral“ steht hier für eine einheitliche Führung, einheitliche Qualitätsstandards und Prozesse. Weiterhin verfügen alle Standorte über Laboreinrichtungen, die an dem individuellen Bedarf ausgerichtet sind. Zudem werden von den vier Blutdepots an den Standorten Ludwigsburg, Bietigheim, Markgröningen und Bruchsal Blutprodukte an die Kliniken ausgegeben. Schrittweise wurde der gesamte Gerätepark und die Analyse- und Diagnostikgeräte an allen Standorten angeglichen. Dadurch entstehen Synergieeffekte, von denen wiederum die Kliniken - als Kunden - profitieren. Außerdem werden für alle Standorte auch die mikrobiologischen Untersuchungen selbst erbracht. Zudem erfolgte eine noch engere Verzahnung mit der Abteilung Hygiene. Beide Bereiche haben nun eine einheitliche Führungsstruktur. Der selbständige Bereich der Krankenhaushygiene ist in der Krisenbewältigung unter dem Arbeitstitel „Infektionsmanagement“ Dreh- und Angelpunkt zur Überwachung des Infektionsgeschehens und zur Steuerung von Gegenmaßnahmen.

Das Verbundlabor verrechnet seine Leistungen nach verbundeinheitlichen Preisen. Zusätzlich werden Leistungen an Dritte außerhalb der Holding angeboten.

Managementleistungen

Die Kliniken Holding erbringt weiterhin ihre zentralen Managementleistungen für die Verbundgesellschaften. Durch diese Steuerungsfunktionen werden Strukturen, Prozesse, wirtschaftliches Handeln und Auftreten der Verbundpartner aufeinander abgestimmt und an dem gemeinsamen Leitbild ausgerichtet. Um diese Leitfunktion zu untermauern sind alle standortübergreifend verantwortlichen Führungskräfte der administrativen Bereiche arbeitsrechtlich bei der Holding angesiedelt. Durch weitere Umstrukturierungen kann sich die Anzahl der holdingweit verantwortlichen Mitarbeiter nach Bedarf anpassen und bei den Klinikgesellschaften entsprechend reduzieren.

Die Kliniken Holding nimmt auch außerhalb des Verbundes eine beratende und koordinierende Rolle z. B. beim Aufbau von überregionalen Projekten und Kooperationen insbesondere im Bereich der Telemedizin, Teleradiologie und beim Aufbau von EDV-technischen Netzwerken ein.

Seit dem 01.05.2020 stellt die RKH das Management für die Kreiskliniken Reutlingen (KKRT) und deren Tochtergesellschaften. Der dafür notwendige Managementvertrag wurde zunächst für einen Zeitraum von drei Jahren geschlossen, der Anfang 2022 um weitere zwei Jahre verlängert wird. Der Auftrag an die Managementgesellschaft bezieht sich auf den Erhalt und Ausbau einer ganzheitlichen Gesundheitsversorgung im Einzugsgebiet der KKRT und darüber hinaus aber auch auf die sektorenübergreifende Versorgung. Der Managementvertrag gewährleistet der KKRT die unternehmerische und gesellschaftsrechtliche Souveränität. Dennoch können wirtschaftliche Synergien durch die dann enge Zusammenarbeit mit der RKH gehoben werden.

Durch die Managementvergütung, die auch eine Erfolgsbeteiligung beinhaltet, entsteht auf Seite der RKH auch ein positiver Teildeckungsbeitrag. Der Managementvertrag endet am 30.04.2025. An einer erneuten Ausschreibung wird sich die RKH Holding nicht beteiligen.



Investitionsbereich

Im Jahr 2023 wurden rd. 494 T€ (Vj. 58 T€) für den Gerätepark des Labors aufgewendet. Die Investitionen werden aus Eigenmitteln in Kombination mit geplanten kurzfristigen Bankdarlehen finanziert. Im Jahr 2023 war es nicht notwendig dafür Darlehen aufzunehmen.

Jahresabschluss

Das Geschäftsjahr 2023 schließt mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 86.249 € (Vj. 59.824 €) ab. Geplant war ein Plus in Höhe von 50.100 €.

Ertragslage

Die Umsatzerlöse aus dem Kernbereich zeigen die für die Verbundstandorte erbrachten Laborleistungen. Zusätzlich werden Laborleistungen für Patienten erbracht, die ihre Leistungsabrechnung selbst bzw. über private Versicherungsnehmer begleichen. Die Verrechnungspreise innerhalb des Verbundes werden mit marktüblichen Methoden ermittelt und den Kunden (Kliniken) in Rechnung gestellt.

Der Sachbedarf wird überwiegend von der Zentralen Materialwirtschaft beim Klinikum Ludwigsburg bezogen. Reagenzien und spezielle Hilfsmittel für die labortechnische Befundung werden bei entsprechend spezialisierten Fremdlieferanten beschafft.

Der medizinische Bedarf verändert sich in Abhängigkeit des Anforderungsverhaltens der Kliniken sowie neuen Vorschriften.

Im Geschäftsjahr wurden gegenüber dem Vorjahr vom Verbundlabor im Bereich der Mikrobiologie weniger Covid-19-Tests durchgeführt und verrechnet, was entsprechend zu einem Rückgang der Erlöse geführt hat. Dies zeigt sich auch in den geringeren Kosten im Materialaufwand. Die Erlössteigerung im Managementbereich resultiert im Wesentlichen durch weitere Umstrukturierungen bei den holdingweit verantwortlichen Führungskräften und der damit verbundenen Kostenerstattung, korrespondierend mit den insgesamt höheren Personalaufwendungen.

Der Managementvertrag mit den Kreiskliniken Reutlingen seit 2020 trägt ebenfalls zu einem Anstieg der Umsatzerlöse bei und führt zu einem positiven Deckungsbeitrag beim Jahresergebnis. In den sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind die Mietaufwendungen inkl. Nebenkosten für die genutzten Räume an den Standorten enthalten.

Vermögenslage

Neben den laufenden Investitionen wurde, wie bereits in den Vorjahren der Gerätepark im Rahmen der notwendigen Erweiterungsschritte erneuert bzw. ausgebaut.

Die Vorräte wurden gegenüber den Jahren, d. h. den Jahren der Pandemiephase, leicht abgebaut. Die Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen konnten durch die zeitnahen unterjährigen Verrechnungen stark verringert werden, dies korrespondiert mit den Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen.

Das Eigenkapital erhöht sich um den Jahresüberschuss 2023 (+86.249 €).

Das Bilanzvolumen verringert sich wie bereits beschrieben durch den unterjährigen Zahlungsverkehr zwischen der RKH Holding und den Verbundgesellschaften zum Bilanzstichtag.

Bei der Gründung (2005) und Erweiterung (2009) der RKH haben sich der Landkreis Ludwigsburg, der Enzkreis, der Landkreis Karlsruhe und die Große Kreisstadt Bietigheim-Bissingen (zusammen RKH-Gesellschafter) dafür entschieden, dass die wirtschaftlichen Risiken der Klinikgesellschaften



von der für die jeweilige Klinikgesellschaft zuständigen Gebietskörperschaft getragen werden. Risiken können damit nicht die wirtschaftliche Stellung einer anderen Gebietskörperschaft beeinflussen. Dieses Örtlichkeitsprinzip ist auch auf die RKH Holding als eigenständige Gesellschaft anzuwenden.

Die RKH führt im Finanzanlagevermögen die Beteiligungsansätze (51 %) an den Klinikgesellschaften der jeweiligen Gebietskörperschaften. Somit ist die Bilanzstruktur (Finanzanlagevermögen und Eigenkapital) der RKH selbst an die Werthaltigkeit dieser Beteiligungen gebunden. Aufgrund der unterschiedlichen wirtschaftlichen Entwicklungen dieser Klinikgesellschaften müsste jeweils zum Bilanzstichtag eine Neubewertung der Beteiligungsansätze durchgeführt werden. Dies würde zur Veränderung des Bilanzbildes der RKH insgesamt führen. Das Örtlichkeitsprinzip wäre damit nicht mehr gewährleistet.

Die RKH-Gesellschafter haben bereits in 2013 in ihren zuständigen Gremien beschlossen, dass sie die Werthaltigkeit, der bei der RKH Holding bilanzierten Beteiligungsansätze durch mit der RKH Holding selbst abzuschließende Vereinbarungen sichern.

Übersicht der Garantiebeträge der RKH-Gesellschafter bzgl. deren Klinikgesellschaft:	
Landkreis Ludwigsburg bezgl. Kliniken gGmbH	2.103.750 €
Stadt Bietigheim-Bissingen bezgl. Kliniken gGmbH	701.250 €
Enzkreis bezgl. Enzkreis-Kliniken gGmbH	1.530.000 €
Landkreis Karlsruhe bezgl. KKLK gGmbH	2.040.000 €
Insgesamt	6.375.000 €

Nur in dem Fall, dass ein RKH-Gesellschafter sich dafür entscheiden sollte, die RKH zu verlassen, um alleiniger Gesellschafter „seiner“ Klinikgesellschaft zu werden, würden Zahlungen zwischen der RKH und den RKH-Gesellschaftern ausgelöst. Die konkreten Regelungen zur Steuerung der Zahlungsflüsse werden noch im Gesellschaftsvertrag der RKH bzw. durch eine Anpassung des Konsortialvertrages durch die zuständigen Gremien beschlossen.

Finanzlage

Durch die unternehmerische Tätigkeit und den damit verursachten Geldmittelflüssen verändert sich die Kapitalstruktur stetig. Im Vergleich zum Vorjahr erhöht sich dadurch die Eigenkapitalquote. Die Umsatzentwicklung des Laborbetriebes ist weitestgehend abhängig vom Anforderungsverhalten der Kliniken und deren eigener Entwicklung. Die Umsätze durch die Umlage der Managementleistungen und die zunehmende Zusammenführung von Geschäftsvorfällen, die z. B. durch Rahmenverträge abgebildet werden und zunächst finanziell über die RKH abgewickelt werden, steigen planmäßig an und zeigen die starke Vernetzung innerhalb des Verbundes. Der Zuwachs an Leistungsbeziehungen mit Dritten stärkt neben dem Betriebsergebnis auch die Finanzlage.

3.2.7 Kapitalzuführungen und -entnahmen

Im Geschäftsjahr 2023 gab es keine Kapitalzuführungen und -entnahmen durch den Landkreis Ludwigsburg.



3.2.8 Anzahl der Beschäftigten

Im Berichtsjahr betrug die durchschnittliche Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer:

	2023	2022
Beschäftigte	216	209
davon TV-öD-K	207	203
davon TV-Ärzte/VKA	9	6

Für das Berichtsjahr 2023 ergeben sich folgende Personalkenngrößen:

Kenngrößen	2023	2022
Anzahl der Beschäftigten	212	212
Anzahl der Vollkräfte	170	161
Anteil der weiblichen Beschäftigten	73 %	74 %
Anteil der in Teilzeit Beschäftigten	38 %	42 %

3.2.9 Kennzahlen der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Die Vermögens- und Finanzlage ist aus der Bilanz zum 31.12.2023 und den Vorjahreswerten (Darstellung in 3.3.1) ersichtlich.

Die Ertragslage ist aus der Gewinn- und Verlustrechnung zum 31.12.2023 und den Vorjahreswerten (Darstellung in 3.3.2) ersichtlich.

Finanzkennzahlen	2023	2022	Veränderung
Eigenkapitalquote	52,5 %	39,7 %	+12,8 %
Anlagendeckung I	88,8 %	92,1 %	-3,3 %
Anlagendeckung II	88,8 %	92,1 %	-3,3 %
Liquiditätsgrad	77,9 %	88,1 %	-10,2 %



3.3 Jahresabschluss des Geschäftsjahres 2023

3.3.1 Bilanz zum 31.12.2023

Aktivseite	2023	2023	2022	2022
	€	€	€	€
A. Anlagevermögen				
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	0,00		0,00	
II. Sachanlagen (Einrichtung und Ausstattung)	662.202,00		318.519,00	
III. Finanzanlagen, hier Beteiligungen	6.375.000,00	7.037.202,00	6.375.000,00	6.693.519,00
B. Umlaufvermögen				
I. Vorräte				
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe		452.077,66		533.468,18
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände				
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	1.833.637,35		1.307.207,96	
davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr	(0,00)		(0,00)	
2. Forderungen an den Gesellschafter	0,00		0,00	
davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr	(0,00)		(0,00)	
3. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	1.860.109,90		5.228.630,03	
davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr	(0,00)		(0,00)	
4. Sonstige Vermögensgegenstände	123.098,31	3.816.845,56	338.281,70	6.874.119,69
davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr	(0,00)		(0,00)	
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten		594.617,60		1.387.652,78
C. Rechnungsabgrenzungsposten		8.375,45		59.384,29
		<u>11.909.118,27</u>		<u>15.548.143,94</u>
Passivseite	2023	2023	2022	2022
	€	€	€	€
A. Eigenkapital				
I. Gezeichnetes Kapital	2.247.000,00		2.247.000,00	
II. Kapitalrücklagen	3.166.076,22		3.166.076,22	
III. Gew innrücklagen (+) / Verlustvortrag (-)	708.800,21		648.976,14	
IV. Jahresüberschuss (+) / Jahresfehlbetrag (-)	86.248,94	6.208.125,37	59.824,07	6.121.876,43
B. Rückstellungen				
1. Steuerrückstellungen	7.000,00		7.000,00	
2. Sonstige Rückstellungen	1.078.000,00	1.085.000,00	1.030.000,00	1.037.000,00
C. Verbindlichkeiten				
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	0,00		0,00	
davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr	(0,00)		(0,00)	
2. Erhaltene Anzahlungen	0,00		0,00	
davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr	(0,00)		(0,00)	
3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	1.170.259,92		1.782.160,08	
davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr	(1.170.259,92)		(1.782.160,08)	
4. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	0,00		0,00	
davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr	(0,00)		(0,00)	
5. Verbindlichkeiten gegenüber verbundene Unternehmen	3.031.846,27		6.202.170,87	
davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr	(3.031.846,27)		(6.202.170,87)	
6. Sonstige Verbindlichkeiten	413.886,71	4.615.992,90	404.936,56	8.389.267,51
davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr	(413.886,71)		(404.936,56)	
D. Rechnungsabgrenzungsposten		0,00		0,00
		<u>11.909.118,27</u>		<u>15.548.143,94</u>

**3.3.2 Gewinn- und Verlustrechnung für den Zeitraum 01.01.2023 – 31.12.2023**

	2023	2023	2022	2022
	€	€	€	€
1. Umsatzerlöse	28.630.378,66		27.828.937,43	
2. Sonstige betriebliche Erträge	85.682,84	28.716.061,50	35.472,16	27.864.409,59
3. Materialaufwand und bezogene Leistungen				
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	6.882.166,88		7.725.960,36	
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	137.563,66	7.019.730,54	131.497,13	7.857.457,49
4. Personalaufwand				
a) Löhne und Gehälter	14.312.529,16		12.836.813,88	
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	3.167.064,76	17.479.593,92	2.871.308,91	15.708.122,79
davon für die Altersversorgung	(948.870,59)		(834.367,25)	
Zwischenergebnis		4.216.737,04		4.298.829,31
5. Abschreibungen auf imm. Vermögensgegenstände und Sachanlagen	149.910,65		109.667,21	
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	3.931.490,09	4.081.400,74	4.174.135,07	4.283.802,28
Zwischenergebnis		135.336,30		15.027,03
7. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	317,00		730,00	
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	1.908,00		3.223,00	
davon für Betriebsmittelkredite	(0,00)		(0,00)	
davon an verbundene Unternehmen	(0,00)	-1.591,00	(0,00)	-2.493,00
9. Steuern vom Einkommen und Ertrag		47.496,36		-47.290,04
10. Ergebnis nach Steuern		86.248,94		59.824,07
11. sonstige Steuern		0,00		0,00
12. Jahresüberschuss (+)/ Jahresfehlbetrag (-)		86.248,94		59.824,07



4. RKH Kliniken Ludwigsburg-Bietigheim gGmbH



4.1 Allgemeine Angaben

Anschrift	Posilipostraße 4 71640 Ludwigsburg
Rechtsform	Gemeinnützige Gesellschaft mit beschränkter Haftung (gGmbH)
Gründungsdatum	17.12.1993

4.2 Rechtliche Verhältnisse

4.2.1 Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb der Krankenhäuser in Bietigheim-Bissingen und Ludwigsburg. Die Gesellschaft wird diese Krankenhäuser gleichwertig nach dem jeweiligen Versorgungsauftrag entsprechend dem medizinischen, personellen, technischen, organisatorischen und baulichen Fortschritt weiterentwickeln.

Der Betrieb der Krankenhäuser umfasst voll- und teilstationäre sowie vor- und nachstationäre Krankenhausleistungen und ambulante ärztliche, medizinisch-technische und physikalische Leistungen.

4.2.2 Beteiligungsverhältnisse

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 5.500.000 €.

Gesellschafter	Anteil am Stammkapital	Anteil
Landkreis Ludwigsburg	2.021.250 €	36,75 %
RKH Regionale Kliniken Holding und Services GmbH	2.805.000 €	51 %
Stadt Bietigheim-Bissingen	673.750 €	12,25 %



4.2.3 Beteiligungen des Unternehmens

Beteiligungen	Anteil am Stammkapital	Anteil
Energieversorgungsgesellschaft Klinikum Ludwigsburg mbH	25.564,59 €	33,33 %
Gesellschaft für Qualität und Management im Krankenhaus mbH	5.000 €	7,7 %
RKH Klinikenservice und Gastronomie GmbH	25.000 €	100 %
RKH MVZ Klinikum Ludwigsburg gGmbH	25.000 €	100 %
RKH Orthopädische Klinik Markgröningen GmbH	4.545.100 €	100 %
RadioOnkologicum MVZ GmbH	12.500 €	50 %
Lumis Südwest GmbH	7.500 €	3 %

4.2.4 Besetzung der Organe, sowie Gesamtbezüge der Geschäftsführung und des Aufsichtsrats

Organ	Funktion	Name des Mitglieds
Gesellschafterversammlung	Landkreis Ludwigsburg	Landrat Dietmar Allgaier
	Regionale Kliniken Holding	Prof. Dr. Jörg Martin
	Stadt Bietigheim-Bissingen	OB Jürgen Kessing
Geschäftsführung	Geschäftsführer	Prof. Dr. Jörg Martin
Aufsichtsrat	Vorsitz	Landrat Dietmar Allgaier
	Stv. Vorsitz	OB Jürgen Kessing
	Vertreter des Landkreises Ludwigsburg	
	Mitglieder - CDU	Karl-Heinz Schlumberger
		Claus-Dieter Meyer
		Ralf Trettner
	Mitglieder - Freie Wähler	Jan Trost
		Dirk Schaible
		Werner Möhrer
	Mitglieder - SPD	Egon Beck
		Ramona Schröder
	Mitglieder - Grüne	Dr. Uwe Stoll
		Jürgen Waser
	Mitglieder - FDP	Dr. Horst Ludwig
	Vertreter der Stadt Bietigheim-Bissingen	
	Mitglieder - CDU	Marcus List
	Mitglieder - SPD	Thomas Reusch-Frey
Mitglieder - FW	Dr. Wassilios Amanatidis	
Mitglieder - FDP	Dr. Arno Steiler	
Mitglieder - GAL	Traute Theurer	
Vertreter der Arbeitnehmer	Dr. Gerhard Locher	
	Hagen Klee	



Gesamtbezüge der Mitglieder der Geschäftsführung und des Aufsichtsrats:

Die Gesellschaft macht bezüglich der Bezüge der Geschäftsführung von den Befreiungsvorschriften nach § 286 Abs. 4 HGB Gebrauch.

Die Aufwandsentschädigungen für die Mitglieder des Aufsichtsrats betragen im Geschäftsjahr 2023 insgesamt 15.050 € (Vorjahr 14.172 €).

4.2.5 Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks des Unternehmens

Der Landkreis Ludwigsburg verfolgt mit der Gesellschaft die bedarfsgerechte Versorgung der Bevölkerung des Landkreises Ludwigsburg nach Maßgabe des Krankenhausplans des Landes mit leistungsfähigen, wirtschaftlich gesicherten Krankenhäusern sowie die medizinisch zweckmäßige und ausreichende Versorgung der in diesen Krankenhäusern behandelten Patienten. Der dem Landkreis obliegende gesetzliche Auftrag zur Krankenversorgung für das gesamte Kreisgebiet entsprechend § 3 Landeskrankenhausgesetz wird durch die Gesellschaft mit dem Betrieb der Krankenhäuser in Bietigheim-Bissingen und Ludwigsburg erfüllt. Dabei steht die Gesellschaft im stetigen Spannungsfeld zwischen stagnierenden und teilweise real rückläufigen Leistungsvergütungen, steigenden (Fix-) Kosten und wachsenden Anforderungen der Gesellschaft. Insbesondere die Bedürfnisse der „kleinen Häuser“ und die Bedürfnisse der darin versorgten Patienten werden unter den gesetzlichen Rahmenbedingungen immer noch nicht ausreichend berücksichtigt.

4.2.6 Grundzüge des Geschäftsverlaufs und Lage des Unternehmens

Allgemeines zur Gesellschaft

Wie bereits beim Gegenstand des Unternehmens beschrieben, betreibt die Gesellschaft die Krankenhäuser in Ludwigsburg und Bietigheim-Bissingen. Sie entwickelt diese Krankenhäuser gleichwertig nach dem jeweiligen Versorgungsauftrag entsprechend dem medizinischen, personellen, technischen, organisatorischen und baulichen Fortschritt weiter. Der Betrieb der Krankenhäuser umfasst voll- und teilstationäre sowie vor- und nachstationäre Krankenhausleistungen und ambulante ärztliche, medizinisch-technische und physikalische Leistungen.

Finanzierungsgrundsätze

Das Krankenhausfinanzierungsgesetz (KHG) legt fest, dass die wirtschaftliche Sicherung der Krankenhäuser durch die sogenannte duale Finanzierung erfolgen soll. Darauf aufsetzend regeln zahlreiche Gesetze, Verordnungen und Richtlinien die speziellen Finanzierungsregeln.

Demnach sollen die Investitionskosten im Rahmen der öffentlichen Förderung übernommen werden. Da die zwei Krankenhäuser in den Krankenhausplan des Landes Baden-Württemberg aufgenommen sind, erfüllen sie die Voraussetzungen des KHG und erhalten sowohl Einzelfördermittel als auch Pauschalfördermittel. Bei beiden Förderbereichen reichen die Landesmittel nicht aus, um die notwendigen Investitionen voll zu finanzieren.

Bei der Gründung und Erweiterung der RKH haben sich die Landkreise Ludwigsburg, Enzkreis, Karlsruhe und die Große Kreisstadt Bietigheim-Bissingen dafür entschieden, dass die wirtschaftlichen Risiken der Klinikgesellschaften von der für die jeweilige Klinikgesellschaft zuständigen Gebietskörperschaft (Landkreis) getragen werden. Risiken können damit nicht die wirtschaftliche Stellung einer anderen Gebietskörperschaft beeinflussen. Nach diesem



Örtlichkeitsprinzip, das in Konsortialverträgen festgelegt wurde, gewähren die Landkreise ihrer jeweiligen Klinikgesellschaft zum Beispiel Investitionszuschüsse in Form der Erstattung des Kapitaldienstes. Daneben wurde in den Konsortialverträgen festgelegt, dass bei Absinken des Eigenkapitals unter den Betrag des Stammkapitals einer Klinikgesellschaft, der zuständige Landkreis „seiner“ Klinikgesellschaft einen Ausgleich zur Verfügung stellt.

Der Landkreis Ludwigsburg hat bereits mit der Verabschiedung der Unternehmensplanung 2013 beschlossen, dass der Landkreis Ludwigsburg die Finanzierung der baulichen Entwicklung in wesentlich höherem Maße unterstützt. Um alle Standorte weiterzuentwickeln, wurden zusätzlich neue strategisch bedeutsame Projekte für den Finanzplanungszeitraum vorgesehen, bei denen wiederum der Landkreis Ludwigsburg neu entstehenden Kapitaldienst, unter Berücksichtigung von Fördermitteln, den Kliniken erstatten wird. Im Herbst 2022 hat der Landkreis Ludwigsburg vor dem Hintergrund anstehender bedeutsamer Investitionsmaßnahmen die Fortführung dieser Erstattungssystematik beschlossen. Im Rahmen der Erstattungen werden dann auch direkte Zuschüsse für projektbezogene nicht aktivierungsfähige Kosten, wie z. B. Abbruchkosten, abgebildet. Im Geschäftsjahr 2023 ergibt sich eine Kapitaldiensterrstattung in Höhe von 13.138.391 € (Planansatz 13,9 Mio. €). Für das Planjahr 2024 ist eine Kapitaldiensterrstattung in Höhe von 14,4 Mio. € vorgesehen.

Mit dem Jahresergebnis 2023 sind bei der KLB nach handelsrechtlicher Berechnung die Kapital- und Gewinnrücklagen verbraucht. Dies bedeutet, dass nach den Regelungen des Konsortialvertrages der Landkreis Ludwigsburg den Fehlbetrag zusätzlich zum oben genannten Investitionszuschuss trägt und der KLB erstattet. Zum Bilanzstichtag 31.12. wird der ausstehende Ausgleichsbetrag als Forderung gegen den Landkreis Ludwigsburg zugunsten des Eigenkapitals bilanziert. Insgesamt ergibt sich für 2023 ein Erstattungsbedarf in Höhe von 24.076.163,61 €. Die KLB ist grundsätzlich dazu geeignet den laufenden Betrieb selbst zu erwirtschaften. Dies ist nach wie vor das erklärte Ziel der Geschäftsführung. Ab wann dies wieder gelingt, hängt erheblich von der Krankenhausreform und von den damit verbundenen Finanzierungsmechanismen ab.

Entwicklung von Branche und Gesamtwirtschaft

In den Geschäfts- und Pandemie Jahren 2020 bis einschließlich 2022 wurde die tatsächliche finanzielle und wirtschaftliche Situation der Kliniken durch die damaligen Ausgleichsmechanismen und die Coronahilfen überdeckt und deren Jahresergebnisse dadurch stabilisiert.

Im Geschäftsjahr 2023 zeigt sich die tatsächliche finanzwirtschaftliche Situation. Die „Nachwirkungen“ dieser vergangenen extremen Geschäftsjahre belasten immer noch die Kliniken und die neu eingetretenen bzw. anhaltenden Effekte aus der Ukraine Krise kommen erschwerend hinzu.

Eine dieser Nachwirkung ist eine deutlich angestiegene Ausfallquote durch Krankheit in der Belegschaft, was zu Engpässen in der Versorgung und zugleich zu einem hohen Einsatz von nur anteilig ausfinanzierten Leiharbeitskräften geführt hat. Trotz der im Jahr 2023 gewährten Hilfspakete belasten zusätzlich die gestiegenen Sachkosten und der Mangel an Mitarbeitenden, der sich mittlerweile durch nahezu alle Aufgabenfelder in einem Klinikbetrieb zieht, die Klinikergebnisse.

Die Kliniken befinden sich auf der Erlösseite in einem hoch regulierten planwirtschaftlichen System und werden andererseits mit voller Härte von den marktwirtschaftlichen Elementen auf der Kostenseite getroffen.

Es war leider absehbar, dass auch nach Pandemieende die nicht eingelösten Finanzierungsversprechen weiterhin wirken und die Regulatorik im Finanzierungssystem weiter



zunimmt. Beispielhaft sei der Krisengewinner „Leiharbeit“ genannt. Diese Branche hat von den erwähnten hohen Ausfall- und Fluktuationsquoten stark profitiert und deren Gewinnmargen entziehen dem Gesundheitssystem wichtige Finanzierungsanteile. Der Einsatz von Leiharbeit in der Pflege wird im Pflegebudget, das bekanntermaßen zur Ausfinanzierung der Pflege etabliert wurde, nur anteilig und meist nur hälftig den Kliniken angerechnet. Die Deckungslücke verbleibt also bei den Kliniken, die auf diese Kräfte zugreifen mussten und müssen, um überhaupt ihren Versorgungsauftrag erfüllen zu können. Im Ergebnis werden weniger Patienten versorgt, was zu nicht genutzten Kapazitäten und damit zu nicht gedeckten Fixkosten führt. Die ersten Folgen aus der Ambulantisierung, die grundsätzlich zu fördern ist, verschärfen aber zunächst diese wirtschaftlichen Effekte, da viele Kliniken ihre Infrastruktur während der Pandemiephase noch nicht an diese sprunghafte Entwicklung anpassen konnten. Einerseits ist diese Transformation mit Umbaumaßnahmen und tiefgreifenden Strukturveränderungen verbunden und andererseits entfällt in diesem Sektor die Investitionsförderung, so dass Träger auch hier mit hohen Finanzierungsbedarfen konfrontiert werden.

Die Unsicherheit in den Rahmenbedingungen für 2024 und künftiger Geschäftsjahre wird aktuell durch den Gesetzgeber selbst noch deutlich verstärkt.

Entwicklung des operativen Geschäfts

Das Geschäftsjahr 2023 verzeichnet mit insgesamt 44.555 Case-Mix-Punkten (Vj. 43.517) eine leichte Steigerung der Leistungsentwicklung beider Standorte. Die Fallzahl der stationär behandelten Patienten stieg leicht auf 50.992 (Vj. 49.733). Im Geschäftsjahr 2023 haben Personalengpässe vermehrt zur Reduzierung der Versorgungsangebote im elektiven Bereich geführt. Die Notfallversorgung war durchgehend gewährleistet. Die Fallschwere ist gleichbleibend. Die Verweildauer bleibt auf dem Vorjahresniveau.

Die ambulanten Fallzahlen steigen an beiden Standorten an, insgesamt um +4 % zum Vergleichsjahr 2022.

Am Standort Marbach wurde bereits Mitte 2020 der stationäre Betrieb nach der ersten Pandemiewelle eingestellt. Ärztliche Kooperationspartner nutzen die bestehende ambulante OP-Struktur, weiter werden Flächen für Arztpraxen vermietet. Teilflächen des Krankenhausgebäudes werden außerdem zur Unterbringung von Geflüchteten aus der Ukraine an den Landkreis Ludwigsburg vermietet.

Am Standort Vaihingen wurde bis zum ersten Quartal 2023 eine internistisch-diagnostische Tagesklinik für geriatrische Patienten mit 12 Plätzen betrieben. Diese Versorgungsform wurde mit den Kostenträgern als zeitlich befristetes Modellprojekt vereinbart. Die Mitarbeitenden wurden an die Klinikstandorte Ludwigsburg und Bietigheim übernommen.

Anfang 2019 wurde unter der Federführung des Sozialpädiatrischen Zentrums in Ludwigsburg eine interdisziplinäre Frühförderstelle eingerichtet. Nach weiterführenden Verhandlungen mit den Kostenträgern ist eine Kostendeckung gewährleistet.

Investitionsbereich

Um die Standorte der KLB attraktiv zu halten ist, unabhängig von der vorhandenen hochwertigen Versorgung und medizintechnischen Ausstattung, die kontinuierliche Verbesserung und Modernisierung der Stationen, Funktionsbereiche und der betriebstechnischen Infrastruktur notwendig. Im Rahmen baulicher Veränderungen werden auch div. Digitalisierungsvorhaben umgesetzt, um Synergien in der bautechnischen Abwicklung zu erzielen. Dazu gehört der flächendeckende Ausbau der WLAN-Netze für betriebliche IT-Konzepte (z. B. Telemedizin, mobiles Arbeiten auf Station per digitaler Patientenakte, Patientendatenmanagementsystemen etc.) sowie für digitale Angebote für Patienten und Mitarbeiter.



Für das Klinikum Ludwigsburg eine mehrjährige Planung vor. Darin wird in die „Außenentwicklung“ (Flächenerweiterung auf dem Areal) und die „Innenentwicklung“ (Maßnahmen innerhalb der Bestandsgebäude) unterschieden. Alle Maßnahmen orientieren sich am Medizinkonzept und berücksichtigen die vorhandene und teilweise sehr komplexe und den Baujahren entsprechende Gebäudestruktur. Aufgrund der noch unbekanntem Einflussgrößen aus der Krankenhausreform wurde das Investitionsprogramm überdacht und auf die notwendigsten Maßnahmen mit engem Bezug zur Patientenversorgung begrenzt. Die Stationssanierung diverser Ebenen wird daher weiterhin fortgeführt. Die ehemalige Kinderstation konnte in 2023 fertig saniert werden, sodass ein Interdisziplinäres Beratungszentrum sowie die Regionaldirektion und die Direktion für Pflege- u. Prozessmanagement die neuen Räume beziehen konnten und sich nun nah am Klinikgeschehen befinden. Des Weiteren wurden zwei Angiographienanlagen ausgetauscht.

Die durch die Schließung der hauseigenen Wäscherei freigewordenen Flächen wurden zunächst technisch zurückgebaut. Nachdem im Salamander-Areal Kornwestheim interimweise Räume für die Krankenpflegeschule angemietet wurden und Mitte 2024 bezogen werden, kann nun mit dem Neubau an derer momentanen Stelle in der Meiereistraße begonnen werden. Die städteplanerischen Anpassungen wurden bereits von der Stadt Ludwigsburg freigegeben. Die betriebstechnischen Anlagen werden kontinuierlich ersetzt und modernisiert, um Kosteneinsparungen im laufenden Betrieb zu erzielen.

Das Projekt „strategische Weiterentwicklung“ am Krankenhaus Bietigheim-Vaihingen wurde im April 2023 in den Stand-by-Modus gesetzt, um zunächst die Auswirkungen aus der Krankenhausreform zu würdigen und das Projekt und die strategische Standortentwicklung daran auszurichten. Neben der Generalsanierung eines Wohnheimes für Mitarbeiter wurde zur Verbesserung der Aufenthaltsqualität für Besucher, Patienten und auch Mitarbeiter das neue Bistro Ambiente Bietigheim im Haupteingangsbereich eröffnet.

Beim Standort Marbach wurde auf Basis der grundsätzlichen Entscheidungen zur Entwicklung eines Aus- und Gesundheitscampus ein städtebaulicher Vertrag zwischen der KLB und der Stadt Marbach am Neckar abgeschlossen. Auf dieser Basis laufen alle Aktivitäten zur Anpassung des Bebauungsplanes. Neben dem ambulanten medizinischen Portfolio sollen das Thema „Bildung“ gebündelt werden, in dem die Pflegeschule, die Akademie vom Standort Markgröningen und das Simulationszentrum auf dem Campus verortet werden. Vor dem Hintergrund des Fachkräftemangels liegt für die KLB der Schwerpunkt auf dem Aufbau dieser Pflegeschule mit attraktiven Wohnangeboten für die Nachwuchskräfte. Unter dem Arbeitstitel „lebenslanges Lernen“ kann damit ein Alleinstellungsmerkmal für den Landkreis, die Klinik und die Stadt Marbach entstehen. Außerdem soll über ein Investorenmodell ein Angebot für Pflege und Pflegewohnen entstehen. Allerdings bestehen auch hier vor dem Hintergrund der finanzwirtschaftlichen Entwicklung entsprechende Finanzierungsvorbehalte. Im nächsten Schritt werden die geplanten Vermarktungsoptionen untersucht und die Kostenschätzungen als Grundlage für die Finanzierungsmodelle überarbeitet.

Im Jahr 2023 wurden insgesamt 31,7 Mio. € (Vj. 25,5 Mio. €) für Investitionen eingesetzt.



Leistungsdaten

Kenngrößen	2023	2022
Stationär behandelte Patienten (voll- und teilstationär inkl. Psychiatrie)		
Klinikum Ludwigsburg	35.310	33.860
Krankenhaus Bietigheim-Vaihingen	15.682	15.873
Insgesamt	50.992	49.733
Anzahl Case-Mix-Punkte		
Klinikum Ludwigsburg	32.736,68	31.864,63
Krankenhaus Bietigheim-Vaihingen	11.818,07	11.652,30
Insgesamt	44.554,75	43.516,93
Fallschwere (Case-Mix-Index; CMI)		
Klinikum Ludwigsburg	0,982	0,992
Krankenhaus Bietigheim-Vaihingen	0,770	0,753
Verweildauer in Tagen		
Klinikum Ludwigsburg	7,38	7,31
Krankenhaus Bietigheim-Vaihingen	5,60	5,49
Ambulant behandelte Patienten		
Klinikum Ludwigsburg	139.745	135.851
Krankenhaus Bietigheim-Vaihingen	38.992	35.770
Insgesamt	178.737	171.621

Krankenhaus (Versorgungsstufe)	Betten 2023	Betten 2022
Klinikum Ludwigsburg (Zentralversorgung)	1.006	1.005
Krankenhaus Bietigheim-Vaihingen (Regelversorgung)	413	416
Krankenhaus (Grundversorgung)	78	78
Insgesamt	1.497	1.499

Jahresabschluss

Die Erträge aus dem laufenden Betrieb sind insgesamt um +9,4 Mio. € (431 Mio. €, Vj. 422 Mio. €) gestiegen.

Die Erlöse aus Krankenhausleistungen verzeichnen mit -7,1 Mio. € (282 Mio. €, Vj. 289 Mio. €) einen Rückgang gegenüber dem Vorjahr. Der Rückgang resultiert insbesondere aus dem Wegfall von Ausgleichen im Rahmen des COVID-19-KHEntlastungsG für freie Betten. Weiter ist im DRG-Bereich das DRG Pflegebudget enthalten, das risikoorientiert bilanziert wurde.

Die Erlösentwicklung der Wahlleistungsstationen hat sich positiv entwickelt, da die Stationen wieder ihrem Zweck nach genutzt wurden.

Die Erlöse aus ambulanten Leistungen sind um +2,3 Mio. € (43 Mio. €, Vj. 40 Mio. €) gestiegen. Hier sind vermehrt Erlöse aus ambulanten Operationen und stationersetzende Maßnahmen (+790 T€) sowie eine weitere Steigerung im Bereich Zytostatika (+4,7 Mio. €) enthalten. Die Erlöse aus Covid-19-Tests sind weitestgehend entfallen.

Die Nutzungsentgelte der Ärzte sind im ambulanten Bereich konstant.

Die Bestandsveränderung an unfertigen Leistungen zeigt den gestiegenen Anteil an stationären Überliegern.



Die Zuweisungen und Zuschüsse der öffentlichen Hand beinhalten die Landeshilfen für Corona-Mehraufwendungen, die pauschalen Energiehilfen sowie Erstattungen für Mutterschutz. Sie sind insgesamt um +9,7 Mio. € (17,1 Mio. €, Vj. 7,4 Mio. €) gestiegen.

Die Erlöse im Bereich Hilfs- und Nebenbetriebe sinken leicht um +917 T€ (30,9 Mio. €, Vj. 31,8 Mio. €). Dieser Rückgang ist hauptsächlich auf den Bereich Wirtschaft Lagerlogistik (Pandemielager) zurückzuführen, der die RKH-Häuser mit Material versorgt.

Weiter zeigt sich ein Anstieg in der Zuweisung aus dem Ausbildungsfond. Das erhöhte Erlösvolumen resultiert hier aus der gestiegenen Vergütungshöhe.

Die sonstigen betrieblichen Erträge sind konstant (23,2 Mio. €, Vj. 23,2 Mio. €). Im Geschäftsjahr wurden die Verbindlichkeiten aus noch nicht verwendeten Zuschüssen der öffentlichen Hand erfolgswirksam ausgebucht.

Die Aufwendungen aus dem laufenden Betrieb sind insgesamt um +29,3 Mio. € (453 Mio. €, Vj. 424 Mio. €) gestiegen.

Der Personalaufwand hat sich gegenüber dem Vorjahr um +18,3 Mio. € (282 Mio. €, Vj. 264 Mio. €) erhöht. Den Personalkosten werden in dieser Ansicht neben den eigenen Personalkosten durch die Belegschaft auch bezogene Verwaltungsleistungen, Honorar- und Zeitarbeitskräfte zugeordnet. Die Inanspruchnahme von Zeitarbeitskräften liegt vor allem in den Bereichen Ärztlicher-, Pflege- sowie Sonstige-Dienste vor und hat sich insgesamt um +6,3 Mio. € erhöht. Darüber hinaus ist zu beachten, dass die Kosten im Bereich Notfallversorgung erstattet werden. Innerhalb der Position ist der Aufbau der Personalarückstellungen berücksichtigt.

Der Aufwand im Medizinischen Sachbedarf steigt um +1,9 Mio. € (80 Mio. €, Vj. 78 Mio. €) an. Die Erhöhung der Arzneimittel um +5,7 Mio. € (24,1 Vj. 18,4 Mio. €) korrelieren mit der Erlössteigerung im Bereich Zytostatika. Weiter erhöhte sich der Bedarf für das Ärtzl. und pfl. Verbrauchsmaterial um +1,2 Mio. € (12,2 Mio. €, Vj. 11,0 Mio. €). Die Aufwendungen für Implantate sind um 1,0 Mio. € angestiegen (8,1 Mio. €, Vj. 7,1 Mio. €).

Der Laborbedarf sank aufgrund der reduzierten Covid-19-Testungen um -4,3 Mio. € (1,5 Mio. €, Vj. 5,8 Mio. €).

Die patientenbezogenen medizinischen Leistungen sind vor allem durch höhere Umsätze mit Dritten um +1,6 Mio. € (17,8 Mio. €, Vj. 16,2 Mio. €) gestiegen.

Die Aufwendungen im Wirtschaftsbedarf sind moderat gestiegen. Lediglich die Beschaffung von Lebensmitteln hat sich 700 T€ erhöht (4,2 Mio. €, Vj. 3,5 Mio. €).

Der Anstieg im Wirtschaftsbedarf insgesamt beläuft sich auf +394 T€ (16,2 Mio. €, Vj. 15,8 Mio. €).

Der Verbrauch von Wasser, Energie, Brennstoffe bleibt relativ konstant. Der Aufwand ist um 419 T€ gestiegen (7,6 Mio. €, Vj. 7,2 Mio. €). Hauptsächlich ist dies auf langfristig verhandelte Festpreise zurückzuführen.

Im Verwaltungsbedarf zeigen sich die Inanspruchnahme der RKH-Akademie im Bereich Fort- und Weiterbildung, sowie die Kosten für Ausbildungsplätze. Hier werden auch die Aufwendungen für Beratungsleistungen und Repräsentation der Kliniken dargestellt. Im Bereich EDV- und Organisationsaufwand stiegen die Kosten um +859 T€ (3,0 Mio. €, Vj. 2,1 Mio. €).



Durch die Zusammenführung von Beschaffung, Management und EDV-technischen Dienstleistungen belaufen sich die Umsätze innerhalb des Konzerns weiterhin auf einem hohen Niveau. Entsprechend verhalten sich die relevanten Aufwandspositionen und Erlöspositionen bei allen Verbundgesellschaften. Grundsätzlich werden Lieferungen und Leistungen verursachungsgerecht verrechnet.

Auch die Versorgung des Holdinglabors mit Material und die Vermietung der Räumlichkeiten schlagen sich in diesen Positionen nieder. Mit der Zusammenführung des Labors auf Holdingebene ist das Labor zum „Kunden“ der Wirtschaftsbereiche geworden, was auch zu den entsprechenden Geldflüssen führt. Die vom Verbundlabor erbrachten Laborleistungen werden in der Gruppe des medizinischen Bedarfs abgebildet. Die Synergieeffekte des Holdinglabors führen zur Senkung der patientenbezogenen Untersuchungskosten.

Neben den anstehenden Großprojekten werden laufend die notwendigen Instandhaltungs- und Sanierungsmaßnahmen insbesondere in den Bereichen Brandschutz, Heiz- und Lüftungstechnik, Wasser- und Energieversorgung durchgeführt.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind um 1,3 Mio. € (2,5 Mio. €, Vj. 1,2 Mio. €) gestiegen. Im Vergleich zu 2022 wurde hier erstmalig anteilig Miete für die Räumlichkeiten der Krankenpflegeschule fällig.

Im Finanzergebnis spiegelt sich grundsätzlich die Finanzierungsseite der Investitionstätigkeit wider. Im Saldo verbleiben die Zinsaufwendungen, die für nicht geförderte Investitionen anfallen. Durch die kumulierten Jahresfehlbeträge der kleineren Standorte in der Vergangenheit besteht für sie ein hoher Sockelbedarf an Betriebsmittelkrediten, den diese selbst nicht ablösen können.

Das Investitionsergebnis zeigt grundsätzlich im Saldo die Belastung durch die nicht geförderten Abschreibungen. Diese beinhalten auch die Abschreibungsanteile, die z. B. im steuerpflichtigen Bereich entstehen und durch Erträge gedeckt sind.

Im neutralen Ergebnis werden, neben den periodenfremden Erträgen und Aufwendungen auch die kalkulatorischen Risiken aus den Anfragen des medizinischen Dienstes ausgewiesen, da es sich dabei um noch nicht abgeschlossene Anfragen aus den Vorjahren handelt.

Vermögenslage

Das Sachanlagevermögen entwickelt sich planmäßig entsprechend vermindert um die Abschreibungen. Durch die geplanten Baumaßnahmen an den Standorten wird das Vermögen weiter künftig ansteigen.

Die bilanzierten Finanzanlagen betreffen hauptsächlich den Beteiligungsansatz an der OKM, der wertmäßig auch deren Beteiligung an der ORTEMA beinhaltet. Der Beteiligungsansatz an der OKM wird unverändert fortgeschrieben, da hier ausgeglichene Jahresergebnisse erreichbar sind. Zusätzlich wird auch ein Wertezuwachs durch die Entwicklung der ORTEMA erwartet. Jahresüberschüsse dieser Gesellschaften sollen zunächst innerhalb der Gesellschaften zur Kapitalstärkung bzw. zur Finanzierung von Investitionen verwendet werden.

Die gebildeten Festwerte der dezentralen Vorräte wurden analog dem Vorjahr abgeschrieben und um einen zusätzlichen Sicherheitsabschlag vermindert.

Für das strategische Ziel, die Vorratshaltung in den OP- und Funktionsbereichen edv-technisch zu verwalten und die Zu- und Abgänge zu dokumentieren, konnte immer noch keine geeignete Softwarelösung gefunden werden.



Die laufenden Forderungen aus Lieferungen Leistungen konnten zeitnah abgerechnet werden. Dies führt zum Bilanzstichtag zu einem maßgeblichen Abbau der Position gegenüber dem Vorjahr. Die Prüfquote des medizinischen Dienstes der Kostenträger liegt im Geschäftsjahr bei ca. 8,4 %. Die Forderungen gegenüber Gesellschaftern beinhalten, wie im Vorjahr, die Bilanzierung der angeführten Zins- und Tilgungserstattungen durch den Landkreis Ludwigsburg. Diese Position zeigt in welcher Höhe die Bankverbindlichkeiten auf der Passivseite über das Erstattungsmodell (hier Tilgung) vom Landkreis Ludwigsburg der KLB erstattet werden. Über dieses Modell wird auch der Kaufpreis zum Erwerb der OKM abgebildet. Als Forderungen werden ebenfalls die verauslagten Projektkosten bilanziert, bei denen planmäßige Kosten angefallen sind, aber zum Bilanzstichtag noch keine Darlehen aufgenommen wurden. Die Veränderung im Vergleich zum Vorjahr ergibt sich durch geplante Darlehensneuaufnahmen und Vorfinanzierungen von Ausgaben bis zur tatsächlichen Darlehensaufnahme im Rahmen der beschlossenen und begonnenen Baumaßnahmen. Durch die Weiterentwicklungspläne wird der Bilanzposten auch künftig das Bilanzbild der KLB prägen.

Daneben werden über die Forderung gegenüber Gesellschaftern auch Geldflüsse zur Holding aus der buchhalterischen Abwicklung der Umsatzsteuerorganschaft und aus dem Leistungsaustausch mit dem Verbundlabor abgebildet.

Da für die Baumaßnahmen teilweise bereits Förderbescheide vorliegen, werden diese bis zur liquiditätswirksamen Vereinnahmung als Forderungen bilanziert. Mit dem Eingang der Fördermittel werden diese mit der Landkreiserstattung verrechnet bzw. auf neue Darlehensaufnahmen verzichtet.

Darüber hinaus sind in den Forderungen gegenüber Gesellschaftern zum 31.12.2023 Forderungen zum Erhalt des Stammkapitals ausgewiesen. Es wird auf die Ausführungen unten zum Eigenkapital verwiesen.

Die Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen sind aufgrund der Inanspruchnahme des Cashpools durch die OKM und der Schlussrechnung der IT-Umlage zum Stichtag weiter angestiegen.

Bei den sonstigen Forderungen haben sich die Forderungen aus dem Krankenhausentgeltgesetz weiter stark erhöht und werden mit den künftigen Budgets zahlungswirksam verrechnet.

Mit dem Jahresergebnis 2023 ist das nach handelsrechtlichen Kriterien ermittelte Eigenkapital vollständig verzehrt. Zum Zeitpunkt der Gründung des RKH-Verbundes wurde in einem Konsortialvertrag festgelegt, dass dann der Gesellschafter (hier der Landkreis Ludwigsburg) dazu verpflichtet ist, das Eigenkapital durch Erstattung des Jahresfehlbetrages zu stabilisieren, so dass in der Handelsbilanz ein positives Eigenkapital in Höhe des Stammkapitals ausgewiesen werden kann. Der Ausgleich in Höhe von 20.076.163,61 € erfolgt durch die Bilanzierung einer entsprechenden Forderung gegenüber dem Gesellschafter.

Das hier gezeigte erweiterte Eigenkapital ist um den Saldo aus dem Jahresergebnis und aus der Veränderung des Ausgleichspostens nach Eigenmittelförderung vermindert.

Seit 2012 werden die Finanzmittelguthaben und die kurzfristigen Betriebsmittelkredite bei der KLB für die gemeinnützigen Gesellschaften KLB und OKM in einem Cash-Pool-Verfahren fortgeführt. Der „Pool-Führer“ ist die KLB. Die konzerninterne Verzinsung orientiert sich an den marktüblichen Zinssätzen. Zum Bilanzstichtag sind diese Finanzmittelströme unter den Forderungen bzw. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen bilanziert.

Insbesondere bei den „kleinen“ Häusern Marbach und Vaihingen führen die liquiditätswirksamen Bestandteile der kumulierten Jahresergebnisse seit Bestehen dieser Standorte zu einem hohen



dauerhaften Bedarf an Betriebsmittelkrediten, der auch nach den durchgeführten bzw. anvisierten Umstrukturierungen bestehen bleiben wird. Da im Berichtsjahr das Zinsniveau teilweise stark angestiegen ist, führte dies zu einer hohen Zinsbelastung durch die Betriebsmittelkredite, die vom Gesellschafter zu marktüblichen Konditionen gewährt werden. Des Weiteren sind die Ausgleichszahlungen im Rahmen der Krankenhausentlastungsgesetz eingestellt worden. Das Budget 2021 wurde im Frühjahr 2024 verhandelt, ist aber noch nicht umgesetzt worden, das Budget 2022 ist noch offen.

Der Sonderposten zeigt die Zugänge der geförderten Investitionen gegenüber der Neutralisierung der Abschreibungen.

In den sonstigen Rückstellungen mussten die Rückstellungen im Personalbereich hauptsächlich durch die Übernahme von Urlaubstagen erhöht werden. Der Anteil für Mehrarbeitsstunden ist leicht gesunken. Die Rückstellungen für Altersteilzeit haben sich aufgrund der verminderten Inanspruchnahme weiter vermindert. Die kalkulatorischen Risiken aus den Anfragen des medizinischen Dienstes werden jährlich neu ermittelt. Zum Bilanzstichtag war ein leichter Aufbau der Rückstellung zu erkennen, da im Wirtschaftsjahr das Risiko für evtl. Strafzahlungen zugenommen hat.

In den sonstigen Rückstellungen werden Beträge aus der Rückerstattung von abgeführter Umsatzsteuer, im Rahmen der geänderten Besteuerung der Zytostatikaumsätze, weiterhin anteilig zurückgestellt, bis die Abwicklung dieser Beträge mit den jeweiligen Kostenträger endgültig geklärt und vollzogen sind. Im Jahr 2023 wurden wieder einzelne Verhandlungsergebnisse mit Kassenorganisationen geführt. Die Abwicklung der Rückstellung wird sich noch weiter in das Geschäftsjahr 2024 ziehen.

Bei der Ermittlung der Rückstellung zur Einhaltung der Aufbewahrungspflichten (Archivierung) wurde im Geschäftsjahr 2023 der Anteil der in der aktuell in digitaler Form archivierten Informationen neu erhoben und bewertet. Des Weiteren wurde die vom Gesetzgeber verpflichtende Vorhaltung von Papierakten neu gezählt und bewertet. Mit dem wachsenden Digitalisierungsgrad bzw. Anteil der Akten konnte die vorhandene Rückstellung abgebaut werden.

Rückstellungen, die aus dem Risiko des Verwendungsnachweises, der in den Jahren 2021 und 2022 gewährten Corona-Landeshilfen gebildet wurden, sind nun vollständig aufgelöst worden.

Die Rückstellung in den steuerpflichtigen Bereichen wurde analog den Vorjahren ermittelt und ist im Vergleich zum Vorjahr leicht angestiegen.

Der Darlehensbestand wurde in Abhängigkeit der Baumaßnahmen planmäßig aufgebaut. Um auf weitere mittelfristige Fremdfinanzierungen zu verzichten, werden die Investitionen im kurzfristigen Bereich weitestgehend auf die Pauschalfördermittel begrenzt.

Die Verbindlichkeiten aus noch nicht verwendeten Zuschüssen der öffentlichen Hand wurden erfolgswirksam ausgebucht.

Finanzlage

In der Fremdkapitalquote spiegelt sich wider, dass die KLB in Verbindung mit dem Landkreis Ludwigsburg erhebliche Finanzierungsanteile auch für Krankenhausbauten übernehmen. Die Finanzlage ist auch durch die kumulierten Jahresfehlbeträge des Krankenhauses Marbach, des Standortes Vaihingen und der Rehaklinik gekennzeichnet. Diese Standorte benötigen dauerhaft ein Volumen von aktuell rd. 40 Mio. € an Betriebsmittelkrediten.



Zusammen mit dem Gesellschafter Landkreis Ludwigsburg wurde bereits im Jahr 2013 der vom Landkreis verbürgte Betriebsmittelkreditrahmen neu ermittelt und angepasst. Der KLB steht damit ein Bürgschaftsrahmen von 60 Mio. € zur Verfügung. Darüber hinaus gewährt der Landkreis Ludwigsburg kurzfristige Kassenkredite, die marktüblich verzinst werden. Eine weitere Kreditlinie über 5,0 Mio. € steht über die mit der Tochtergesellschaft OKM geschlossene Cashpool-Vereinbarung zur Verfügung. Die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft ist weiterhin gegeben. Im Berichtsjahr stellt sich die Liquidität aufgrund der gewährten Betriebsmittelkredite sowie durch die von Bund und Land gezahlten Hilfen ausgeglichen dar. Im vorigen Geschäftsjahr 2023 wurde die Kreditlinie nochmal deutlich im Volumen (vorher 40 Mio. €) angepasst.

In der erweiterten Eigenkapitalquote wurde das bilanzierte Eigenkapital um den Ausgleichsposten nach Eigenmittelförderung vermindert. Als Bezugsgröße wurde dann die bilanzierte Bilanzsumme um die geförderten und um die mit Landkreismitteln finanzierten Anteile bereinigt.

Beim Anlagendeckungsgrad wurden alle mit den bilanzierten Vermögensgegenständen in Verbindung stehenden finanziellen Mittel in das Verhältnis zum Anlagevermögen gesetzt. Es wurden also auch Forderungen gegenüber dem Landkreis Ludwigsburg aus seinen Finanzierungsbeschlüssen angesetzt.

4.2.7 Kapitalzuführungen und -entnahmen

	2023	2022
Zinserstattungen	1.577.578 €	1.176.458 €
Tilgungserstattungen	11.560.812 €	10.652.334 €
Erstattungen insgesamt	13.138.390 €	11.828.792 €

Im Geschäftsjahr 2023 gab es erstmals eine Kapitalzuführungen in Höhe von 24.076.103,61 €.

4.2.8 Anzahl der Beschäftigten

	2023	2022
Beschäftigte	4.212	4.144
davon TV-öD-K	3.528	3.511
davon TV-Ärzte/VKA	684	633



Für das Berichtsjahr 2023 ergeben sich folgende Personalkenngrößen (Vergleich zum Vorjahr):

Kenngrößen	2023	2022
Anzahl der Beschäftigten	4.216	4.128
Anzahl der Vollkräfte	2.845	2.808
Anteil der weiblichen Beschäftigten	78 %	79 %
Anteil der in Teilzeit Beschäftigten	47 %	46 %
Anteil der im Pflegedienst Beschäftigten	41 %	41 %
Besetzte Ausbildungsplätze in der Gesundheits- und Krankenpflege (Stand Dezember)	201	208
Besetzte Ausbildungsplätze in der Gesundheits- und Krankenpflegehilfe (Stand Dezember)	26	31
Besetzte Anzahl der Ausbildungsplätze im Verwaltungs-/Wirtschaftsbereich und medizinisch-technischem Dienst (Stand Dezember)	22	18
Besetzte Anzahl der Ausbildungsplätze für Operationstechnische Assistenz (Stand Dezember)	24	22
Besetzte Anzahl der Ausbildungsplätze in der Entbindungspflege	30	26
Besetzte Anzahl der Ausbildungsplätze in der Anästhesietechnischen Assistenz	11	11
Besetzte Ausbildungsplätze insgesamt (Stand Dezember)	314	316
Belegt Betreuungsplätze Kindertagesstätte Ludwigsburg	80	80

4.2.9 Kennzahlen der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Die Vermögens- und Finanzlage ist aus der Bilanz zum 31.12.2023 und den Vorjahreswerten (Darstellung in 4.3.1) ersichtlich.

Die Ertragslage ist aus der Gewinn- und Verlustrechnung zum 31.12.2023 und den Vorjahreswerten (Darstellung in 4.3.2) ersichtlich.

Finanzkennzahlen	2023	2022	Veränderung
Eigenkapitalquote	2,0 %	2,2 %	-0,2 %
Anlagendeckung I	120,1 %	109,5 %	+10,6 %
Anlagendeckung I mit Sonderposten	45,9 %	47,8 %	-1,9 %
Anlagendeckung II	50,7 %	51,2 %	-0,5 %
Anlagendeckung II mit Sonderposten	86,7 %	88,7 %	-2,0 %
Liquiditätsgrad	85,4 %	84,4 %	+1,0 %

Die Sonderposten stellen die Finanzierung von gefördertem Anlagevermögen dar.



4.3 Jahresabschluss des Geschäftsjahres 2023

4.3.1 Bilanz zum 31.12.2023

Aktivseite	2023 €	2023 €	2022 €	2022 €
A. Anlagevermögen				
I. Immaterielle Vermögensgegenstände und dafür geleistete Anzahlungen		4.960.798,89		3.226.672,30
II. Sachanlagen				
1. Grundstücke mit Betriebsbauten	176.247.928,65		171.300.004,17	
2. Grundstücke mit Wohnbauten	12.063.261,86		9.982.535,86	
3. Grundstücke ohne Bauten	817.548,51		817.548,51	
4. Technische Anlagen	6.904.787,96		8.921.319,96	
5. Einrichtungen und Ausstattungen	35.603.631,58		32.686.608,00	
6. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	<u>18.354.118,20</u>	249.991.276,76	<u>23.908.164,95</u>	247.616.181,45
III. Finanzanlagen				
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	12.230.967,00		12.230.967,00	
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen	0,00		0,00	
3. Beteiligungen	1.008.820,19		1.008.820,19	
4. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	12.500,00		12.500,00	
5. Sonstige Ausleihungen	<u>0,00</u>	13.252.287,19	<u>0,00</u>	13.252.287,19
B. Umlaufvermögen				
I. Vorräte				
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	9.622.591,46		10.254.325,55	
2. Unfertige Leistungen	<u>9.197.168,99</u>	18.819.760,45	<u>5.216.100,36</u>	15.470.425,91
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände				
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr	58.120.617,55 (0,00)		68.770.879,11 (0,00)	
2. Forderungen an Gesellschafter davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr	151.339.342,02 (109.364.747,72)		126.948.392,24 (109.364.747,72)	
3. Forderungen nach dem Krankenhausfinanzierungsrecht davon nach KHEntgG und nach BpflV davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr	94.012.629,26 (68.068.443,35) (0,00)		91.783.241,38 (58.735.711,60) (0,00)	
4. Forderungen gegen verbundene Unternehmen davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr	16.077.983,07 (0,00)		11.120.705,61 (0,00)	
5. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr	912.690,06 (0,00)		854.378,27 (0,00)	
6. Sonstige Vermögensgegenstände davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr	<u>1.899.843,70</u> (0,00)	322.363.105,66	<u>1.074.705,00</u> (0,00)	300.552.301,61
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten		1.962.506,52		4.904.237,92
C. Ausgleichsposten nach dem Krankenhausfinanzierungsrecht für Eigenmittelförderung		20.149.028,87		20.113.876,87
D. Rechnungsabgrenzungsposten		2.069.687,41		1.114.408,83
		<u>633.568.451,75</u>		<u>606.250.392,08</u>



Passivseite	2023 €	2023 €	2022 €	2022 €
A. Eigenkapital				
I. Gezeichnetes Kapital	5.500.000,00		5.500.000,00	
II. Kapitalrücklagen	43.895.330,87		19.819.167,26	
III. Gew innrücklagen (+) / Verlustvortrag (-)	663.580,20		4.529.032,65	
IV. Jahresüberschuss (+) / Jahresfehlbetrag (-)	<u>-24.409.882,20</u>	25.649.028,87	<u>-3.865.452,45</u>	25.982.747,46
B. Sonderposten aus Zuwendungen zur Finanzierung des Sachanlagevermögens				
1. Sonderposten aus Fördermitteln nach dem Krankenhausfinanzierungsrecht	85.601.727,21		88.401.462,11	
2. Sonderposten aus Zuwendungen und Zuschüssen der öffentlichen Hand davon Gesellschafter	107.876.861,38 (97.093.583,37)		104.167.302,80 (93.576.069,79)	
3. Sonderposten aus Zuwendungen Dritter	<u>297.896,00</u>	193.776.484,59	<u>250.282,93</u>	192.819.047,84
C. Rückstellungen				
1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	0,00		0,00	
2. Steuerrückstellungen	1.535.400,00		1.337.400,00	
3. Sonstige Rückstellungen	<u>20.929.000,00</u>	22.464.400,00	<u>25.556.500,00</u>	26.893.900,00
D. Verbindlichkeiten				
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr	205.407.716,94 (46.660.505,31)		184.488.768,01 (46.660.505,31)	
2. Erhaltene Anzahlungen davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr	12.352,52 (12.352,52)		100,00 (100,00)	
3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr	18.752.038,04 (18.752.038,04)		14.178.759,09 (14.178.759,09)	
4. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr	114.271.052,94 (114.271.052,94)		92.878.637,99 (92.878.637,99)	
5. Verbindlichkeiten nach dem Krankenhausfinanzierungsrecht davon nach KHEntgG und nach BpflV davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr	33.125.008,11 (1472.173,22) (30.457.385,31)		43.811.193,46 (5.078.595,83) (30.457.385,31)	
6. Verbindlichkeiten aus sonstigen Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr	1.635.169,10 (1.635.169,10)		9.059.511,29 (9.059.511,29)	
7. Verbindlichkeiten gegenüber verbundene Unternehmen davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr	4.805.535,92 (4.805.535,92)		4.035.706,82 (4.035.706,82)	
8. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr	271.555,86 (271.555,86)		960.990,57 (960.990,57)	
9. Sonstige Verbindlichkeiten davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr	<u>13.297.962,90</u> (13.297.962,90)	391.578.392,33	<u>11.041.453,09</u> (11.041.453,09)	360.455.120,32
E. Ausgleichsposten aus Darlehensförderung		78.555,00		92.670,00
F. Rechnungsabgrenzungsposten		21.590,96		6.906,46
		<u>633.568.451,75</u>		<u>606.250.392,08</u>
G. Haftungsverhältnisse durch Bürgschaften		306.755,13		306.755,13

**4.3.2 Gewinn- und Verlustrechnung für den Zeitraum 01.01.2023 – 31.12.2023**

	2023 €	2023 €	2022 €	2022 €
1. Erlöse aus allg. Krankenhausleistungen	282.318.696,02		289.423.072,74	
2. Erlöse aus Wahlleistungen	9.231.797,06		8.392.534,16	
3. Erlöse aus ambulanten Leistungen d. Krankenhauses	42.644.127,21		40.351.148,16	
4. Nutzungsentgelte der Ärzte	4.109.605,46		4.053.259,05	
4a. Umsatzerlöse nach § 277 Abs. 1 HGB soweit nicht in den Nummern 1 bis 4 enthalten	<u>81.953.850,17</u>	420.258.075,92	73.004.637,00	415.224.651,11
davon aus Ausgleichsbeträgen für frühere Geschäftsjahre	(87.514,09)		(2.547,15)	
5. Erh./Vermind. der Bestände an unfertigen Leistungen	3.981.068,63		912.645,26	
6. Andere aktivierte Eigenleistungen	261.885,75		215.314,50	
7. Zuweisungen und Zuschüsse der öffentlichen Hand, soweit nicht unter Nr. 11	17.063.895,62		7.362.789,93	
8. Sonstige betriebliche Erträge	<u>8.696.960,36</u>	450.261.886,28	13.544.138,88	437.259.539,68
9. Personalaufwand				
a) Löhne und Gehälter	198.115.241,96		189.346.269,08	
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung davon für die Altersversorgung	50.943.243,42		48.752.024,73	
	(5.978.642,49)		(5.214.716,93)	
10. Materialaufwand				
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	91.738.176,05		88.534.005,99	
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	<u>65.974.937,10</u>	406.771.598,53	57.332.695,95	383.964.995,75
Zwischenergebnis		43.490.287,75		53.294.543,93
11. Erträge aus Zuwendungen zur Finanzierung von Investitionen davon Fördermittel nach dem KHG	5.367.327,60		31.605.955,72	
	(5.367.327,60)		31.541.660,78	
12. Erträge aus der Einstellung von Ausgleichsposten für Eigenmittelförderung	35.152,00		36.730,00	
13. Erträge aus der Auflösung von Sonderposten/Verbindlichkeiten nach dem KHG und aufgrund sonstiger Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens	20.151.892,54		19.807.527,55	
14. Erträge aus der Auflösung des Ausgleichspostens für Darl.-Förderung	14.115,00		15.236,00	



	2023 €	2023 €	2022 €	2022 €
15. Aufwendungen aus der Zuführung zu Sonderposten/ Verbindlichkeiten nach dem KHG und aufgrund sonstiger Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens	4.216.368,61		31.571.899,71	
16. Aufwendungen für die nach dem KHG geförderte Nutzung von Anlagegegenständen	736.544,39	20.615.574,14	992.659,45	18.900.890,11
17. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	27.488.385,23		25.677.717,17	
18. Sonstige betriebliche Aufwendungen davon aus Ausgleichsbeträgen für frühere Geschäftsjahre	<u>58.053.727,45</u> (47.967,55)	85.542.112,68	<u>49.497.551,40</u> (130.452,46)	75.175.268,57
Zwischenergebnis		-21.436.250,79		-2.979.834,53
19. Erträge aus Beteiligungen	472.000,00		400.000,00	
20. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	0,00		0,00	
21. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge davon aus verbundenen Unternehmen	1.833.564,02 (253.451,65)		1.228.220,62 (51563,90)	
22. Zinsen und ähnliche Aufwendungen davon für Betriebsmittelkredite davon an verbundene Unternehmen	<u>5.112.872,17</u> (2.567.112,58) (0,00)	-2.807.308,15	<u>2.139.586,48</u> (320.345,84) (0,00)	-511.365,86
23. Steuern davon vom Einkommen und vom Ertrag	166.323,26 (31504,62)		374.252,06 (241395,57)	
24. Jahresüberschuss (+)/ Jahresfehlbetrag (-)		-24.409.882,20		-3.865.452,45



5. RKH Orthopädische Klinik Markgröningen gGmbH



5.1 Allgemeine Angaben

Anschrift	Kurt-Lindemann-Weg 10 71706 Markgröningen
Rechtsform	Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)
Gründungsdatum	19.08.1998

5.2 Rechtliche Verhältnisse

5.2.1 Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb eines Fachkrankenhauses für Orthopädie und Rückenmarkverletzungen in Markgröningen im Landkreis Ludwigsburg. Im Übrigen wird das Unternehmen nach dem jeweils geltenden Krankenhausbedarfsplan des Landes Baden-Württemberg betrieben. Der Betrieb des Krankenhauses umfasst voll- und teilstationäre sowie vor- und nachstationäre Krankenhausleistungen und ambulante ärztliche, medizinisch-technische, pflegerische, physikalische, orthopädie-technische sowie sonstige für den Krankenhausbetrieb erforderliche Leistungen.

5.2.2 Beteiligungsverhältnisse

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 4.545.100 €.

Gesellschafter	Anteil am Stammkapital	Anteil
RKH Kliniken Ludwigsburg-Bietigheim gGmbH	4.545.100 €	100 %

5.2.3 Beteiligungen des Unternehmens

Beteiligungen	Anteil am Stammkapital	Anteil
ORTEMA GmbH	26.000 €	100 %
RKH-MVZ-OKM gGmbH	25.000 €	100 %
RKH Privatkliniken GmbH	25.000 €	100 %



5.2.4 Besetzung der Organe, sowie Gesamtbezüge der Geschäftsführung und des Aufsichtsrats

Organ	Funktion	Name des Mitglieds
Gesellschafterversammlung	RKH Kliniken Ludwigsburg-Bietigheim gGmbH	Prof. Dr. Jörg Martin
Geschäftsführung	Geschäftsführer	Prof. Dr. Jörg Martin (Vorsitz der Geschäftsführung)
		Olaf Sporys
Aufsichtsrat	Vorsitz	Landrat Dietmar Allgaier
	Stv. Vorsitz	OB Jürgen Kessing
	Vertreter des Landkreises Ludwigsburg	
	Mitglieder - CDU	Karl-Heinz Schlumberger
		Claus-Dieter Meyer
		Ralf Trettner
	Mitglieder - Freie Wähler	Jan Trost
		Dirk Schaible
		Werner Möhrer
	Mitglieder - SPD	Egon Beck
		Ramona Schröder
	Mitglieder - Grüne	Dr. Uwe Stoll
		Jürgen Waser
	Mitglieder - FDP	Dr. Horst Ludewig
	Vertreter der Stadt Bietigheim-Bissingen	
	Mitglieder - CDU	Marcus List
	Mitglieder - SPD	Thomas Reusch-Frey
Mitglieder - FW	Dr. Wassilios Amanatidis	
Mitglieder - FDP	Dr. Arno Steiler	
Mitglieder - GAL	Traute Theurer	
Vertreter der Arbeitnehmer	Dr. Gerhard Locher	
	Hagen Klee	

Gesamtbezüge der Mitglieder der Geschäftsführung und des Aufsichtsrats:

Die Gesellschaft macht bezüglich der Bezüge der Geschäftsführung von den Befreiungsvorschriften nach § 286 Abs. 4 HGB Gebrauch.

Die Aufwandsentschädigungen für die Mitglieder des Aufsichtsrats betragen im Geschäftsjahr 2023 insgesamt 13.700 € (Vorjahr: 13.077 €).



5.2.5 Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks des Unternehmens

Die RKH Orthopädische Klinik Markgröningen gGmbH ist ein Kompetenzzentrum für Orthopädie und Rückenmarksverletzte. Sie zählt mit über 200 Betten zu den größten Fachkliniken mit diesem Schwerpunkt in Deutschland und gehört durch ihre Gründungshistorie zu den ältesten orthopädischen Institutionen Europas. Der Landkreis Ludwigsburg und die RKH Kliniken Ludwigsburg-Bietigheim gGmbH haben sich Ende 2006 erfolgreich um den Erwerb der RKH Orthopädischen Klinik Markgröningen gGmbH (OKM) inklusive deren Tochtergesellschaft ORTEMA GmbH beworben. Mit dem Vollzug des Erwerbs zum 1. Juli 2007 und der Eingliederung der OKM und der ORTEMA wurde das Leistungsangebot des Klinikverbunds vervollständigt.

5.2.6 Grundzüge des Geschäftsverlaufs und Lage des Unternehmens

Allgemeines zur Gesellschaft

Wie bereits beim Gegenstand des Unternehmens beschrieben, betreibt die Gesellschaft das Fachkrankenhaus für Orthopädie und Rückenmarkverletzungen in Markgröningen. Der Betrieb des Krankenhauses umfasst voll- und teilstationäre sowie vor- und nachstationäre Krankenhausleistungen und ambulante ärztliche, medizinisch-technische, pflegerische, physikalische, orthopädie-technische sowie sonstige für den Krankenhausbetrieb erforderliche Leistungen.

Finanzierungsgrundsätze

Das Krankenhausfinanzierungsgesetz (KHG) legt fest, dass die wirtschaftliche Sicherung der Krankenhäuser durch die sogenannte duale Finanzierung erfolgen soll. Darauf aufsetzend regeln zahlreiche Gesetze, Verordnungen und Richtlinien die speziellen Finanzierungsregeln.

Demnach sollen die Investitionskosten im Rahmen der öffentlichen Förderung übernommen werden. Da die OKM in den Krankenhausplan des Landes Baden-Württemberg aufgenommen ist, erfüllt sie die Voraussetzungen des KHG und erhält sowohl Einzelfördermittel als auch Pauschalfördermittel. Bei beiden Förderbereichen reichen die Landesmittel nicht aus, um die notwendigen Investitionen voll zu finanzieren.

Die OKM erhält vom Landkreis Ludwigsburg keine Investitionszuschüsse und muss deshalb ihre Investitionskosten selbst erwirtschaften. Der Landkreis Ludwigsburg gewährt der OKM aber für deren Darlehens- und Betriebsmittelbedarf Kommunalbürgschaften, so dass die OKM von günstigen Zinskonditionen profitieren kann.

Die laufenden Betriebskosten für den Bereich der stationären Patientenversorgung sind nach geltendem Recht hauptsächlich über die Fallpauschalen (DRGs) und dem Pflegebudget zu finanzieren. Für die OKM werden nach § 108 SGB V die Budgets für die Behandlung dieser stationären Patienten jährlich mit den Krankenkassen verhandelt. Die Vergütung der ambulanten Patientenbehandlung richtet sich je Behandlungsfall nach separaten Regelwerken.

Entwicklung von Branche und Gesamtwirtschaft

Hierzu wird auf die Ausführungen bei der RKH Kliniken Ludwigsburg-Bietigheim gGmbH verwiesen.



Entwicklung des operativen Geschäfts

Im Rahmen der Budgetverhandlungen 2017 und 2018 hatte sich gezeigt, dass die Kassenseite die Mehrleistungen der OKM bei der Berechnung des Fixkostendegressionsabschlag nicht anerkennen möchte, obwohl das Land Baden-Württemberg den Wachstumskurs der OKM befürwortet hatte, was sich in der Investitionsförderung der zusätzlichen OP-Saal Kapazitäten und einer Erhöhung der Planbettenzahl von 200 auf 209 Betten niedergeschlagen hatte. Einerseits wird die Konzentration hochspezialisierter Leistungen sowohl vom Gesetzgeber als auch von den Kostenträgern gefordert, andererseits bestehen für die Kliniken durch die Finanzierungsregeln im Budget keine Möglichkeiten, Mehrleistungen in diesem Umfang kostendeckend zu erbringen. Die Klinik hatte sich deshalb strategisch dafür entschieden, keine Mehrmengen mehr auf dieser Basis zu vereinbaren, sondern künftig selbstzahlende PatientInnen und PatientInnen mit einer privaten Krankenversicherung anteilig über die oben genannte Privatklinik am Standort zu versorgen und abzurechnen.

In den Jahren 2017 bis 2019 wurden die Entgeltkataloge ohne Kalkulationsgrundlage einseitig vom Gesetzgeber in einer Art Kellertreppeneffekt abgesenkt, so dass das Budget der OKM jährlich ein Volumen von rd. 2,5 Mio. € verloren hat. Diese dauerhafte Budgetabsenkung hatte sich unmittelbar auf das finanzielle Ergebnis ausgewirkt, wie es den jeweiligen Jahren zu entnehmen ist. Ohne diese Effekte wären ausgeglichene Jahresergebnisse erreichbar gewesen. Um wieder auf ausgeglichene Ergebnisse zu kommen, ist eine volle Auslastung der OP-Ressourcen, unserer konservativen Behandlungseinheit sowie des Querschnittszentrums, das über eine Tagesbezogene DRG abgerechnet wird, notwendig. Um die daraus resultierenden Mehrmengenabschläge zu vermeiden, müssen diese zusätzlichen Leistungen als Resultat der krankenhauplanerischen Maßnahmen des Landes von den Kostenträgern anerkannt oder aber über die Privatklinik erbracht werden.

Dass diese Produktivitätssteigerung möglich ist, hatte das Jahr 2021 mit einer sehr hohen OP-Auslastung gezeigt. Insgesamt wurden 13.209 CMP erreicht und damit sogar rund 330 CM-Punkte mehr als geplant (12.878 CMP). Diese Case-Mix-Punkte Steigerung in Höhe von 13,0 % hatte zu einer Steigerung der Krankenhausleistungen um 8,3 % geführt. Leider konnte dieses hohe Niveau in 2022 nicht gehalten werden. Trotz einer hervorragenden Entwicklung bis Juli 2022, wo 321 CM-Punkte mehr gegenüber dem Vorjahresvergleichszeitraum erbracht werden (+4,3 %) konnten, gestaltete sich das zweite Halbjahr sehr schwierig. Die hohe Schlagzahl, bei gleichzeitig schlechter werdenden Rahmenbedingungen (Materialengpässe; reduzierte OP-Reinigung, Langzeitkranke) und Personalausritten in der OP-Pflege und Anästhesie brachte alle Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen an ihre Grenzen. Aufgrund der ausgedünnten Personaldecke mussten nach der Sommerpause durch kurzfristige Krankheitsausfälle insgesamt 141 OP-Saaltage gestrichen werden, was einer OP-Zahl von ca. 550 Eingriffen mit einem CM-Volumen von rund 700 CM-Punkten entspricht. Trotz allem wurden 2022 12.877 CM Punkte erreicht und das Planergebnis von 12.923 CMP nur knapp verfehlt (-46 CMP).

Kurz vor Jahresende 2022 hat der Gesetzgeber mit Wirkung ab 01.01.2023 wiederum in die DRG-Kalkulation eingegriffen und eine Abwertung in der Orthopädie um -3,4 % verkündet. Eine weitere gesetzliche Vorgabe, mit der Ausweitung der ambulanten OP-Zahlen als flankierende Maßnahme zur geplanten Krankenhausreform, hatte weitere hohe wirtschaftliche Risiken mit sich gebracht. Insgesamt stand das Geschäftsjahr 2023 deshalb unter einem sehr hohen Druck. Zusammen mit dem Medizincontrolling ist es den Ärzten gelungen, viele der vermeintlich nur noch ambulant zu erbringenden OP-Leistungen durch medizinische und soziale Begründungen im Rahmen der Kontextfaktoren stationär zu halten. Trotzdem gab es eine deutliche Verschiebung der stationären Fälle in die AOP-Leistungen.

Insgesamt war das Jahr 2023 noch mehr von Saalschließungen betroffen als das Jahr 2022. Allein 50 OP-Tage sind durch die Warnstreiks von Verdi und dem Marburger Bund im März und Mai



ausgefallen. Weitere 155 Tage waren wiederum durch kurzfristige Personalausfälle bedingt. Insgesamt sind dies 205 Tage mit ca. 780 Operationen mit einem CM-Volumen von rund 1.000 CMP oder rund 4 Mio. € Umsatz.

Bedingt durch die Verschiebung zu den AOP-Leistungen und den hohen Ausfällen an OP-Tagen sowie der DRG Abwertung konnten nur 12.411 CMP erreicht werden und damit -149 CMP weniger als geplant (-1,2 %). Unter den gegebenen Rahmenbedingungen ist dies dennoch ein gutes Ergebnis, da es auch die Möglichkeiten für die Zukunft aufzeigt, wenn die Gewinnung von qualifiziertem Personal gelingt.

Investitionsbereich

Die Entwicklung der OKM basiert auf einem langfristigen Konzept, das seinen Ursprung in 2010 hat und in den Folgejahren fortgeschrieben wurde. Darauf aufbauend wurde in den vergangenen Jahren ein Neubau errichtet sowie die Bettenhäuser saniert, was insgesamt zu einer Erhöhung der Bettenkapazitäten geführt hat. Danach wurde die besondere Behandlungseinheit, die konservative orthopädische Komplexbehandlung inklusive multimodaler Schmerztherapie, als neues Behandlungsspektrum baulich umgesetzt und eingerichtet. Das Erweiterungskonzept der OP-Bereiche wurde in 2 Stufen realisiert. In der 1. Stufe wurden im Neubau, in der Ebene der Akademie, 2 Säle ausgebaut und in Betrieb genommen sowie ein 3. Saal optional vorbereitet. Im Jahr 2018 war es durch die Leistungssteigerung gelungen, die Bedarfsgerechtigkeit des 3. Saales nachzuweisen. Auf dieser Basis hatte das Land-Baden Württemberg auch den Bau und die Einrichtung dieses Saales nachträglich gefördert. Seit der Inbetriebnahme des 3. OP-Saales im Neubau stehen auch dort 3 OP-Säle zur Verfügung, wie es von Beginn an geplant war. Ohne den zusätzlichen Saal wäre das Halten der Leistungszahlen während der Sanierung der Säle 4 + 5 nicht möglich gewesen.

Die 2. Stufe wurde Ende 2017 begonnen und beinhaltet eine Erweiterung innerhalb des Zentral-OP von bisher 5 auf 6 Säle. Dieser zusätzliche Saal wurde als Hybrid-OP für den Wirbelsäulenbereich ausgebaut. Ein Hybrid-OP beinhaltet neben der OP-Funktion auch eine Navigationseinheit sowie eine intraoperative Bildgebung (Diagnostik) mittels 3 D C-Bogen, CT oder MRT. Damit kann bei den sehr komplexen Wirbelsäuleneingriffen ein bestmögliches Operationsergebnis und eine sehr hohe Patientensicherheit erreicht werden. Im Rahmen des Krankenhausukunftsgesetzes (KHZG) ist die Einrichtung eines weiteren Hybridsaales mit Navigation, fahrbarer 3 D Bildgebung und Robotik beantragt worden. Hierfür haben wir im Frühjahr 2023 einen positiven Bescheid bekommen. Die Vergabe und Beauftragung ist Anfang 2024 abgeschlossen worden. Der genaue Umsetzungstermin im laufenden Jahr 2024 wird derzeit geplant. Zusammen mit der Erweiterung des Zentral-OP wurde die Erweiterung der Aufbereitungseinheit für Medizinprodukte (AEMP), früher Zentrale Sterilgutversorgungsabteilung (ZSVA), sowie die Reorganisation der sterilen Lagerhaltung im laufenden Betrieb vorgenommen. Während der Umbauphase mussten die Säle 4 + 5 des Zentral OPs vom Betrieb abgekoppelt werden. Die Verlegung der Lüftungszentrale erfolgte über eine aufwendige Dachkonstruktion über dem OP-Dach, um die Räume unterhalb der Installationen zu schützen.

Der Abschluss der OP-Erweiterung im Zentral OP erfolgte durch zusätzlich notwendige Sanierungs- und Brandschutzmaßnahmen Ende März 2019. Die Inbetriebnahme erfolgte im Oktober 2019. Damit wurde zunächst auch die umfassende bauliche Erweiterung der OKM abgeschlossen und es steht nun eine moderne und leistungsfähige orthopädische Fachklinik für die Versorgung der Bevölkerung zur Verfügung. Insgesamt wurden für die beiden OP-Ausbaustufen rund 15 Mio. € investiert, von denen das Land rund 9 Mio. € gefördert hat.

Als zunächst letzte Maßnahme im ZOP müssen die OP-Säle 1 bis 3 aus der Zeit der Erstinbetriebnahme insbesondere in den Gewerken Trinkwasser, Brandschutz und OP-Technik saniert werden.



Da auch diese Maßnahme eine deutliche Einschränkung des laufenden OP-Betriebes bedeutet, ist eine sehr gute Vorbereitung, Planung und Ausschreibung notwendig, insbesondere auch aufgrund der bestehenden Unsicherheiten bei den Materiallieferungen. Die Umsetzung des Projektes sollte eigentlich im Jahr 2021 erfolgen, musste Coronabedingt mehrmals geschoben werden. Das Auftaktgespräch mit dem Sozialministerium zur Förderung dieses Vorhabens hat im April 2023 stattgefunden. Auf ein baufachliches Gespräch mit der Förderbehörde kann verzichtet werden, da auch das Sozialministerium die Notwendigkeit einer Interimslösung anerkannt hat. Derzeit wird der Förderantrag vorbereitet und soll baldmöglichst eingereicht werden. Ein Beginn ist Stand heute frühestens im Jahr 2025 möglich, da zunächst die Interimsmaßnahme baulich erstellt werden muss. Eine weitere Verzögerung der Maßnahme gefährdet den Geschäftsbetrieb der OKM. Mit der Interimsmaßnahme könnte auch übergangsweise eine Kapazitätserweiterung geschaffen werden, sobald die OP-Sanierung abgeschlossen ist.

Ein weiteres wichtiges Projekt, um die Leistungsfähigkeit der Klinik abzuschließen, ist der Umbau und die Sanierung der Ambulanz zu einer modernen Funktions-, Diagnostik und Aufnahmeeinheit, in der für die PatientInnen die Abläufe optimiert und die Wege kurz gehalten werden können. Auch diese Maßnahme hat sich leider verzögert. Der geplante Baubeginn im Herbst 2022 konnte nicht gehalten werden. Nachdem die Maßnahme nun im Unternehmensplan 2024 veranschlagt wurde, sollen die Planungen zum Abschluss gebracht und die Ausschreibungen vorbereitet werden. Ein Baubeginn wird wohl erst in 2025 erfolgen können. Ein Teil dieser Maßnahme, die Sanierung des ambulanten OP's zur Nutzung durch das MVZ und die Neueinrichtung eines Eingriffsraumes sollte aber vorgezogen und bis Juni 2024 abgeschlossen werden, da dies zum Konsolidierungskonzept des MVZ notwendig ist. Erst nach Abschluss dieser Maßnahmen stehen der OKM alle Bettenkapazitäten zur Verfügung, da dann die Station A als derzeitige Interimsambulanz wieder mit ihren 32 Betten genutzt werden kann.

Trotz der bislang erfolgten umfangreichen Erweiterung des Klinikareals bestehen noch Reserveflächen für zusätzliche Angebote in- und außerhalb des Bestandes. Nicht vergessen werden dürfen aber auch die notwendigen Instandhaltungsmaßnahmen, insbesondere die Sanierung der Flachdächer und die perspektivisch notwendige Sanierung der Fassadenelemente der beiden Funktionstrakte.

Für die Sanierung bzw. Erneuerung der 3 Wohnheime muss im Laufe des Jahres 2024 eine Lösung gefunden werden. Das zur Verfügung stellen von Wohnraum ist Basis für die Personalgewinnung, insbesondere für unser Konzept „Anwerben von ausländischen Fachkräften“. Es wurde deshalb entschieden sowohl auf dem Mietwohnungsmarkt tätig zu sein als auch die Standortentwicklung voranzutreiben. Derzeit wird geprüft, auf welchem Teil des Geländes zusätzlicher Wohnraum in Modulbauweise erstellt werden kann, um auch eine Interimslösung für die Sanierung der 3 Personalwohnheime zu schaffen. Hierüber erfolgt ein enger Austausch mit der Stadt Markgröningen, die auch weiterhin an einer Kindergartenlösung interessiert wären.

Zusammen mit der ORTEMA steht ein modernes, überregionales Zentrum für orthopädische Erkrankungen zur Verfügung, das Prävention, Akutmedizin und Rehabilitation an einem Standort anbietet. In diesem Zusammenhang wurden die Werkstätten für die ORTEMA durch einen Anbau vergrößert und ein Neubau für die ambulante Rehabilitation mit 60 Plätzen errichtet und damit die Platzkapazitäten verdoppelt. Der Neubau eines Ambulanten Orthopädischen Rehabilitationszentrums (AOR) wurde direkt neben dem bestehenden Betriebsgebäude auf dem Parkplatz in zweigeschossiger Bauweise umgesetzt und ist seit Oktober 2019 in Betrieb. Der prognostizierte Bedarf hat sich in den Betriebsjahren 2021 bis 2023 nicht nur bestätigt, sondern ist ein wesentlicher Baustein des Entlassmanagements. Seit 2021 steht die ebenfalls über das Immobilienleasing finanzierte Ambulanz für die Handchirurgie auf der noch freien Dachfläche neben dem OP-Zentrum ZAG zur Verfügung. Durch diese Maßnahme konnte eine Kapazitätserweiterung der ambulanten Untersuchungsmöglichkeiten der Sportorthopädie, die die



bisherigen Räumlichkeiten zusammen mit der Handchirurgie genutzt hat, aber auch eine Konzentration der Handchirurgie neben ihrem Haupt-OP-Trakt incl. Der Möglichkeit kleine chirurgische Eingriffe auch außerhalb des OP-Bereiches in einem dafür geeigneten Eingriffsraum durchzuführen erreicht werden.

Beide Projekte wurden auf der Erbbaufäche des schon bestehenden Immobilienleasingmodells der OKM umgesetzt. Deshalb hat nicht die OKM investiert, sondern die Objektgesellschaft (Deutsche Anlagenleasing/Karbonat). Finanzierungspartner ist die Kreissparkasse Ludwigsburg. Leasingnehmer ist die OKM, die wiederum das Gebäude an die ORTEMA anteilig für deren Nutzung untervermietet hat. Da das Leasingprojekt ursprünglich eine Laufzeit von 20 Jahren hatte (bis 2027) und schon mehr als 10 Jahre gelaufen war, wurde im Rahmen der Erweiterung eine Verlängerung der Laufzeit bis 2032 und eine Anschlussfinanzierung des zum Zeitpunkt der Übernahme bestehenden Ablöseswertes vereinbart

Im Jahr 2023 wurden insgesamt 1,8 Mio. € (Vj. 1,1 Mio. €) für Investitionen eingesetzt.

Leistungsdaten

Kenngrößen	2023	2022
Stationär behandelte Patienten	9.266	9.389
Anzahl Case-Mix-Punkte	12.411	13.029
Fallschwere (Case-Mix-Index; CMI)	1,347	1,395

Durch die Ambulantisierung steigt der Anteil der ambulant behandelten Patienten weiter an. Im Jahr 2023 wurden 38.984 (Vj. 35.185) PatientInnen ambulant behandelt.

Jahresabschluss

Das Jahr 2023 ist erneut durch Sondereffekte gekennzeichnet, die einen aussagekräftigen Zeit- oder Planvergleich erschweren.

Die auslaufenden Coronahilfen und die anteiligen pauschalen Energiehilfen begünstigen zwar das Jahresergebnis, dennoch wirken die Katalogeffekte, Leistungsbeschränkungen durch Personalausfälle und die allgemeinen Kostensteigerungen gegenläufig.

Ertragslage

Die Erlöse aus Krankenhausleistungen verzeichnen mit +1,0 Mio. € (63 Mio. €, Vj. 62 Mio. €) einen kleinen Anstieg in der Entwicklung, der insbesondere auf den gestiegenen Landesbasisfallwert zurückzuführen ist.

Die Erlöse aus Wahlleistungen sind gegenüber dem Vorjahr um +0,5 Mio. € (5,5 Mio. €, Vj. 5,0 Mio. €) gestiegen. Das ärztlich-medizinische als auch das räumliche Angebot wurden sehr stark nachgefragt.

Im Bereich der ambulanten Leistungen im Jahr 2023 gegenüber 2022 (3,7 Mio. €, Vj. 3,0 Mio. €) deutlich gesteigert werden. Ein hoher Anteil der Leistungssteigerung resultiert aus dem Bereich ambulantes Operieren.

Durch das Wachstum im ambulanten Bereich steigen die Nutzungsentgelte der Ärzte um +80 T€ auf 814 T€ (Vj. 734 T€).

Die Bestandsveränderung an unfertigen Leistungen zeigt den gestiegenen Anteil an stationären Überliegern.



Die Zuweisungen und Zuschüsse der öffentlichen Hand beinhalten die Landeshilfen 4.0 für Corona-Mehraufwendungen und die Energiehilfen.

Im Bereich der Hilfs- und Nebenbetriebe konnte der Erlös um 152 T€ auf 602 T€ (Vj. 450 T€) gesteigert werden.

Bei den sonstigen betrieblichen Erträgen ist ein Anstieg der Erlöse um 200 T€ auf 2,5 Mio. € (Vj. 2,3 Mio. €) zu verzeichnen.

Im Bereich der Rückerstattungen zeigt sich ein Rückgang um 185 T€.

Die Steigerung der gesamten Personalkosten gegenüber dem Vorjahr entsteht hauptsächlich durch den Anstieg der Tarife und der Auszahlung von Inflationsausgleichsprämien. Die Summe der Personalarückstellungen haben sich gegenüber dem Vorjahr unwesentlich verändert. Der Einsatz von Zeitarbeitskräfte in der Pflege ist um 1,8 Mio. € auf 0,4 Mio. € (Vj. 2,2 Mio. €) zurückgegangen.

Ein Rückgang im Medizinischen Sachbedarf um -24 T€ (14,1 Mio. €, Vj. 14,1 Mio. €) korreliert mit dem leichten Rückgang in der Leistungsentwicklung und Anzahl an OPs. Die patientenbezogenen medizinischen Leistungen sind vor allem durch höhere Umsätze mit Dritten um 101 T€ (1,4 Mio. €, Vj. 1,3 Mio. €) gestiegen.

Im Verwaltungsbedarf zeigen sich die Inanspruchnahme der RKH-Akademie im Bereich Fort- und Weiterbildung, sowie die Kosten für Ausbildungsplätze. Hier werden auch die Aufwendungen für Projekt- und Rechtsberatung dargestellt. Diese Kosten sind um +492 T€ (2,3 Mio. €, Vj. 1,8 Mio. €) gestiegen.

Im Bereich Speiseversorgung und Lebensmittel haben sich die Kosten um 475 T€ (2,4 Mio. €, Vj. 1,9 Mio. €) erhöht. Dies ist auch z. T. auf die gestiegenen Einkaufspreise im Lebensmittelbereich zurückzuführen.

Die Inanspruchnahme der holdingweit verantwortlichen Führungskräfte, die arbeitsrechtlich bei RKH angestellt sind, wird hier dem Personalaufwand zugerechnet. Grundsätzlich werden Leistungen verursachungsgerecht oder mittels geeigneter Umlageschlüssel verrechnet.

Die Zusammenführung der EDV-Technologie und der EDV-technischen Dienstleistungen stärkt ebenfalls die Leistungsbeziehungen innerhalb des Verbundes. Hard – und Software werden zentral über das verbundinterne EDV-Zentrum (Klinikum Ludwigsburg) beschafft und auch dort inventarisiert. Sämtliche Pflege- und Wartungsverträge werden ebenfalls über das Rechenzentrum abgewickelt. Die daraus resultierenden Nutzungsgebühren werden bei den Nutzern im Investitionsergebnis abgebildet. Die Nutzungsgebühren für Personal- und Sachkosten des EDV-Zentrums sind dem Betriebsergebnis (Verwaltungsbedarf) zugeordnet. Dadurch fallen für die Investitionsseite keine direkten Investitionskosten an.

Die Steuerlast bezieht sich auf die Ergebnisse der steuerpflichtigen Geschäftsbetriebe. Die Gewinnerzielung führt einerseits zu Ertragsteuern, andererseits auch zu Anspareffekten für neue Investitionen in diesen Bereichen. Die Rückstellung in den steuerpflichtigen Bereichen wurde an die Ergebnisentwicklung und die abgeschlossene Betriebsprüfung angepasst und erhöht.

Im Finanzergebnis zeigt sich die Steigerung der Betriebsmittelzinsen und die Zinsen aus cash-pooling, diese sind gegenüber dem Vorjahr um 320 T€ gestiegen, die Abschreibungen bleiben konstant.



Im Investitionsergebnis zeigen sich auch die Abschreibungsanteile, die z. B. im steuerpflichtigen Bereich entstehen und durch Entgelte gedeckt sind. Im Jahr 2023 war die anteilige Wertberichtigung des Beteiligungsansatzes am MVZ OKM in Höhe von 330 T€, aufgrund dessen Geschäftsverlauf und Perspektive, notwendig.

Im Neutralen Ergebnis werden anteilig die kalkulatorischen Risiken aus den Anfragen des medizinischen Dienstes der Krankenkassen aus Vorjahren ausgewiesen. Hier werden auch die Auflösungen von Rückstellungen und ein hoher Anteil an Auflösungen für Vorjahre bzgl. Pflegebudget und Ausgleichs gezeigt. Des Weiteren ist ein außerordentlicher Aufwand des beschlossenen Defizitausgleichs für das MVZ OKM enthalten.

Vermögenslage

Das Sachanlagevermögen nimmt planmäßig ab, da auch alle großen Baumaßnahmen bis zum Geschäftsjahr abgeschlossen waren. Im Verhältnis Sonderposten zu Sachanlagevermögen zeigt sich deutlich der hohe Eigenanteil, den es zu erwirtschaften gilt.

Die Finanzanlagen betreffen die Beteiligung an der ORTEMA GmbH, dem MVZ und der Privatklinik. Die Anteile an dem MVZ OKM wurden im Jahr 2023 um 330 T€ abgeschrieben, was nahezu die Erhöhung des Beteiligungsbuchwertes aufgrund einer Einzahlung in die Kapitalrücklage (340 T€) ausglich. In die Privatklinik wurde eine Einzahlung in die Kapitalerhöhung von 50 T€ vorgenommen. Die Ausleihungen an verbundene Unternehmen verminderten sich um 595 T€. Einem neuen ausgereichten Darlehen in Höhe von 75 T€ standen Tilgungen in Höhe von 670 T€ gegenüber. Im Saldo ergibt sich einen Rückgang bei den Finanzanlagen in Höhe von 535 T€.

Im Bereich Vorräte werden auch die unfertigen Leistungen (Überlieger) abgebildet. Insgesamt sind die Vorräte gegenüber dem Vorjahr um 30 % gestiegen.

Die laufenden Forderungen aus Lieferungen Leistungen konnten aufgrund verzögerter Abrechnung nicht mehr zeitnah realisiert werden. Dies führt zum Bilanzstichtag zu einem maßgeblichen Anstieg der Position. Die Prüfquote des medizinischen Dienstes der Kostenträger liegt im Geschäftsjahr bei ca. 16,0 %.

Risiken aus den Anfragen des medizinischen Dienstes werden im Wesentlichen als Rückzahlungsrisiken, für die Rückstellungen gebildet wurden, berücksichtigt. Die kalkulatorischen Ausfallrisiken, die auf der Aktivseite bilanziert werden, konnten reduziert werden.

Seit Mitte 2009 werden die Finanzmittelguthaben und die kurzfristigen Betriebsmittelkredite zusammen mit der KLB in einem Cash-Pool-Verfahren abgewickelt. Der „Pool-Führer“ ist die KLB. Die konzerninterne Verzinsung orientiert sich an den marktüblichen Zinssätzen. Die Synergie dabei ist, dass die Zinsen innerhalb des Verbundes verbleiben und die Geldmittel jederzeit verfügbar sind. Zum Bilanzstichtag sind diese Finanzmittelströme unter den Forderungen bzw. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschafter bilanziert. Im Berichtsjahr hat die KLB der OKM ein Finanzmittelvolumen in Höhe von 8,4 Mio. € (Vj. 6,6 Mio. €) zur Verfügung gestellt. Daher steigen die übrigen Verbindlichkeiten an.

Die Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen betreffen die notwendigen Verrechnungen mit der ORTEMA und anderen Verbundgesellschaften zum Jahresende, deren Abrechnungsstände zum Stichtag schwanken können.

Unter den sonstigen Vermögensgegenständen ist das Finanzierungsmodell für die Gebäudefinanzierung der ambulanten Rehabilitation sowie die Raumerweiterung der Radiologie abgebildet.



Bei den übrigen Rückstellungen ist die Rückstellung für das Pflegebudget 2020 um 1,3 Mio. € aufgelöst worden, sowie das Rückzahlungsrisiko Corona Landeshilfen um 200 T€. Daher gehen die übrigen Rückstellungen um 1,5 Mio. € zurück.

Die Steuerrückstellung ist im Vergleich zum Vorjahr um 36 T€ auf insgesamt 56 T€ (Vj. 20 T€) gestiegen.

Die Darlehensverbindlichkeiten konnten im Geschäftsjahr 2023 gegenüber den Kreditinstituten um 3 % gesenkt werden.

Finanzlage

Die Finanzlage der Klinik ist Dank des Aufbaus in Vorjahren und des Jahresüberschusses im Berichtsjahr noch solide. Dennoch gilt es die Entwicklung zu beobachten, da weiterhin ein hoher Anteil an eigenfinanzierten Investitionen besteht und damit eine bedeutsame Sockelbelastung. In Hinblick auf das Jahr 2024 besteht noch ein ausreichender Eigenkapitalsockel.

Die OKM profitiert aktuell davon, dass der Landkreis Ludwigsburg Bürgschaften für Darlehen und Betriebsmittelkredite gewährt. Unterstützt durch den genannten Cash-Pool und eine Erhöhung der Kreditlinie im Geschäftsjahr 2023 geht die Geschäftsführung davon aus, dass die Liquidität der OKM somit gesichert ist.

In der erweiterten Eigenkapitalquote wurde das bilanzierte Eigenkapital um den Ausgleichsposten für Eigenmittelförderung vermindert. Als Bezugsgröße wurde dann die bilanzierte Bilanzsumme um die geförderten und um die mit Landkreismitteln finanzierten Anteile bereinigt.

Beim Anlagendeckungsgrad wurden alle mit den bilanzierten Vermögensgegenständen in Verbindung stehenden finanziellen Mittel in das Verhältnis zum Anlagevermögen gesetzt. Die Anlagendeckung zur Finanzierung des Anlagevermögens bleibt nahezu stabil. Die bisherigen Baukosten sind fast vollständig mit langfristigen Geldmitteln ausfinanziert.

5.2.7 Kapitalzuführungen und -entnahmen

Im Geschäftsjahr 2023 gab es keine Kapitalzuführungen und -entnahmen durch den Landkreis Ludwigsburg.

5.2.8 Anzahl der Beschäftigten

Im Berichtsjahr betrug die durchschnittliche Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer:

	2023	2022
Beschäftigte	720	675
davon TV-öD-K	627	585
davon TV-Ärzte/VKA	93	90



Zum Stichtag 31.12.2023 ergeben sich folgende Personalkenngrößen:

Kenngrößen	2023	2022
Anzahl der Beschäftigten	732	670
Anzahl der Vollkräfte	476	447
Anteil der weiblichen Beschäftigten	76 %	77 %
Anteil der in Teilzeit Beschäftigten	48 %	47 %
Anteil der im Pflegedienst Beschäftigten	41 %	38 %
Besetzte Ausbildungsplätze in der Krankenpflege	24	15
Besetzte Ausbildungsplätze im Verwaltungs-/Wirtschafts- und medizinisch-technischen Bereich	10	9
Besetzte Ausbildungsplätze für Operationstechnische Assistenz	9	12
Besetzte Anzahl der Ausbildungsplätze in der Anästhesietechnischen Assistenz	3	1
Besetzte Ausbildungsplätze „Physician Assistant“	3	4
Besetzte Ausbildungsplätze in der Orthopädietechnik (ab 2019 bei der ORTEMA)	6	6
Besetzte Ausbildungsplätze insgesamt	55	47

5.2.9 Kennzahlen der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Die Vermögens- und Finanzlage ist aus der Bilanz zum 31.12.2023 und den Vorjahreswerten (Darstellung in 5.3.1) ersichtlich.

Die Ertragslage ist aus der Gewinn- und Verlustrechnung zum 31.12.2023 und den Vorjahreswerten (Darstellung in 5.3.2) ersichtlich.

Finanzkennzahlen	2023	2022	Veränderung
Eigenkapitalquote	14,2 %	12,5 %	+1,7 %
Anlagendeckung I	119,3 %	115,5 %	+3,8 %
Anlagendeckung I mit Sonderposten	46,3 %	44,0 %	+2,3 %
Anlagendeckung II	21,3 %	17,6 %	+3,7 %
Anlagendeckung II mit Sonderposten	49,3 %	46,4 %	+2,9 %
Liquiditätsgrad	95,4 %	89,9 %	+5,5 %



5.3 Jahresabschluss des Geschäftsjahres 2023

5.3.1 Bilanz zum 31.12.2023

Aktivseite	2023 €	2023 €	2022 €	2022 €
A. Anlagevermögen				
I. Immaterielle Vermögensgegenstände und dafür geleistete Anzahlungen		0,00		0,00
II. Sachanlagen				
1. Grundstücke mit Betriebsbauten	43.942.624,19		46.980.636,19	
2. Grundstücke mit Wohnbauten	953.964,65		1.057.796,65	
3. Grundstücke ohne Bauten	131.601,59		131.601,59	
4. Technische Anlagen	2.111.083,00		2.473.159,00	
5. Einrichtungen und Ausstattungen	3.759.011,92		3.697.386,00	
6. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	1.826.261,83	52.724.547,18	1.402.182,21	55.742.761,64
III. Finanzanlagen				
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	427.210,89		367.521,89	
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen	1.965.000,00		2.560.000,00	
3. Beteiligungen	12.057,25		12.057,25	
4. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	12.500,00		12.500,00	
5. Sonstige Ausleihungen	0,00	2.416.768,14	0,00	2.952.079,14
B. Umlaufvermögen				
I. Vorräte				
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	1.307.412,01		1.344.150,66	
2. Unfertige Leistungen	867.324,19	2.174.736,20	329.863,06	1.674.013,72
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände				
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr	14.822.841,32 (1.665.031,49)		13.123.191,08 (1.435.789,61)	
2. Forderungen an Gesellschafter davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr	670.981,67 (0,00)		511.832,53 (0,00)	
3. Forderungen nach dem Krankenhausfinanzierungsrecht davon nach KHEntgG und nach BpFIVo davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr	7.890.335,06 (6.879.273,10) (0,00)		6.687.538,18 (5.377.502,89) (0,00)	
4. Forderungen gegen verbundene Unternehmen davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr	739.761,24 (0,00)		1.241.891,62 (0,00)	
5. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr	0,00 (0,00)		0,00 (0,00)	
6. Sonstige Vermögensgegenstände davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr	1.016.229,74 (0,00)	25.140.149,03	1.020.224,99 (0,00)	22.584.678,40
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten		172.440,83		613.550,19
C. Ausgleichsposten nach dem Krankenhausfinanzierungsrecht für Eigenmittelförderung		436.511,20		436.511,20
D. Rechnungsabgrenzungsposten		36.113,26		34.629,66
		83.101.265,84		84.038.223,95



Passivseite	2023	2023	2022	2022
	€	€	€	€
A. Eigenkapital				
I. Gezeichnetes Kapital	4.545.100,00		4.545.100,00	
II. Kapitalrücklagen	3.850.443,66		3.850.443,66	
III. Gew innrücklagen (+) / Verlustvortrag (-)	355.269,13		1.712.459,41	
IV. Jahresüberschuss (+) / Jahresfehlbetrag (-)	1.212.453,20	9.963.265,99	-1.357.190,28	8.750.812,79
B. Sonderposten aus Zuwendungen zur Finanzierung des Sachanlagevermögens				
1. Sonderposten nach dem Krankenhausfinanzierungsrecht	15.227.759,00		16.715.538,00	
2. Sonderposten aus Zuwendungen und Zuschüssen der öffentl. Hand davon Gesellschafter	130.001,00 (0,00)		146.246,00 (0,00)	
3. Sonderposten aus Zuwendungen Dritter	61.520,00	15.419.280,00	65.878,00	16.927.662,00
C. Rückstellungen				
1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	0,00		0,00	
2. Steuerrückstellungen	56.000,00		20.000,00	
3. Sonstige Rückstellungen	3.955.000,00	4.011.000,00	5.530.000,00	5.550.000,00
D. Verbindlichkeiten				
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr	37.938.633,68 (5.145.141,88)		39.120.780,55 (5.093.829,39)	
2. Erhaltene Anzahlungen davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr	6.625,32 (6.625,32)		24.024,20 (24.024,20)	
3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr	2.241.505,19 (2.241.505,19)		2.077.089,08 (2.077.089,08)	
4. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr	9.832.379,60 (9.832.379,60)		7.168.136,52 (7.168.136,52)	
5. Verbindlichkeiten nach dem Krankenhausfinanzierungsrecht davon nach KHEntgG und nach BpflVG davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr	1.030.215,83 (315.317,55) (1.030.215,83)		1.474.601,08 (893.343,56) (1.474.601,08)	
6. Verbindlichkeiten aus sonstigen Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr	0,00 (0,00)		571.956,54 (571.956,54)	
7. Verbindlichkeiten gegenüber verbundene Unternehmen davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr	878.824,54 (878.824,54)		744.975,09 (744.975,09)	
8. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr	9.519,35 (9.519,35)		0,00 (0,00)	
9. Sonstige Verbindlichkeiten davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr	1.770.016,34 (1.770.016,34)	53.707.719,85	1.628.186,10 (1.628.186,10)	52.809.749,16
E. Ausgleichsposten aus Darlehensförderung		0,00		0,00
F. Rechnungsabgrenzungsposten		0,00		0,00
		83.101.265,84		84.038.223,95

**2.3.2 Gewinn- und Verlustrechnung für den Zeitraum 01.01.2023 – 31.12.2023**

	2023	2023	2022	2022
	€	€	€	€
1. Erlöse aus Krankenhausleistungen	62.780.616,05		61.879.186,13	
2. Erlöse aus Wahlleistungen	5.479.930,59		4.996.189,92	
3. Erlöse aus ambulanten Leistungen des Krankenhauses	3.656.690,48		2.976.293,58	
4. Nutzungsentgelte der Ärzte	813.857,76		734.040,32	
4a. Umsatzerlöse nach § 277 Abs. 1 HGB sowie nicht in den Nummern 1 bis 4 enthalten	<u>7.362.161,92</u>	80.093.256,80	<u>5.593.199,95</u>	76.178.909,90
davon aus Ausgleichsbeträgen für frühere Geschäftsjahre	(544.207,36)		(0,00)	
5. Erhöh./Verminderung der Bestände an unfertigen Leistungen	537.461,13		-71.964,87	
6. Andere aktivierte Eigenleistungen	10.217,64		15.940,56	
7. Zuweisungen und Zuschüsse der öffentlichen Hand, sowie nicht unter Nr. 11	2.264.770,40		370.147,83	
8. Sonstige betriebliche Erträge	<u>2.803.738,69</u>	85.709.444,66	<u>818.647,73</u>	77.311.681,15
9. Personalaufwand				
a) Löhne und Gehälter	35.720.483,54		32.478.610,09	
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung davon für die Alters- versorgung	7.996.526,78 (2.443.345,65)		7.303.110,97 (2.214.825,89)	
10. Materialaufwand				
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	17.207.037,85		16.787.987,86	
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	<u>6.124.625,77</u>	67.048.673,94	<u>7.439.278,00</u>	64.008.986,92
Zwischenergebnis		18.660.770,72		13.302.694,23
11. Erträge aus Zuwendungen zur Finanzierung von Investitionen davon Fördermittel nach dem KHG	802.510,42 (766.561,76)		877.225,16 (768.807,36)	
12. Erträge aus der Einstellung von Ausgleichsposten für Eigenmittelförderung	0,00		0,00	
13. Erträge aus der Auflösung von Sonderposten/Verbind- lichkeiten nach dem KHG und aufgrund sonstiger Zuwendungen zur Finan- zierung des Anlagevermögens	1.985.983,97		2.068.042,80	
14. Erträge aus der Auflösung des Ausgleichspostens für Darlehensförderung	0,00		0,00	



15. Aufwendungen aus der Zuführung zu Sonderposten/ Verbindlichkeiten nach dem KHG und aufgrund sonstiger Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens	482.868,49		531.531,72	
16. Aufwendungen für die nach dem KHG geförderte Nutzung von Anlagegegenständen	<u>319.641,93</u>	1.985.983,97	<u>322.131,44</u>	2.091.604,80
17. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	4.772.123,26		4.920.600,86	
18. Sonstige betriebliche Aufwendungen	<u>13.453.718,59</u>	18.225.841,85	<u>11.184.056,74</u>	16.104.657,60
davon aus Ausgleichsbeträgen für frühere Geschäftsjahre	(490.769,37)		(0,00)	
Zwischenergebnis		2.420.912,84		-710.358,57
19. Erträge aus Beteiligungen	0,00		0,00	
20. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	0,00		0,00	
21. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	89.190,78		43.680,12	
davon aus verbundenen Unternehmen	(85.132,03)		(41.695,72)	
22. Abschreibungen auf Finanzanlagen	330.311,00		0,00	
23. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	<u>940.243,43</u>	-1.181.363,65	<u>609.351,80</u>	-565.671,68
davon für Betriebsmittelkredite	(127.110,18)		(8.815,68)	
davon an verbundene Unternehmen	(254.617,15)		(51.715,96)	
24. Steuern	27.095,99		81.160,03	
davon vom Einkommen und vom Ertrag	(15.275,49)		(69.105,13)	
25. Jahresüberschuss (+)/ Jahresfehlbetrag (-)		1.212.453,20		-1.357.190,28

6. ORTEMA GmbH



6.1 Allgemeine Angaben

Anschrift	Kurt-Lindemann-Weg 10 71706 Markgröningen
Rechtsform	Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)
Gründungsdatum	12.10.1993

6.2 Rechtliche Verhältnisse

6.2.1 Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist die orthopädie-technische Versorgung von Patienten, deren Behandlung nicht durch die RKH Orthopädische Klinik Markgröningen gGmbH verordnet wurde sowie die orthopädie-technische Versorgung der RKH Orthopädischen Klinik Markgröningen gGmbH (OKM). Weiterer Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb der Physikalischen Therapie bei der RKH Orthopädischen Klinik Markgröningen gGmbH und weiterer solcher Einrichtungen bei den einzelnen Kliniken der RKH Regionale Kliniken Holding und Services GmbH sowie das Angebot präventiver und rehabilitativer Leistungen für ambulante, stationäre, teilstationäre, vor- und nachstationäre Patienten.

6.2.2 Beteiligungsverhältnisse

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 26.000 €.

Gesellschafter	Anteil am Stammkapital	Anteil
RKH Orthopädische Klinik Markgröningen gGmbH	26.000 €	100 %

6.2.3 Beteiligungen des Unternehmens

Die ORTEMA GmbH ist an keinen Unternehmen beteiligt.



6.2.4 Besetzung der Organe, sowie Gesamtbezüge der Geschäftsführung und des Aufsichtsrats

Organ	Funktion	Name des Mitglieds
Gesellschafterversammlung	Für die RKH Orthopädische Klinik Markgröningen gGmbH	Prof. Dr. Jörg Martin
Geschäftsführung	Geschäftsführer	Prof. Dr. Jörg Martin
		Olaf Sporys (kaufmännisch)
		Rüdiger Loy
Beirat *	Vorsitz	Landrat Dietmar Allgaier
	Stv. Vorsitz	OB Jürgen Kessing
	Vertreter des Landkreises Ludwigsburg	
	Mitglieder - CDU	Karl-Heinz Schlumberger
		Claus-Dieter Meyer
		Ralf Trettner
	Mitglieder - Freie Wähler	Jan Trost
		Dirk Schaible
		Werner Möhrer
	Mitglieder - SPD	Egon Beck
		Ramona Schröder
	Mitglieder - Grüne	Dr. Uwe Stoll
		Jürgen Waser
	Mitglieder - FDP	Dr. Horst Ludewig
	Vertreter der Stadt Bietigheim-Bissingen	
	Mitglieder - CDU	Marcus List
	Mitglieder - SPD	Thomas Reusch-Frey
Mitglieder - FW	Dr. Wassilios Amanatidis	
Mitglieder - FDP	Dr. Arno Steiler	
Mitglieder - GAL	Traute Theurer	
	Dr. Gerhard Locher	
Vertreter der Arbeitnehmer	Hagen Klee	

* Die Mitglieder des Aufsichtsrats der RKH Orthopädischen Klinik Markgröningen gGmbH bilden entsprechend § 12 Abs. 2 des Gesellschaftsvertrags der RKH Orthopädischen Klinik Markgröningen gGmbH den Beirat.

Gesamtbezüge der Mitglieder der Geschäftsführung und des Aufsichtsrats:

Die Gesellschaft macht bezüglich der Bezüge der Geschäftsführung von den Befreiungsvorschriften nach § 286 Abs. 4 HGB Gebrauch.

Die Aufwandsentschädigungen für die Mitglieder des Beirats betragen im Geschäftsjahr 2023 insgesamt 0,00 € (Vorjahr: 0,00 €).



6.2.5 Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks des Unternehmens

Die ORTEMA ergänzt das Leistungsspektrum der RKH Orthopädischen Klinik Markgröningen gGmbH. Mit dem Vollzug des Erwerbs zum 1. Juli 2007 und der Eingliederung der OKM und der ORTEMA wurde das Leistungsangebot des Klinikverbundes vervollständigt.

6.2.6 Grundzüge des Geschäftsverlaufs und Lage des Unternehmens

Allgemeines zur Gesellschaft

Die ORTEMA hat schon seit geraumer Zeit den Weg eingeschlagen, zum einen die Abhängigkeit von den Kostenträgern durch den Selbstzahlerbereich und die frei verkäuflichen Artikel im Gesundheitsbereich zu senken und zum anderen, die neuen Geschäftsfelder (Prävention, Rehabilitation und Medical Fitness) weiter voranzutreiben. Die sich daraus ergebenden Synergien stärken die Marktposition durch eine bessere Wahrnehmung der KundInnen und einer hohen Kundenbindung, insbesondere auch im Zusammenspiel mit der RKH Orthopädische Klinik Markgröningen gGmbH, aber auch vermehrt mit den Krankenhäusern der RKH Regionale Kliniken Holding und Services GmbH. Dazu haben die Inbetriebnahme der Filiale im Klinikum Ludwigsburg und eine regelmäßige Versorgung des Krankenhauses Bietigheim beigetragen. Bei einer möglichen baulichen Entwicklung am Standort Bietigheim könnte auch dort die Errichtung einer Filiale sinnvoll sein.

Finanzierungsgrundsätze

Im Bereich Orthopädie-Technik arbeitet die ORTEMA ausschließlich auftragsbezogen auf der Basis ärztlicher Verordnungen und besitzt eine volle Hilfsmittelzulassung für den Hauptsitz in Markgröningen und jeweils Teilzulassungen für die Filialen. Die Rezeptabrechnung erfolgt mit den Kostenträgern oder direkt mit dem Patienten. An den Rahmenbedingungen der letzten Jahre hat sich nichts geändert. Die schon seit Jahren aufgezeigten schwierigen Rahmenbedingungen mit den weiter sinkenden Preisen im Bereich der GKV sowie der zunehmenden Bürokratisierung sind mittlerweile systemimmanent. Immer mehr Hilfsmittel werden überhaupt nicht mehr von den Krankenkassen finanziert. Zunehmend bewegen sich neben dem Fachhandel auch Discounter auf dem Hilfsmittelmarkt und bieten vorgefertigte Hilfsmittel (hauptsächlich Bandagen) in einem sehr niedrigen Preissegment an.

Die Ausschreibungsmodelle für den Hilfsmittelbereich erhöhen den Druck auf die einzelnen Betriebe, da es einem Preisdiktat gleicht, mit denen die Kostenträger nicht nur weitere Preisreduzierungen, sondern auch eine Konzentration auf einige (wenige) Anbieter erreichen wollen, ungeachtet der Versorgungsqualität und der Versorgungsbreite.

Im Bereich Prävention und Medical Fitness hat die ORTEMA eine Heilmittelzulassung aller Kassen und rechnet auch hier mit den Kostenträgern oder direkt mit dem Patienten ab. In den anderen Bereichen werden Kursgebühren und Mitgliedsbeiträge erhoben.

Im Rehabilitationsbereich hat die ORTEMA seit 01.08.2011 die Zulassung bei den gesetzlichen Krankenkassen und der deutschen Rentenversicherung Land (DRV-L) für die ambulante Rehabilitation. Im Jahr 2016 konnte auch die Zulassung der DRV Bund erreicht werden, so dass seit dem für alle Kostenträger eine Zulassung besteht. Seit November 2019 umfasst die ambulante orthopädische Rehabilitation 60 Plätze. Die Genehmigungen der Kostenträger für die Platzzahlerhöhung sind mittlerweile vollständig erteilt.



Entwicklung des operativen Geschäfts

Das Geschäftsjahr 2023 verlief insgesamt wieder wesentlich ruhiger. Die Auftragszahlen konnten in fast allen Bereichen gesteigert bzw. zumindest stabilisiert werden.

Die Orthopädie-Technik ist als Dienstleister abhängig von der ärztlichen Versorgung und den daraus notwendigen Verordnungen für Hilfsmittel. Inzwischen hat sich der Gesundheitsmarkt von der Corona-Pandemie erholt, die Abläufe und das Ordnungsverhalten haben sich wieder normalisiert. Im Bereich Rehabilitation konnte nach einem Rückgang im Jahr 2022 die Belegung im Jahr 2023 wieder deutlich verbessert werden. Auch im Bereich der Reha-Nachsorge haben die Patientenzahlen und die Umsätze wieder zugenommen. Im Heilmittelbereich ist die Nachfrage und Auslastung nach wie vor hoch. Die Personalsituation hat sich allerdings nochmals verschlechtert, da der Beruf der Physiotherapeutin / des Physiotherapeuten einen absoluten Mangelberuf darstellt. Insgesamt wurden aufgrund der beschriebenen Situation in 2023 weniger ambulante Heilmittel-PatientInnen behandelt. Da die Vergütungen der Krankenkassen aber in 2023 nochmals angehoben wurden, konnten wir unseren Umsatz im Vergleich zum Vorjahr stabil halten. Am stärksten von der Coronapandemie waren die Bereiche Prävention, betriebliche Gesundheitsförderung und Medical Fitness betroffen, mit einem sehr deutlichen Umsatzrückgang in 2021, der auch das Gesamtergebnis maßgeblich verschlechtert hatte. In 2022 ist es gelungen, diese Umsatzrückgänge wieder nach oben zu steuern. Der Aufwärtstrend hat sich in 2023 fortgesetzt. Wir konnten die Fluktuation wieder unter den Wert von 20% senken und haben einen Mitgliederzuwachs in Höhe von 4,37% verzeichnen können.

Die im Jahr 2023 gestartete Einführung einer neuen Branchen-Software-Lösung für den Bereich Orthopädietechnik ist weiterhin in Umsetzung. Die Komplexität des neuen Systems und die damit verbundene Anforderung, die meisten unserer eingeführten Prozesse zu überprüfen und verändern zu müssen, bindet hohe Personalressourcen, die wir aufgrund des angespannten Arbeitsmarktes im vergangenen Jahr nicht im benötigten Umfang zu Verfügung stellen konnten. Deshalb musste der Zeitplan bis zur Einführung des Echtbetriebes etwas gestreckt werden. Trotzdem ist man hier auf einem guten Weg. In der Filiale in Ludwigsburg wird im März 2024 der Testbetrieb und im April mit dem Echtbetrieb der neuen Software gestartet. Das Haupthaus in Markgröningen wird im Oktober 2024 in den Echtbetrieb gehen. Dort haben wir aufgrund der vielen individuell herzustellenden Einzelversorgungen einen wesentlich höheren Prozessaufwand, der sich in der Umsetzung in die neue Software als wesentlich komplexer darstellt. Gleichzeitig mit der Umstellung im Haupthaus werden auch die neue, zertifizierte Buchhaltungssoftware, das damit verbundene Controlling-Modul sowie ein revisionssicheres Software-Archiv in Betrieb genommen. Die dafür notwendigen Tätigkeiten werden somit auch im Bereich der Finanzbuchhaltung einige Personalressourcen binden.

Jahresabschluss

Das Geschäftsjahr 2023 schließt mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 239.351,08 € (Vorjahr: Jahresüberschuss 70.982,04 €) ab.

Ertragslage

Das Ziel, im laufenden Betrieb einen Jahresüberschuss in Höhe von 29.100 € zu erzielen, wurde nicht nur erreicht, sondern deutlich übertroffen. Dazu beigetragen hat die Restabwicklung des Bundeswehrauftrages im Bereich Sportprotection und die Stabilisierung bzw. Steigerung der Umsätze in allen anderen Geschäftsbereichen. Dadurch sind die Erträge aus dem laufenden Betrieb im Geschäftsjahr wiederum um 246.355 € d. h. +1,3 % (VJ: +12,0 %) gestiegen.

Bereinigt um die Bundeswehraufträge in den Jahren 2022 und 2023 ist es auch im Jahr 2023 gelungen den Umsatz um 406 T€ zu steigern (+3,3 %). Auch im Bereich Rehabilitation und Medical Fitness ist uns eine Steigerung um +454 T€ (+8,1 %) gegenüber dem Vorjahr gelungen, da sowohl die ambulante Reha mit der Nachsorge als auch der Bereich Medical Fitness gut nachgefragt waren. Die im Jahr 2019 erreichte höchste Mitgliederzahl im Medical Fitness seit Inbetriebnahme



war durch die Kündigungen und das Auslaufen von Verträgen in der CORONA Pandemie drastisch zurückgegangen und wird nun langsam wieder aufgebaut, was allerdings einige Jahre dauern wird.

Die Personalkosten sind auch im Geschäftsjahr 2023 wieder überproportional um 746 T€ (+7,1 %) gestiegen (VJ: +7,5 % bzw. 732 T€). In 2023 wurden die Tabellenentgelte um 5 % ab dem 01.07.2023 angehoben und es mussten auch weitere strukturelle Verbesserungen vorgenommen werden, um marktgerecht zu vergüten. Um den Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen einen Inflationsausgleich zu gewähren wurde darüber hinaus noch eine Inflationsausgleichsprämie in Höhe von 1.250 € je VK im Juli ausgeschüttet, die durch die Erstattung der doppelt abgerechneten Haftpflichtprämien der Vorjahre finanziert wird (siehe neutrales Ergebnis). Außerdem liegt der Anstieg auch an der Erhöhung der Personalkostenrückstellungen (+126 T€).

Der Materialeinsatz wird zu mehr als 95 % durch die Orthopädie-Technik verursacht und ist damit umsatzabhängig. Der Rückgang in Höhe von -9,0 % (-488 T€) resultiert aus den reduzierten Materialaufwendungen für den Bundeswehrauftrag und dem Rückgang in der Prothetik, da hier besonders teure Passteile zum Einsatz kommen. Der sonstige betriebliche Aufwand ist lediglich um 25 T€ gestiegen (+0,7 %). Dies ist hauptsächlich durch einen leichten Rückgang bei den Reinigungskosten, den Energiekosten und den im Jahr 2023 reduzierten Aufwendungen im Werbe- und Sponsoringbereich bedingt. Die Abschreibungen haben sich durch die Beschaffung von Einrichtung und Ausstattung planmäßig entwickelt.

Insgesamt hat sich das Geschäftsjahr 2023 unter den weiterhin schwierigen Rahmenbedingungen stabil gezeigt und mit dem erzielten Jahresüberschuss gut entwickelt. Erfreulich ist die Stabilisierung des Ergebnisses aus dem laufenden Betrieb auf 292.947 € (VJ: 330.046 €), das wieder über dem Ergebnis aus 2019 (+254.774 €) liegt. Das neutrale Ergebnis beinhaltet die Veränderungen bei den Rückstellungen, den periodenfremden Erträgen aus der Erstattung der fälschlicherweise abgerechneten Haftpflichtprämien aus Vorjahren und der Rückerstattung der zu viel bezahlten Energie aus Vorjahren mit insgesamt +412.562 €.

Das Jahresergebnis verbessert sich um +168.369 € auf +239.351 € (VJ: +70.982 €). Es wurde eine Umsatzrendite von 1,2 % nach Steuern erwirtschaftet.

Vermögenslage

Die ORTEMA arbeitet ausschließlich in gemieteten Räumlichkeiten, und zwar am Standort in Markgröningen mittlerweile in drei Betriebsgebäuden. Das Gebäude der Orthopädie-Technik wurde 1999 in Betrieb genommen und gehört der OKM. Im Zuge der Ausgliederung der Orthopädie-Technik ist alles bewegliche Anlagevermögen und die Vorräte an die ORTEMA veräußert worden. Im Neubau für den Bereich Rehabilitation und Medical Fitness ist die ORTEMA Untermieter der OKM, die das Gebäude von einer Immobilienleasinggesellschaft geleast hat. Innerhalb dieses Immobilienleasingmodells wurde 2019 der Neubau für die ambulante Rehabilitation erstellt und auch in Betrieb genommen. Auch dieses Gebäude wird über den Untermietvertrag mit der ORTEMA finanziert. In Pforzheim und seit 2011 auch in Ludwigsburg wurden die Filialräumlichkeiten ebenfalls gemietet. Die Geschäfts- und Betriebsausstattungen befinden sich komplett im Eigentum der ORTEMA bzw. sind geleast.

Der gesamte Einkauf der Betriebsmittel der Orthopädie-Technik erfolgt direkt über die ORTEMA. Organisatorisch hatte sich beim Beschaffungsprozess nichts geändert, da die Artikel der ORTEMA nicht zum Portfolio des Zentralen Einkaufs gehören.

Mit den Mietzahlungen trägt die ORTEMA dazu bei, dass die OKM die drei Betriebsgebäude refinanziert und dort Vermögen geschaffen wird. Das 1999 in Betrieb genommene Betriebsgebäude der Orthopädie- Technik konnte somit schon komplett finanziert werden.



Der Leasingvertrag für die vom Geschäftsbereich Medical Fitness und Rehabilitation genutzte Immobilie hat noch eine Restlaufzeit von 7 Jahren und endet im Jahr 2030. Die Verlängerung dieses Finanzierungsmodells war durch die Erweiterung um die ambulante Reha sowie die Räumlichkeiten für die Handchirurgie notwendig geworden, da sonst die Leasingraten zu hoch geworden wären.

Den eigenen Investitionsbedarf finanziert die ORTEMA durch ihre Liquidität im Rahmen der erwirtschafteten Abschreibungen mit Ausnahme der oben geschilderten Beschaffungen.

Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen haben sich um -16,4 % (-441 T€) reduziert. Dies liegt hauptsächlich an der stattgefundenen Abwicklung des Bundeswehrauftrages mit seinen langen Zahlungsfristen. Die liquiden Mittel haben sich um -227 T€ stichtagsbezogen verringert. Die Forderungen gegen den Gesellschafter sind im Verhältnis zum Vorjahr um 45 T€ gestiegen, gegenüber verbundenen Unternehmen um 33 T€ gesunken.

Die Rückstellungen sind durch die Rückstellungen für Boni und Zielvereinbarungen, die Steuerrückstellungen, bei ebenfalls angestiegenen Rückstellungen für Urlaub und Überstunden um insgesamt 306 T€ gestiegen.

Die Darlehensverbindlichkeiten sind durch die planmäßigen Tilgungen gesunken. In den übrigen Verbindlichkeiten sind die Gesellschafterdarlehen der OKM enthalten, die entsprechend der Vereinbarung getilgt werden. Hier ist ein Rückgang von -1.162 T€ zu verzeichnen.

Finanzlage

Im Geschäftsjahr 2020 wurden vom Aufsichtsrat der OKM am 03.04. und 30.06.2020 die Beschlüsse zum Gesellschafterdarlehen der OKM an die ORTEMA mit folgendem Inhalt gefasst. Der Gewährung eines Gesellschafterdarlehen an die ORTEMA GmbH in Höhe von bis zu 6,0 Mio. € wird zugestimmt. Die Verzinsung ist marktüblich anzusetzen. In 2020 hatte sich dann gezeigt, dass der Kreditrahmen in dieser Höhe nicht notwendig ist. Deshalb wurde durch den Aufsichtsrat am 23.11.2020 beschlossen den Kreditrahmen auf bis zu 3,0 Mio. € zu senken. Im Laufe des Jahres 2021 sollte dann ein realistischer Tilgungsplan erstellt und beschlossen werden. Die Verzinsung ist marktüblich anzusetzen und jeweils anzupassen. Im Juli 2023 wurde vertraglich vereinbart, dass Darlehen ab dem 01.01.2022 mit jährlich 10 % des ursprünglichen Darlehensbetrages (Stand 01.01.2022) zu tilgen. Gleiche Regelung gilt für ein weiteres Darlehen, welches im Geschäftsjahr 2021 in Höhe von 500 T€ gewährt wurde. Ein weiteres Darlehen, welches im Geschäftsjahr 2022 über 500 T€ gewährt wurde, wurde planmäßig am 30.06.2023 vollständig getilgt.

Die Liquidität des Unternehmens war durch diese Regelung das ganze Jahr über sichergestellt. Es mussten darüber hinaus keine Kontokorrent- oder sonstige Kredite in Anspruch genommen werden.

Die EK-Quote in Höhe von 36,1 % (VJ: 27,6 %) ist durch den Jahresüberschuss trotz Zunahme bei den Rückstellungen durch den Rückgang der übrigen Verbindlichkeiten gestiegen. Die EK-Quote ist weiterhin ein wichtiger Indikator für die Innenfinanzierung. Absolut ist das Eigenkapital um den Jahresüberschuss in Höhe von 239.351 € auf 1.844.396 € gestiegen. Auf der Aktivseite hat sich das Anlagevermögen absolut nur geringfügig verändert (+17 T€). Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen haben sich wieder um -16,4 % (-441 T€) verringert, nachdem sie im Vorjahr noch um 584 T€ gestiegen waren (+27,7 %).

Die liquiden Mittel haben sich auch aus diesem Grund um -227 T€ stichtagsbezogen verringert. Die Forderungen gegen den Gesellschafter sind im Verhältnis zum Vorjahr um 45 T€ gestiegen, gegenüber verbundenen Unternehmen um -33 T€ gesunken.



6.2.7 Kapitalzuführungen und -entnahmen

Im Geschäftsjahr 2023 gab es keine Kapitalzuführungen und -entnahmen durch den Landkreis Ludwigsburg.

6.2.8 Anzahl der Beschäftigten

Im Berichtsjahr betrug die durchschnittliche Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer:

	2023	2022
Beschäftigte	245	248
davon weiblich	150	161
davon männlich	95	87

6.2.9 Kennzahlen der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Die Vermögens- und Finanzlage ist aus der Bilanz zum 31.12.2023 und den Vorjahreswerten (Darstellung in 6.3.1) ersichtlich.

Die Ertragslage ist aus der Gewinn- und Verlustrechnung zum 31.12.2023 und den Vorjahreswerten (Darstellung in 6.3.2) ersichtlich.

Finanzkennzahlen	2023	2022	Veränderung
Eigenkapitalquote	36,1 %	27,6 %	+8,5 %
Anlagendeckung I	229,2 %	203,9 %	+25,3 %
Anlagendeckung II	229,2 %	203,9 %	+25,3 %
Liquiditätsgrad	126,0 %	82,1 %	+43,9 %



6.3 Jahresabschluss des Geschäftsjahres 2023

6.3.1 Bilanz zum 31.12.2023

	2023	2023	2022	2022
	€	€	€	€
Aktivseite				
A. Anlagevermögen				
I. Immaterielle Vermögensgegenstände und dafür geleistete Anzahlungen		103.577,00		52.187,00
II. Sachanlagen				
1. Einrichtungen und Ausstattungen	688.398,00		719.081,00	
2. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	<u>12.697,50</u>	701.095,50	<u>16.060,00</u>	735.141,00
B. Umlaufvermögen				
I. Vorräte				
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	1.051.085,69		1.009.519,17	
2. Unfertige Leistungen	<u>579.906,58</u>	1.630.992,27	<u>597.039,74</u>	1.606.558,91
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände				
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	2.246.146,17		2.687.269,40	
davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr	(0,00)		(0,00)	
2. Forderungen an Gesellschafter	169.605,83		124.929,64	
davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr	(0,00)		(0,00)	
3. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	103.740,82		136.874,11	
davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr	(0,00)		(0,00)	
4. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	0,00		0,00	
davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr	(0,00)		(0,00)	
5. Sonstige Vermögensgegenstände	<u>15.391,48</u>	2.534.884,30	<u>92.893,72</u>	3.041.966,87
davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr	(0,00)		(0,00)	
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten		113.582,17		340.593,14
C. Rechnungsabgrenzungsposten				
		31.987,54		36.733,00
		<u>5.116.118,78</u>		<u>5.813.179,92</u>



Passivseite

A. Eigenkapital

I. Gezeichnetes Kapital	26.000,00		26.000,00	
II. Kapitalrücklagen	0,00		0,00	
III. Gew innrücklagen (+) / Verlustvortrag (-)	1.579.044,51		1.508.062,47	
IV. Jahresüberschuss (+) / Jahresfehlbetrag (-)	<u>239.351,08</u>	1.844.395,59	<u>70.982,04</u>	1.605.044,51

B. Rückstellungen

1. Steuerrückstellungen	157.564,00		0,00	
2. Sonstige Rückstellungen	<u>698.079,00</u>	855.643,00	<u>550.104,00</u>	550.104,00

C. Verbindlichkeiten

1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	86.397,63		166.036,78	
davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr	(76.800,00)		(76.800,00)	
2. Erhaltene Anzahlungen	0,00		0,00	
davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr	(0,00)		(0,00)	
3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	312.730,71		419.884,06	
davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr	(312.730,71)		(419.884,06)	
4. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	1.646.144,87		2.239.163,62	
davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr	(486.444,87)		(2.239.163,62)	
5. Verbindlichkeiten aus sonstigen Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens	0,00		0,00	
davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr	(0,00)		(0,00)	
6. Verbindlichkeiten gegenüber verbundene Unternehmen	186.384,14		545.254,18	
davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr	(186.384,14)		(545.254,18)	
7. Verbindlichkeiten gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	0,00		0,00	
davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr	(0,00)		(0,00)	
8. Sonstige Verbindlichkeiten	<u>175.457,17</u>	2.407.114,52	<u>115.792,46</u>	3.486.131,10
davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr	(175.457,17)		(115.792,46)	

E. Rechnungsabgrenzungsposten

	<u>8.965,67</u>		<u>171.900,31</u>	
	5.116.118,78		5.813.179,92	

**6.3.2 Gewinn- und Verlustrechnung für den Zeitraum 01.01.2023 – 31.12.2023**

	2023 €	2023 €	2022 €	2022 €
1. Umsatzerlöse	20.338.975,70		19.581.393,17	
2. Bestandserhöhung unfertige Leistungen	-17.133,16		51.059,69	
3. Andere aktivierte Eigenleistungen	0,00		0,00	
4. Sonstige betriebliche Erträge	<u>74.490,98</u>	20.396.333,52	<u>126.733,45</u>	19.759.186,31
5. Personalaufwand				
a) Löhne und Gehälter	9.030.365,06		8.369.809,28	
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung davon für die Altersversorgung	1.928.931,06 (260.834,95)		1.799.663,20 (217.843,74)	
6. Materialaufwand				
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	4.734.085,38		5.325.773,22	
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	<u>195.202,06</u>	15.888.583,56	<u>91.230,24</u>	15.586.475,94
Zwischenergebnis		4.507.749,96		4.172.710,37
7. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	214.892,30		223.251,93	
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen	<u>3.804.791,61</u>	4.019.683,91	<u>3.788.873,68</u>	4.012.125,61
Zwischenergebnis		488.066,05		160.584,76
9. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	3.581,55		2.576,35	
10. Zinsen und ähnliche Aufwendungen davon für Betriebsmittelkredite davon verbundene Unternehmen	<u>80.261,13</u> (0,00) (78.900,28)	-76.679,58	<u>40.563,05</u> (0,00) (38.370,72)	-37.986,70
11. Steuern vom Einkommen und Ertrag		171.535,39		51.116,02
12. Ergebnis nach Steuern		239.851,08		71.482,04
13. sonstige Steuern		500,00		500,00
14. Jahresüberschuss (+)/ Jahresfehlbetrag (-)		239.351,08		70.982,04



7. RKH Klinikenservice und Gastronomie GmbH



7.1 Allgemeine Angaben

Anschrift	Posilipostraße 4 71640 Ludwigsburg
Rechtsform	Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)
Gründungsdatum	14.05.2004

7.2 Rechtliche Verhältnisse

7.2.1 Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist gemäß § 2 des Gesellschaftsvertrages die Erbringung von Serviceleistungen für die RKH Kliniken Ludwigsburg-Bietigheim gGmbH, insbesondere

- die Durchführung von Reinigungsleistungen
- hauswirtschaftliche Versorgungsaufgaben
- Küchen- u. Verpflegungsdienste
- interne Hol- u. Bringdienste

Die Gesellschaft mit Sitz in Ludwigsburg hat am 01.07.2004 ihre Geschäftstätigkeit aufgenommen und kann sich auf den o.g. Gebieten betätigen und alle Geschäfte betreiben, die mit dem Gegenstand des Unternehmens im Zusammenhang stehen. Sie kann sich auch an anderen Unternehmen mit dem gleichen oder ähnlichen Gegenstand beteiligen.

Die KSG hatte sich in früheren Geschäftsjahren auf Reinigungsleistungen und hauswirtschaftliche Versorgungsaufgaben konzentriert. Der Leistungsaustausch zwischen der KSG und den Kliniken, als Kunden, wird über Werkverträge geregelt. Dies schließt die Dienstleistungsfelder Wäscherei-/Wäscheversorgung, Verpflegung und Hauswirtschaft ein. Des Weiteren wurden auch Serviceleistungen im Bereich der Wahlleistungen übernommen. Das Konzept zur Wäscheversorgung wurde in 2023 grundlegend geändert. Die bisherige selbst betriebene Wäschereinheit wurde im ersten Halbjahr 2023 geschlossen und auf eine entsprechende Fremdversorgung umgestellt.

In Rahmen dieser Unternehmensentwicklung wurde der Betrieb in die zwei Sparten Gastronomie sowie Hauswirtschaft mit Textilversorgung gegliedert.

Um die Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten bzw. zu verbessern wurde ein umfangreiches Restrukturierungsprogramm im Bereich Reinigung umgesetzt. Außerdem wurde die Leitung Hauswirtschaft mit der Servicegesellschaft der RKH Kliniken des Landkreises Karlsruhe gGmbH personell zusammengeführt. Im Jahr 2020 ist es bereits gelungen die Leitung der Gastronomiebereiche ebenfalls einer gemeinsamen Abteilungsleitung zu unterstellen.



7.2.2 Beteiligungsverhältnisse

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 25.000 €.

Gesellschafter	Anteil am Stammkapital	Anteil
RKH Kliniken Ludwigsburg-Bietigheim gGmbH	25.000 €	100 %

7.2.3 Beteiligungen des Unternehmens

Die RKH Kliniken Service GmbH ist an keinen Unternehmen beteiligt.

7.2.4 Besetzung der Organe, sowie Gesamtbezüge der Geschäftsführung und des Aufsichtsrats

Organ	Funktion	Name des Mitglieds
Gesellschafterversammlung	Für die RKH Kliniken Ludwigsburg-Bietigheim gGmbH	Prof. Dr. Jörg Martin
Geschäftsführung	Geschäftsführer	Prof. Dr. Jörg Martin
		Axel Hechenberger
		Cornelia Frenz (bis 31.01.2024)
Aufsichtsrat	Die Gesellschaft hat keinen Aufsichtsrat.	

Gemäß § 9 Abs. 4 des Gesellschaftsvertrags der Kliniken Service GmbH bedarf der Gesellschafter RKH Kliniken Ludwigsburg-Bietigheim gGmbH für Beschlüsse nach § 9 Abs. 3 des Gesellschaftsvertrags der Zustimmung des Aufsichtsrats der RKH Kliniken Ludwigsburg-Bietigheim gGmbH.

Gesamtbezüge der Mitglieder der Geschäftsführung und des Aufsichtsrats:

Die Gesellschaft macht bezüglich der Bezüge der Geschäftsführung von den Befreiungsvorschriften nach § 286 Abs. 4 HGB Gebrauch.

7.2.5 Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks des Unternehmens

Die Gesellschaft mit Sitz in Ludwigsburg hat am 01.07.2004 ihre Geschäftstätigkeit aufgenommen. Die KSG hatte sich in früheren Geschäftsjahren auf Reinigungsleistungen und hauswirtschaftliche Versorgungsaufgaben konzentriert. Die RKH Enzkreis-Kliniken gGmbH mit den Krankenhäusern Mühlacker und Neuenbürg sowie die Geriatrie Rehaklinik, sowie die RKH Orthopädischen Klinik Markgröningen gGmbH (OKM) und deren Tochter ORTEMA werden von der KSG mit versorgt. Der Leistungsaustausch zwischen der KSG und den Kliniken, als Kunden, wird über Werkverträge geregelt. Dies schließt die Dienstleistungsfelder Verpflegung und Hauswirtschaft ein.



7.2.6 Grundzüge des Geschäftsverlaufs und Lage des Unternehmens

Entwicklung des operativen Geschäfts

Der Umsatz sinkt insbesondere durch die Aufgabe der eigenen Wäscheversorgung ab. Die Änderung in der Betriebsorganisation zeigt sich auch beim Sachmitteleinsatz. Das Konzept zur Wäscheversorgung wurde 2023 grundlegend geändert und auf eine entsprechende Fremdversorgung umgestellt. Dabei konnten die verbliebenen betroffenen Mitarbeiter im Gesamtbetrieb weiterbeschäftigt werden. Betriebsbedingte Beendigungskündigungen waren nicht notwendig.

Im Bereich der Hauswirtschaft wird stetig an der Optimierung der Raumbücher gearbeitet, um fortlaufend die sich verändernden Bedürfnisse der Kunden abzubilden. Der Einsatz von Leiharbeitskräften war nur temporär und in geringem Umfang notwendig.

Investitionsbereich

Investitionen werden im Rahmen der aktuellen Unternehmensplanung umgesetzt. Investitionen sind im Gesamtwert von 69.592 € für hauswirtschaftliche Gerätschaften (Vj. 140.978 €) getätigt worden. Dies beinhaltet im Wesentlichen eine Reinigungsmaschine, einen Nassschrubbautomat, ein Reinwassersystem und diverse Bodenreinigungsmaschinen sowie Regalwägen.

Jahresabschluss

Das Geschäftsjahr 2023 hat die KSG mit einem Jahresüberschuss nach Steuern von 77.885,34 € (Vj. 244.190,46 €) abgeschlossen. Die Unternehmensplanung mit einem kalkulierten Jahresfehlbetrag in Höhe von 344 T€ konnte weit übertroffen werden.

Ertragslage

Insgesamt sind die betrieblichen Erträge auf 24,32 Mio. € (Vj.: 25,76 Mio. €) gesunken. Von den Umsatzerlösen entfallen auf Reinigungsleistungen 15,13 Mio. € (Vj.: 14,88 Mio. €) auf Leistungen der Verpflegungsbetriebe 8,40 Mio. € (Vj.: 7,95 Mio. €), auf Wäschereileistungen 0,44 Mio. € (Vj.: 2,08 Mio. €) sowie auf sonstige Leistungen 0,14 Mio. € (Vj.: 0,54 Mio. €).

Die sonstigen betrieblichen Erträge sind auf 209 T€ (Vj.: 310 T€) gesunken. Davon entfallen 74 T€ (Vj.: 121 T€) auf Erstattungen für Mutterschutz.

Die Personalkosten und Kosten für Zeitarbeitskräfte sind mit 22,61 Mio. € (Vj.: 22,96 Mio. €) nur geringfügig unter dem Vorjahresniveau. In den Personalkosten sind neben den Kosten der eigenen Mitarbeiter auch die Kosten für eingesetzte Zeitarbeitskräfte, die Vergütung für durch den Konzern erbrachte Managementleistung sowie die Kosten für Personalgestellung durch die Konzerngesellschaften und die Kosten der Personalabrechnung durch das Klinikum Ludwigsburg.

Der Wirtschaftsbedarf ist auf 680 T€ (Vj.: 1,30 Mio. €) gesunken. Im Vorjahr bestand unter anderem noch ein höherer Aufwand für Coronaschnelltests.

Aufgrund der Schließung der hauseigenen Wäscherei, entfällt der Aufwand für Wasser, Energie und Brennstoffe. Im Vorjahr betrug dieser noch 275 T€.

Der Verwaltungsbedarf ist auf 582 T€ (Vj.: 539 T€) leicht angestiegen. Darin enthalten ist die Verrechnung für die Dienste der Zentralen Informationsverarbeitung (ZIV, IT). Ebenso enthalten ist der Aufwand für Beratungsleistungen. Im Jahr 2023 übernahm eine externe Beratungsfirma interimweise die Geschäftsführung der Sparte Hauswirtschaft.



Vermögens- und Finanzlage

Durch die Übernahme der Bestandswäsche durch den nun beauftragten Wäschedienstleister haben die Vorräte deutlich abgenommen. Durch den Abverkauf sind die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen auf 574 T€ (Vj.: 31 T€) angestiegen. Die Forderungen gegenüber dem Gesellschafter sind durch Abschlussrechnungen, die nach dem Jahreswechsel verarbeitet wurden, auf 1,6 Mio. € gestiegen (Vj.: 1,2 Mio. €). Die übrigen Verbindlichkeiten halten sich mit 1,7 Mio. € auf Vorjahresniveau (Vj.: 1,7 Mio. €). Der Finanzmittelfond hat sich aufgrund der gestiegenen Forderungsseite zum Bilanzstichtag um 648 T€ vermindert. Die Rückstellungen befinden sich mit 293 T€ nahezu auf Vorjahresniveau (Vj.: 276 T€).

7.2.7 Kapitalzuführungen und -entnahmen

Im Geschäftsjahr 2023 gab es keine Kapitalzuführungen und -entnahmen durch den Landkreis Ludwigsburg.

7.2.8 Anzahl der Beschäftigten

Im Berichtsjahr betrug die durchschnittliche Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer:

	2023	2022
Beschäftigte	561	555
davon weiblich	489	478
davon männlich	72	77

7.2.9 Kennzahlen der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Die Vermögens- und Finanzlage ist aus der Bilanz zum 31.12.2023 und den Vorjahreswerten (Darstellung in 7.3.1) ersichtlich.

Die Ertragslage ist aus der Gewinn- und Verlustrechnung zum 31.12.2023 und den Vorjahreswerten (Darstellung in 7.3.2) ersichtlich.

Finanzkennzahlen	2023	2022	Veränderung
Eigenkapitalquote	45,3 %	44,5 %	+0,8 %
Anlagendeckung I	560,2 %	517,5 %	+42,7 %
Anlagendeckung II	560,2 %	517,5 %	+42,7 %
Liquiditätsgrad	166,7 %	153,6 %	+13,1 %



7.3 Jahresabschluss des Geschäftsjahres 2023

7.3.1 Bilanz zum 31.12.2023

	2023	2023	2022	2022
	€	€	€	€
Aktivseite				
A. Anlagevermögen				
I. Immaterielle Vermögensgegenstände und dafür geleistete Anzahlungen		0,00		0,00
II. Sachanlagen				
1. Einrichtungen und Ausstattungen	301.941,00		311.799,00	
2. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	<u>0,00</u>	301.941,00	<u>0,00</u>	311.799,00
B. Umlaufvermögen				
I. Vorräte				
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	26.718,90		220.959,34	
2. Unfertige Leistungen	<u>0,00</u>	26.718,90	<u>0,00</u>	220.959,34
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände				
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	573.767,24		31.042,95	
davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr	(0,00)		(0,00)	
2. Forderungen an Gesellschafter	1.579.668,05		1.189.678,69	
davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr	(0,00)		(0,00)	
3. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	339.133,35		362.640,06	
davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr	(0,00)		(0,00)	
4. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	0,00		0,00	
davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr	(0,00)		(0,00)	
5. Sonstige Vermögensgegenstände	<u>121.658,64</u>	2.614.227,28	<u>72.953,78</u>	1.656.315,48
davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr	(0,00)		(0,00)	
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten		790.890,50		1.439.160,26
C. Rechnungsabgrenzungsposten				
		0,00		0,00
		3.733.777,68		3.628.234,08



Passivseite

A. Eigenkapital

I. Gezeichnetes Kapital	25.000,00		25.000,00	
II. Kapitalrücklagen	0,00		0,00	
III. Gew innrücklagen (+) / Verlustvortrag (-)	1.588.520,90		1.344.330,44	
IV. Jahresüberschuss (+) / Jahresfehlbetrag (-)	<u>77.885,34</u>	1.691.406,24	<u>244.190,46</u>	1.613.520,90

B. Rückstellungen

1. Steuerrückstellungen	43.000,00		43.000,00	
2. Sonstige Rückstellungen	<u>250.000,00</u>	293.000,00	<u>233.000,00</u>	276.000,00

C. Verbindlichkeiten

1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	0,00		0,00	
davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr	(0,00)		(0,00)	
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	140.966,04		392.647,07	
davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr	(140.966,04)		(392.647,07)	
3. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	853.890,81		448.387,42	
davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr	(853.890,81)		(448.387,42)	
4. Verbindlichkeiten gegenüber verbundene Unternehmen	434.078,93		541.145,88	
davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr	(434.078,93)		(541.145,88)	
5. Verbindlichkeiten gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	0,00		0,00	
davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr	(0,00)		(0,00)	
6. Sonstige Verbindlichkeiten	<u>320.435,66</u>	1.749.371,44	<u>356.532,81</u>	1.738.713,18
davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr	(320.435,66)		(356.532,81)	
davon aus Steuern	(104.300,20)		(104.300,20)	

D. Rechnungsabgrenzungsposten

	<u>0,00</u>		<u>0,00</u>	
	<u>3.733.777,68</u>		<u>3.628.234,08</u>	

**7.3.2 Gewinn- und Verlustrechnung für den Zeitraum 01.01.2023 – 31.12.2023**

	2023 €	2023 €	2022 €	2022 €
1. Umsatzerlöse	24.238.764,42		25.555.349,55	
2. Sonstige betriebliche Erträge	<u>79.632,00</u>		<u>261.795,79</u>	
		24.318.396,42		25.817.145,34
3. Materialaufwand				
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	639.810,42		1.420.847,79	
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	<u>330.248,25</u>		<u>644.817,17</u>	
		-970.058,67		-2.065.664,96
4. Personalaufwand				
a) Löhne und Gehälter Hilfs- und Betriebsstoffe	13.693.610,75		13.208.354,29	
b) Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung davon für die Alters- versorgung	<u>2.961.240,11</u>		<u>2.815.608,59</u>	
	(160.014,48)	-16.654.850,86	(164.291,88)	-16.023.962,88
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögens- gegenstände des Anlagever- mögens und Sachanlagen	79.450,30		73.356,85	
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	<u>6.503.342,29</u>		<u>7.305.014,47</u>	
		-6.582.792,59		-7.378.371,32
Zwischenergebnis		110.694,30		349.146,18
7. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	<u>0,00</u>		35,00	
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen davon für Betriebs- mittelkredite	<u>0,00</u>		<u>0,00</u>	
	(0,00)	0,00	(0,00)	35,00
9. Steuern	32.808,96		104.804,06	
10. Ergebnis nach Steuern		77.885,34		244.377,12
11. Sonstige Steuern	0,00		186,66	
12. Jahresüberschuss (+)/ Jahresfehlbetrag (-)		77.885,34		244.190,46



RKH MVZ Klinikum Ludwigsburg gGmbH



8.1 Allgemeine Angaben

Anschrift	Posilipostraße 4 71640 Ludwigsburg
Rechtsform	Gemeinnützige Gesellschaft mit beschränkter Haftung (gGmbH)
Gründungsdatum	15.04.2014

8.2 Rechtliche Verhältnisse

8.2.1 Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist die Förderung der medizinischen Versorgung im Landkreis Ludwigsburg. Die RKH MVZ Klinikum Ludwigsburg gGmbH wird im Sinne des § 95 SGB V, insbesondere im Rahmen der vertragsärztlichen und privatärztlichen Versorgung sowie der sonstigen ärztlichen Tätigkeiten betrieben. Mindestens zwei Drittel der Leistungen des MVZ werden gegenüber Kassenpatienten erbracht und kommen somit hilfsbedürftigen Personen im Sinne des § 53 der Abgabenordnung zugute.

8.2.2 Beteiligungsverhältnisse

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 25.000 €.

Gesellschafter	Anteil am Stammkapital	Anteil
RKH Kliniken Ludwigsburg-Bietigheim gGmbH	25.000 €	100 %

8.2.3 Beteiligungen des Unternehmens

Die RKH MVZ Klinikum Ludwigsburg gGmbH ist an keinen Unternehmen beteiligt.



8.2.4 Besetzung der Organe, sowie Gesamtbezüge der Geschäftsführung und des Aufsichtsrats

Organ	Funktion	Name des Mitglieds
Gesellschafterversammlung	Für die RKH Kliniken Ludwigsburg-Bietigheim gGmbH	Prof. Dr. Jörg Martin
Geschäftsführung	Geschäftsführer	Prof. Dr. Jörg Martin
		Anne Matros
Aufsichtsrat	Die Gesellschaft hat keinen Aufsichtsrat.	

Gemäß § 9 Abs. 4 des Gesellschaftsvertrags der RKH MVZ Klinikum Ludwigsburg gGmbH bedarf der Gesellschafter RKH Kliniken Ludwigsburg-Bietigheim gGmbH für Beschlüsse nach § 9 Abs. 3 des Gesellschaftsvertrags der Zustimmung des Aufsichtsrats der RKH Kliniken Ludwigsburg-Bietigheim gGmbH.

Gesamtbezüge der Mitglieder der Geschäftsführung und des Aufsichtsrats:

Die Gesellschaft macht bezüglich der Bezüge der Geschäftsführung von den Befreiungsvorschriften nach § 286 Abs. 4 HGB Gebrauch.

8.2.5 Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks des Unternehmens

Zweck des Unternehmens ist gemäß § 2 des Gesellschaftsvertrages die Förderung der freien Wohlfahrtspflege. Das MVZ KLB betreibt die Fachbereiche Pathologie, Labormedizin, Anästhesie, Neurochirurgie und Gynäkologie und unterstützt die ambulante medizinische Versorgung im Landkreis Ludwigsburg.

8.2.6 Grundzüge des Geschäftsverlaufs und Lage des Unternehmens

Entwicklung des operativen Geschäfts

Das RKH MVZ Klinikum Ludwigsburg gGmbH betreibt seit Beginn die beiden Fachgebiete Pathologie und Labormedizin. Die Kliniken verfolgten mit der Gründung der MVZ KLB das unternehmerische Ziel die Entscheidungshoheit über die beiden Kassenarztsitze der Praxis für Pathologie auch nach Ausscheiden der beiden dort tätigen Pathologen zu behalten.

Der Kundenstamm an Einweisern konnte nach der Übernahme dabei in vollem Umfang erhalten werden. Im Jahr 2018 wurde im Fachgebiet Labormedizin mit dem bestehenden Versorgungsauftrag zusätzlich eine Zweigpraxis in Stuttgart eingerichtet, welche die ambulanten kassenärztlichen Leistungen für das Klinikum Stuttgart durchführt. Im Fachbereich Neurochirurgie wurde ein halber Versorgungsauftrag erworben, um die bestehende, und über Ermächtigungen abgebildete, ambulante Versorgung der Klinik für Neurochirurgie dauerhaft sicherzustellen. Zum 01.04.2021 wurde ein hausärztlicher KV-Sitz am Standort Ludwigsburg übernommen. Ziel des Erwerbs bestand darin, dass dieser als Ergänzung der Zentralen Notaufnahme des Klinikums Ludwigsburg zur Patientensteuerung genutzt wird. Da für den hausärztlichen Sitz keine adäquaten Räumlichkeiten innerhalb der Stadt Ludwigsburg gefunden werden konnten und eine Verlagerung des hausärztlichen Angebotes in die Stadt Marbach u.a. von niedergelassenen Ärzten verhindert wurde, wurde der Sitz an die KV zurückgegeben. Zum 01.07.2021 konnte ein gynäkologischer KV-Sitz am Standort Vaihingen erworben werden. Der bis dato ansässige Praxisinhaber und dessen



Team wurde im Angestelltenverhältnis für die kommenden drei Jahre übernommen. Nachdem der gynäkologische Sitz zunächst in den bestehenden Räumlichkeiten in Vaihingen weiterbetrieben wurde, erfolgte am 01.10.2022 der Umzug in das Krankenhaus Vaihingen. Hiermit war die Reduktion der Mietkosten an Externe verbunden.

Das MVZ KLB zeigt sich auch im Jahr 2023 unternehmerisch erfolgreich.

Investitionsbereich

Investitionen werden auf Basis der Unternehmensplanung realisiert und mit Eigenmitteln finanziert. Die bauliche Infrastruktur und Praxisausstattung wird auch durch die Klinikstandorte zur Verfügung gestellt.

Jahresabschluss

Aufgrund der soliden Kapitalausstattung wurde die Geschäftsführung, als Vertreter der RKH Kliniken Ludwigsburg-Bietigheim gGmbH, durch den Aufsichtsrat am 23. November 2017 dazu ermächtigt, dass das MVZ KLB ab dem Geschäftsjahr 2016 Gewinnanteile an die KLB ausschüttet. Dies ist gemäß dem Gesellschaftervertrag der MVZ gGmbH nach § 4 Abs. 2 „Gemeinnützigkeit“ im Rahmen der Abgabenordnung möglich. Die Ausschüttung wird dabei so berechnet, dass bei MVZ KLB nach Ausschüttung eine Umsatzrendite in Höhe von mind. 2,0 % verbleibt und die Liquidität, unter Berücksichtigung der Forderungen und kurzfristigen Rückstellungen und Verbindlichkeiten, dafür ausreicht.

Die aus dem Geschäftsjahr 2023 resultierende Gewinnabführung wurde im Rahmen des Jahresabschlusses 2023 mit 222.000 € umgesetzt. Das Geschäftsjahr 2023 hat das MVZ KLB mit einem Jahresüberschuss von 380.801,39 € (Vj. 310.948,26 €) abgeschlossen. Die im Herbst 2022 erstellte Unternehmensplanung mit einem kalkulierten Jahresüberschuss in Höhe von rd. 322 T€ konnte leicht übertroffen werden.

Ertragslage

Die Umsätze aus dem Kernbereich sind aufgrund des Ausscheidens einer ärztlichen Vollkraft von 7.588 T€ auf 6.378 T€ gesunken. Dies entspricht einem Rückgang von 16 %.

Auch auf der Kostenseite zeigt sich eine entsprechende Anpassung. Die Erlösbeteiligung an das MVZ Klinikum Stuttgart hat sich durch die verminderten Umsätze reduziert.

Korrespondierend zum Erlösrückgang zeigt sich auch eine Verminderung der Personalkosten um 6 %. Durch die Erweiterung der Geschäftsinhalte steigt die Inanspruchnahme der zentralen Bereiche der Kliniken bzw. der RKH. Die Inanspruchnahme von baulicher und apparativer Infrastruktur wird zusätzlich in einem Kooperationsvertrag zwischen dem MVZ KLB und der Muttergesellschaft geregelt. Mit wachsender Geschäftstätigkeit steigt das Volumen dieser Nutzungen.

Die Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände bleiben planmäßig konstant. Innerhalb des MVZ KLB tragen die Deckungsbeiträge aus Pathologie und Labor die defizitären Leistungen z.B. aus der gynäkologischen und neurochirurgischen Versorgung. Insbesondere das Verhältnis aus Kosten und auf Grund fehlender Räumlichkeiten nicht zu erbringenden Leistungen im hausärztlichen Bereich beeinflusst das Jahresergebnis negativ.

Vermögens- und Finanzlage

Das Anlagevermögen stellt den Firmenwert zum 31.12.2023 dar. In den Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sind ausschließlich Forderungen aus Untersuchungsleistungen dargestellt.



Die Finanzlage ist solide und die flüssigen Mittel decken die Verbindlichkeiten als auch die Rückstellungen zu 150 % (Vj. 83 %) ab. Unter Berücksichtigung der Ausschüttung für das Geschäftsjahr 2023 von 222 T€ erhöht sich das Eigenkapital um den verbleibenden Bilanzgewinn von 1.203 T€ auf 1.362 T€.

Die Verbindlichkeiten und Abgrenzungen beinhalten in Höhe von 495 T€ (Vj. 739 T€) Verbindlichkeiten gegenüber der Gesellschafterin, welche unter anderem aus der Gewinnausschüttung in Höhe von 222 T€ (Vj. 150 T€) resultieren. Des Weiteren sind Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen in Höhe von 70 T€ (Vj. 33 T€) enthalten. Die Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistungen resultieren größtenteils aus der Entgeltabrechnung mit dem Klinikum Stuttgart in Höhe von 246 T€ (Vj. 521 T€). Durch die Beteiligungsverträge der angestellten Ärzte besteht zusätzlich eine Verbindlichkeit in Höhe von 41 T€ (Vj. 188 T€) zum Jahresende. Bei den Personalarückstellungen sind die Rückstellungen für Urlaub angestiegen, jedoch konnte die Rückstellung für Mehrarbeitsstunden leicht reduziert werden.

8.2.7 Kapitalzuführungen und -entnahmen

Im Geschäftsjahr 2023 gab es keine Kapitalzuführungen und -entnahmen durch den Landkreis Ludwigsburg.

8.2.8 Anzahl der Beschäftigten

Im Berichtsjahr betrug die durchschnittliche Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer:

	2023	2022
Beschäftigte	25	26
davon weiblich	14	16
davon männlich	11	10

8.2.9 Kennzahlen der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Die Vermögens- und Finanzlage ist aus der Bilanz zum 31.12.2023 und den Vorjahreswerten (Darstellung in 8.3.1) ersichtlich.

Die Ertragslage ist aus der Gewinn- und Verlustrechnung zum 31.12.2023 und den Vorjahreswerten (Darstellung in 8.3.2) ersichtlich.

Finanzkennzahlen	2023	2022	Veränderung
Eigenkapitalquote	51,3 %	32,4 %	+18,9 %
Anlagendeckung I	1.133,2 %	671,4 %	+461,8 %
Anlagendeckung II	1.133,2 %	671,4 %	+461,8 %
Liquiditätsgrad	196,2 %	140,7 %	+55,5 %



8.3 Jahresabschluss des Geschäftsjahres 2023

8.3.1 Bilanz zum 31.12.2023

	2023	2023	2022	2022
	€	€	€	€
Aktivseite				
A. Anlagevermögen				
I. Immaterielle Vermögensgegenstände und dafür geleistete Anzahlungen		120.166,76		179.166,74
II. Sachanlagen				
1. Einrichtungen und Ausstattungen	0,00		0,00	
2. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	<u>0,00</u>	0,00	<u>0,00</u>	0,00
B. Umlaufvermögen				
I. Vorräte				
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	0,00		0,00	
2. Unfertige Leistungen	<u>0,00</u>	0,00	<u>0,00</u>	0,00
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände				
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	373.030,27		695.097,71	
davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr	(0,00)		(0,00)	
2. Forderungen an Gesellschafter	65.722,92		667.717,42	
davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr	(0,00)		(0,00)	
3. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	20.079,33		74.590,19	
davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr	(0,00)		(0,00)	
4. Sonstige Vermögensgegenstände	<u>142.445,11</u>	601.277,63	<u>3.167,82</u>	1.440.573,14
davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr	(0,00)		(0,00)	
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten		1.930.397,08		2.095.598,93
C. Rechnungsabgrenzungsposten		<u>0,00</u>		<u>0,00</u>
		<u><u>2.651.841,47</u></u>		<u><u>3.715.338,81</u></u>
Passivseite				
A. Eigenkapital				
I. Gezeichnetes Kapital	25.000,00		25.000,00	
II. Kapitalrücklagen	0,00		0,00	
III. Gew innrücklagen (+) / Verlustvortrag (-)	1.177.883,75		1.016.935,49	
IV. Bilanzgew inn	<u>158.801,39</u>	1.361.685,14	<u>160.948,26</u>	1.202.883,75
B. Rückstellungen				
1. Steuerrückstellungen	0,00		0,00	
2. Sonstige Rückstellungen	<u>345.000,00</u>	345.000,00	<u>478.000,00</u>	478.000,00
C. Verbindlichkeiten				
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	246.096,09		1.017.728,49	
davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr	(246.096,09)		(1017.728,49)	
2. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	495.079,46		738.896,22	
davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr	(495.079,46)		(738.896,22)	
3. Verbindlichkeiten gegenüber verbundene Unternehmen	70.323,52		33.478,05	
davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr	(70.323,52)		(33.478,05)	
4. Sonstige Verbindlichkeiten	<u>133.657,26</u>	945.156,33	<u>244.352,30</u>	2.034.455,06
davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr	(133.657,26)		(244.352,30)	
D. Rechnungsabgrenzungsposten		<u>0,00</u>		<u>0,00</u>
		<u><u>2.651.841,47</u></u>		<u><u>3.715.338,81</u></u>

**8.3.2 Gewinn- und Verlustrechnung für den Zeitraum 01.01.2023 – 31.12.2023**

	2023 €	2023 €	2022 €	2022 €
1. Umsatzerlöse	6.551.698,65		7.928.916,95	
2. Sonstige betriebliche Erträge	<u>33.408,44</u>	6.585.107,09	<u>29.829,44</u>	7.958.746,39
3. Materialaufw and				
a) Aufw endungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	41.096,57		51.012,87	
b) Aufw endungen für bezogene Leistungen	<u>1.860.579,19</u>	1.901.675,76	<u>2.734.818,00</u>	2.785.830,87
4. Personalaufw and				
a) Löhne und Gehälter Hilfs- und Betriebsstoffe	1.950.936,15		2.103.191,80	
b) Aufw endungen für Altersversorgung und für Unterstützung davon für die Alters- versorgung	<u>202.589,43</u> (5.476,50)	2.153.525,58	<u>190.260,32</u> (0,00)	2.293.452,12
Zwischenergebnis		2.529.905,75		2.879.463,40
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögens- gegenstände des Anlagever- mögens und Sachanlagen	58.999,98		58.999,96	
6. Sonstige betriebliche Aufw endungen	<u>2.090.099,38</u>	2.149.099,36	<u>2.509.515,18</u>	2.568.515,14
Zwischenergebnis		380.806,39		310.948,26
7. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge davon Gesell- schafter	0,00 (0,00)		0,00 (0,00)	
8. Zinsen und ähnliche Aufw endungen davon für Betriebs- mittelkredite	<u>5,00</u> (0,00)	-5,00	<u>0,00</u> (0,00)	0,00
9. Steuern vom Einkommen und Ertrag		0,00		0,00
10. Ergebnis nach Steuern		380.801,39		310.948,26
11. sonstige Steuern		0,00		0,00
12. Jahresüberschuss (+)/ Jahresfehlbetrag (-)		380.801,39		310.948,26
13. Gew innausschüttung Gesellschafter		222.000,00		150.000,00
14. Bilanzgewinn		158.801,39		160.948,26

8. RKH MVZ Orthopädische Klinik Markgröningen gGmbH



9.1 Allgemeine Angaben

Anschrift	Kurt-Lindemann-Weg 10 71706 Markgröningen
Rechtsform	Gemeinnützige Gesellschaft mit beschränkter Haftung (gGmbH)
Gründungsdatum	13.05.2019

8.2 Rechtliche Verhältnisse

9.2.1 Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist die Förderung der medizinischen Versorgung im Landkreis Ludwigsburg. Die RKH MVZ Orthopädische Klinik Markgröningen gGmbH wird im Sinne des § 95 SGB V, insbesondere im Rahmen der vertragsärztlichen und privatärztlichen Versorgung sowie der sonstigen ärztlichen Tätigkeiten, betrieben. Mindestens zwei Drittel der Leistungen des MVZ werden gegenüber Kassenpatienten erbracht und kommen somit hilfsbedürftigen Personen im Sinne des § 53 der Abgabenordnung zugute.

9.2.2 Beteiligungsverhältnisse

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 25.000 €.

Gesellschafter	Anteil am Stammkapital	Anteil
RKH Orthopädische Klinik Markgröningen gGmbH	25.000 €	100 %

9.2.3 Beteiligungen des Unternehmens

Die RKH MVZ Orthopädische Klinik Markgröningen gGmbH ist an keinen Unternehmen beteiligt.



9.2.4 Besetzung der Organe, sowie Gesamtbezüge der Geschäftsführung und des Aufsichtsrats

Organ	Funktion	Name des Mitglieds
Gesellschafterversammlung	Für die RKH Orthopädische Klinik Markgröningen gGmbH	Prof. Dr. Jörg Martin
Geschäftsführung	Geschäftsführer	Prof. Dr. Jörg Martin
		Olaf Sporys
Aufsichtsrat	Die Gesellschaft hat keinen Aufsichtsrat.	

Gemäß § 9 Abs. 4 des Gesellschaftsvertrags RKH MVZ Orthopädische Klinik Markgröningen gGmbH bedarf der Gesellschafter RKH Orthopädische Klinik Markgröningen gGmbH für Beschlüsse nach § 9 Abs. 3 des Gesellschaftsvertrags der Zustimmung des Aufsichtsrats der RKH Orthopädische Klinik Markgröningen gGmbH.

Gesamtbezüge der Mitglieder der Geschäftsführung und des Aufsichtsrats:

Die Geschäftsführer erhalten von der Gesellschaft keine Bezüge.

9.2.5 Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks des Unternehmens

Die RKH MVZ Orthopädische Klinik Markgröningen gGmbH wurde im Mai 2019 gesellschaftsrechtlich gegründet, mit dem primären Ziel, den Geschäftsbetrieb in den Kernfachgebieten Orthopädie und Allgemeinmedizin aufzunehmen. Die Gründung des Medizinischen Versorgungszentrums (MVZ) dient dem unternehmerischen Bestreben, eine umfassende und qualitative hochwertige medizinische Versorgung zu gewährleisten. Insbesondere das Fachgebiet Orthopädie-Unfallchirurgie ist für die OKM von großer Bedeutung. Ein großes Risiko stellt die Befristung und – wie zuletzt im handchirurgischen Bereich erfolgt – Begrenzung von Ermächtigungen dar. Auch die zunehmende Ambulantisierung und die notwendige Überwindung von Sektorengrenzen ist eine Herausforderung für Krankenhäuser. Mit der Gründung und dem Betrieb des MVZ begegnet die OKM diesen Herausforderungen aktiv und sichert so die Fortführung und den Ausbau der medizinischen Versorgungsqualität im Landkreis.

Das RKH MVZ Orthopädische Klinik Markgröningen gGmbH ist am 01.04.2021 mit zwei orthopädischen Sitzen in Ludwigsburg in Betrieb gegangen.

9.2.6 Grundzüge des Geschäftsverlaufs und Lage des Unternehmens

Entwicklung des operativen Geschäfts

Grundvoraussetzung zum Erwerb der Praxissitze war der Zulassungsverzicht zweier Vertragsärzte, die jeweils über eine volle Kassenzulassung verfügten. Grundvoraussetzung für den Erhalt dieser Sitzanteile ist eine Weiterbeschäftigung der abgebenden Ärzte für mindestens 3 Jahre. Aus gesundheitlichen Gründen konnte diese Voraussetzung durch einen der beiden Ärzte nicht erfüllt werden und führte zum Ausscheiden zum 31.07.2023. Auf Grund der Kurzfristigkeit des Ausscheidens, konnte ein halber Sitz im Laufe des Jahres 2023 nicht nachbesetzt und folglich weniger Leistungen erbracht werden. Die Stelle der fehlenden Praxisleitung (Medizinische Fachangestellte) konnte zunächst erfolgreich nachbesetzt werden. Allerdings musste im weiteren Verlauf eine erneute Kündigung hingenommen werden.



Vor allem der Beginn des Jahres war geprägt von hohen Krankheitsausfällen und im letzten Teil des Jahres zusätzlich von einer erneuten Destabilisierung im organisatorischen Bereich. Die Schmerztherapie mittels Facetteninfiltrationen unter Bildwandlerkontrolle konnte als fester Leistungsinhalt implementiert werden. Zudem wurde ein Delegationskonzept unter Einsatz eines Physician Assistant erarbeitet. Einen besonderen Beitrag leistet das MVZ seit Herbst 2023 im Bereich der Versorgung von Menschen mit körperlichen und geistigen Behinderungen in einer Behinderteneinrichtung, für die sich nach Renteneintritt des bisherigen ärztlichen Betreuers, keine Nachfolge finden ließ.

Investitionsbereich

Im Jahr 2023 fielen keine Investitionen für das MVZ an. Investitionen werden auf Basis der Unternehmensplanung realisiert und mit Eigenmitteln finanziert.

Jahresabschluss

Die Gesellschafterversammlung vom 19.04.2023 hat Maßnahmen zur Sicherung der Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft ergriffen. Das entstandene Defizit in 2023 wurde analog dem Jahr 2022 durch den Gesellschafter ausgeglichen, sodass das laufende Jahr mit 0 € (Vj. 0 €) abschließt. Ursprünglich wurde ein Fehlbetrag in Höhe von -93.200 € angenommen. Außerdem hat die Muttergesellschaft zur Stabilisierung des Eigenkapitals eine weitere Zuführung in Höhe von 340.000 € zur Kapitalrücklage beschlossen, die zum Jahresende 615.000 € aufweist. Es ergibt sich ein Eigenkapital von 534.619 € (Vj. 194.619 €).

Ertragslage

Das Geschäftsjahr 2023 wurde erneut durch hohe krankheitsbedingte Ausfälle geprägt. Die Erlöse decken deshalb nicht die laufenden Kosten ab. Der entstandene Fehlbetrag wird durch den Gesellschafter ausgeglichen. Der zugehörige Betrag von 194.808 € (Vj. 207.765 €) wird in der Ertragslage im neutralen Ergebnis ausgewiesen.

Vermögens- und Finanzlage

Das Eigenkapital erhöht sich durch die Einzahlung von 340.000 € in die Kapitalrücklage durch die Muttergesellschaft auf 534.619 €. Der Anteil an den Arztsitzen spiegelt sich im immateriellen Vermögen wider. Die Forderungen gegenüber Gesellschafter resultieren aus dem Defizitausgleich durch den Gesellschafter. Zur Finanzierung hatte die Muttergesellschaft im Jahr 2021 zwei Gesellschafterdarlehen in Höhe von insgesamt 700 T€ zur Verfügung gestellt, welche unter den Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschafter passiviert sind. Im Jahr 2023 wurde ein weiteres Darlehen über 75 T€ gewährt. Die Gesellschafter haben am 19.04.2023 beschlossen die Rückzahlung der Gesellschafterdarlehen zunächst auszusetzen, so dass die Liquidität und Zahlungsfähigkeit gesichert ist. Die Restbuchwerte betragen per 31.12.2023 635 T€ (Vj. 560 T€).

Die Neubewertung des Geschäftsplanes zeigt, dass mittelfristig ausgeglichene Ergebnisse möglich sind. Bis dorthin sichert die Muttergesellschaft den Fortbestand der MVZ-Gesellschaft durch die beschriebenen Maßnahmen.

9.2.7 Kapitalzuführungen und -entnahmen

Im Geschäftsjahr 2023 gab es keine Kapitalzuführungen und -entnahmen durch den Landkreis Ludwigsburg.



9.2.8 Anzahl der Beschäftigten

Im Berichtsjahr betrug die durchschnittliche Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer:

	2023	2022
Beschäftigte	12	13
davon weiblich	9	9
davon männlich	3	4

9.2.9 Kennzahlen der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Die Vermögens- und Finanzlage ist aus der Bilanz zum 31.12.2023 und den Vorjahreswerten (Darstellung in 9.3.1) ersichtlich.

Die Ertragslage ist aus der Gewinn- und Verlustrechnung zum 31.12.2023 und den Vorjahreswerten (Darstellung in 9.3.2) ersichtlich.

Finanzkennzahlen	2023	2022	Veränderung
Eigenkapitalquote	43,5 %	20,3 %	+23,2 %
Anlagendeckung I	114,6 %	36,7 %	+77,9 %
Anlagendeckung II	114,6 %	36,7 %	+77,9 %
Liquiditätsgrad	1.291,0 %	124,7 %	+1.166,3 %



9.3 Jahresabschluss des Geschäftsjahres 2023

9.3.1 Bilanz zum 31.12.2023

	2023	2023	2022	2022
	€	€	€	€
Aktivseite				
A. Anlagevermögen				
I. Immaterielle Vermögensgegenstände und dafür geleistete Anzahlungen		442.500,00		501.500,00
II. Sachanlagen				
1. Einrichtungen und Ausstattungen	23.987,00		28.262,00	
2. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	<u>0,00</u>	23.987,00	<u>0,00</u>	28.262,00
B. Umlaufvermögen				
I. Vorräte				
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	0,00		0,00	
2. Unfertige Leistungen	<u>0,00</u>	0,00	<u>0,00</u>	0,00
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände				
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	56.038,74		29.710,68	
davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr	(0,00)		(0,00)	
2. Forderungen an Gesellschafter	194.807,97		207.764,79	
davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr	(0,00)		(0,00)	
3. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	512,00		3.481,51	
davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr	(0,00)		(0,00)	
4. Sonstige Vermögensgegenstände	<u>9.995,12</u>	261.353,83	<u>2.917,20</u>	243.874,18
davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr	(0,00)		(0,00)	
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten		500.814,37		184.114,69
		<u>1.228.655,20</u>		<u>957.750,87</u>
Passivseite				
A. Eigenkapital				
I. Gezeichnetes Kapital	25.000,00		25.000,00	
II. Kapitalrücklagen	615.000,00		275.000,00	
III. Gewinnrücklagen (+) / Verlustvortrag (-)	-105.381,50		-105.381,50	
IV. Jahresergebnis	0,00		0,00	
V. Umgliederung nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	<u>0,00</u>	534.618,50	<u>0,00</u>	194.618,50
B. Sonderposten aus Zuwendungen				
B. Rückstellungen				
1. Steuerrückstellungen	0,00		0,00	
2. Sonstige Rückstellungen	<u>43.000,00</u>	43.000,00	<u>34.000,00</u>	34.000,00
C. Verbindlichkeiten				
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	6.458,58		7.376,57	
davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr	(6.458,58)		(7.376,57)	
2. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	635.000,00		705.453,64	
davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr	(0,00)		(705.453,64)	
3. Verbindlichkeiten gegenüber verbundene Unternehmen	2.851,96		6.478,23	
davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr	(2.851,96)		(6.478,23)	
4. Sonstige Verbindlichkeiten	<u>6.726,16</u>	651.036,70	<u>9.823,93</u>	729.132,37
davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr	(6.726,16)		(9.823,93)	
		<u>1.228.655,20</u>		<u>957.750,87</u>

**9.3.2 Gewinn- und Verlustrechnung für den Zeitraum 01.01.2023 – 31.12.2023**

	2023 €	2023 €	2022 €	2022 €
1. Umsatzerlöse	574.712,14		553.745,64	
2. Sonstige betriebliche Erträge	<u>247.199,00</u>	821.911,14	<u>213.080,50</u>	766.826,14
3. Materialaufw and				
a) Aufw endungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	31.521,70		17.119,49	
b) Aufw endungen für bezogene Leistungen	<u>10.913,14</u>	42.434,84	<u>10.229,09</u>	27.348,58
4. Personalaufw and				
a) Löhne und Gehälter Hilfs- und Betriebsstoffe	507.536,11		488.264,00	
b) Aufw endungen für Altersversorgung und für Unterstützung davon für die Alters- versorgung	<u>92.894,44</u> (0,00)	600.430,55	<u>94.153,96</u> (0,00)	582.417,96
Zwischenergebnis		179.045,75		157.059,60
5. Abschreibungen auf imaterielle Vermögens- gegenstände des Anlagever- mögens und Sachanlagen	63.275,00		63.200,54	
6. Sonstige betriebliche Aufw endungen	<u>109.539,00</u>	172.814,00	<u>90.534,06</u>	153.734,60
Zwischenergebnis		6.231,75		3.325,00
7. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge davon Gesell- schafter	0,00 (0,00)		0,00 (0,00)	
8. Zinsen und ähnliche Aufw endungen davon für Betriebs- mittelkredite	<u>6.231,75</u> (0,00)	-6.231,75	<u>3.325,00</u> (0,00)	-3.325,00
9. Steuern vom Einkommen und Ertrag		0,00		0,00
10. Ergebnis nach Steuern		0,00		0,00
11. sonstige Steuern		0,00		0,00
12. Jahresüberschuss (+)/ Jahresfehlbetrag (-)		0,00		0,00

10. RKH Privatkliniken GmbH



10.1 Allgemeine Angaben

Anschrift	Kurt-Lindemann-Weg 10 71706 Markgröningen
Rechtsform	Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)
Gründungsdatum	13.05.2019

10.2 Rechtliche Verhältnisse

10.2.1 Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb von Privatkliniken nach § 30 der Gewerbeordnung an den Standorten der RKH Kliniken Ludwigsburg-Bietigheim gGmbH und der RKH Orthopädischen Klinik Markgröningen gGmbH. Der Betrieb der Krankenhäuser umfasst voll- und teilstationäre sowie vor- und nachstationäre Krankenhausleistungen und ambulante ärztliche, medizinisch-technische, pflegerische, physikalische, orthopädie-technische sowie sonstige für den Krankenhausbetrieb erforderliche Leistungen.

10.2.2 Beteiligungsverhältnisse

Das **Stammkapital** der Gesellschaft beträgt 25.000 €.

Gesellschafter	Anteil am Stammkapital	Anteil
RKH Orthopädische Klinik Markgröningen gGmbH	25.000 €	100 %

10.2.3 Beteiligungen des Unternehmens

Die RKH Privatkliniken GmbH ist an keinen Unternehmen beteiligt.



10.2.4 Besetzung der Organe, sowie Gesamtbezüge der Geschäftsführung und des Aufsichtsrats

Organ	Funktion	Name des Mitglieds
Gesellschafterversammlung	Für die RKH Orthopädische Klinik Markgröningen gGmbH	Prof. Dr. Jörg Martin
Geschäftsführung	Geschäftsführer	Prof. Dr. Jörg Martin
		Olaf Sporys
Aufsichtsrat	Die Gesellschaft hat keinen Aufsichtsrat.	

Gemäß § 12 Abs. 3 des Gesellschaftsvertrags RKH Privatkliniken GmbH bedarf der Gesellschafter RKH Orthopädische Klinik Markgröningen gGmbH für Beschlüsse nach § 9 Abs. 2 des Gesellschaftsvertrags der Zustimmung des Aufsichtsrats der RKH Orthopädische Klinik Markgröningen gGmbH.

Gesamtbezüge der Mitglieder der Geschäftsführung und des Aufsichtsrats:

Die Geschäftsführer erhalten von der Gesellschaft keine Bezüge.

10.2.5 Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks des Unternehmens

Zunächst war anvisiert, den Betrieb Ende 2019 zu starten. Doch aufgrund von Verzögerungen in den vorgelagerten Erweiterungs- und Umbauten im Zentral-OP sowie der schwierigen Personalsituation war dies damals noch nicht möglich. Der Start in das Jahr 2020 war bekanntermaßen im ersten Quartal vielversprechend. Doch die Corona-Krisensituation ab März / April 2020 und die zweite Welle haben die Inbetriebnahme in 2020 unmöglich gemacht. Für das dritte Quartal 2021 war auf Basis der hohen Nachfrage die Eröffnung geplant. Auch dieser Starttermin musste aufgrund noch fehlender EDV-technischer Umsetzung gestoppt werden. Dies hatte nur deshalb keine negativen finanziellen Folgen, da die Regelungen zum Budget-Erlösausgleich in den Jahren 2021 und 2022 keine Rückzahlung der Mehrerlöse vorgesehen hatten. Die Lösung der EDV-technischen Restriktionen sollte in 2023 erfolgen. Der im Oktober vorgenommene Testbetrieb ist jedoch gescheitert. Der Softwareanbieter muss hier dringend eine Lösung schaffen, da je nach Budgetvereinbarung die Betriebsaufnahme im Jahr 2024 zwingend geboten ist.

10.2.6 Grundzüge des Geschäftsverlaufs und Lage des Unternehmens

Entwicklung des operativen Geschäfts

Im Geschäftsjahr war die Gesellschaft nicht operativ tätig.

Investitionsbereich

Im Berichtsjahr wurden keine Investitionen getätigt.

Jahresabschluss

Das Geschäftsjahr 2023 schließt mit einem Jahresfehlbetrag in Höhe von -3.542,00 € (Vj. -4.353,90 €) ab.



Ertragslage

Der Jahresfehlbetrag entspricht im Wesentlichen der Bildung einer Rückstellung für Jahresabschlusskosten.

Vermögens- und Finanzlage

Der Fehlbetrag entsteht im Wesentlichen durch die Bildung einer Rückstellung für die Jahresabschlussprüfungskosten.

10.2.7 Kapitalzuführungen und -entnahmen

Im Geschäftsjahr 2023 gab es keine Kapitalzuführungen und -entnahmen durch den Landkreis Ludwigsburg.

10.2.8 Anzahl der Beschäftigten

In den Privatkliniken waren im Jahr 2023 noch keine Mitarbeiter beschäftigt.

10.2.9 Kennzahlen der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Die Vermögens- und Finanzlage ist aus der Bilanz zum 31.12.2023 und den Vorjahreswerten (Darstellung in 10.3.1) ersichtlich.

Die Ertragslage ist aus der Gewinn- und Verlustrechnung zum 31.12.2023 und den Vorjahreswerten (Darstellung in 10.3.2) ersichtlich.

Finanzkennzahlen	2023	2022	Veränderung
Eigenkapitalquote	91,0 %	30,8 %	+60,2 %
Liquiditätsgrad	1.110,2 %	144,4 %	+965,8 %



10.3 Jahresabschluss des Geschäftsjahres 2023

10.3.1 Bilanz zum 31.12.2023

	31.12.2023	31.12.2023	31.12.2022	31.12.2022
	€	€	€	€
Aktivseite				
A. Umlaufvermögen				
I. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	<u>55.507,58</u>	55.507,58	<u>13.168,58</u>	13.168,58
		<u>55.507,58</u>		<u>13.168,58</u>
Passivseite				
A. Eigenkapital				
I. Stammkapital	25.000,00		25.000,00	
II. Kapitalrücklage	50.000,00		0,00	
III. Verlustvortrag	-20.950,42		0,00	
IV. Jahresfehlbetrag	<u>-3.542,00</u>	50.507,58	<u>-20.950,42</u>	4.049,58
B. Rückstellungen				
Sonstige Rückstellungen	<u>5.000,00</u>	5.000,00	<u>9.000,00</u>	9.000,00
C. Verbindlichkeiten				
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	<u>0,00</u>	0,00	<u>119,00</u>	119,00
		<u>55.507,58</u>		<u>13.168,58</u>

10.3.2 Gewinn- und Verlustrechnung für den Zeitraum 01.01.2023 – 31.12.2023

	2023	2023	2022	2022
	€	€	€	€
1. Umsatzerlöse	3.570,00		0,00	
2. Sonstige betriebliche Erträge	1.860,00	5.430,00	0,00	0,00
3. Sonstige betriebliche Aufwendungen	8.972,00	8.972,00	4.353,90	4.353,90
4. Jahresfehlbetrag		3.542,00		4.353,90



11. ILS gGmbH (Integrierte Leitstelle Landkreis Ludwigsburg)



11.1 Allgemeine Angaben

Anschrift	Marienstr. 22 71634 Ludwigsburg
Rechtsform	Gemeinnützige Gesellschaft mit beschränkter Haftung (gGmbH)
Gründungsdatum	20.02.2014

11.2 Rechtliche Verhältnisse

11.2.1 Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb der Integrierten Leitstelle Ludwigsburg (ILS gGmbH) in den Räumlichkeiten der Hauptfeuerwache Ludwigsburg in der Marienstraße 22 in Ludwigsburg, auf der Basis der jeweils gültigen gesetzlichen Grundlagen. Wesentliche Aufgaben sind hierbei die Annahme und Abwicklung von eingehenden Notrufen der Bevölkerung im Bereich der Feuerwehr und des Rettungsdienstes (Notfallrettung und Krankentransport).

11.2.2 Beteiligungsverhältnisse

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 25.000 €.

Gesellschafter	Anteil am Stammkapital	Anteil
Landkreis Ludwigsburg	12.500 €	50 %
DRK Kreisverband Ludwigsburg e.V.	12.500 €	50 %

11.2.3 Beteiligungen des Unternehmens

Die ILS gGmbH ist an keinen Unternehmen beteiligt.



11.2.4 Besetzung der Organe, sowie Gesamtbezüge der Geschäftsführung und des Aufsichtsrats

Organ	Funktion	Name des Mitglieds
Gesellschafterversammlung	Landkreis Ludwigsburg	Landrat Dietmar Allgaier
	DRK Kreisverband Ludwigsburg e.V.	Walter Adler
Geschäftsführung	Geschäftsführerin	Ina Jansen
	Geschäftsführer	Wolfgang Breidbach
Aufsichtsrat	Die Gesellschaft hat keinen Aufsichtsrat.	

Gesamtbezüge der Mitglieder der Geschäftsführung:

Die Gesellschaft macht bezüglich der Bezüge der Geschäftsführung von den Befreiungsvorschriften nach § 286 Abs. 4 HGB Gebrauch.

11.2.5 Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks des Unternehmens

Der Landkreis Ludwigsburg ist gesetzlicher Aufgabenträger für die Einrichtung und den Betrieb der Feuerwehrleitstelle und die untere Katastrophenschutzbehörde für den Landkreis Ludwigsburg. Das Deutsche Rote Kreuz, Kreisverband Ludwigsburg e.V., ist gesetzlicher Aufgabenträger für die Einrichtung und den Betrieb der Rettungsleitstelle für Notfallrettung und Krankentransport im Landkreis Ludwigsburg. Durch den gemeinsamen Betrieb einer so genannten „integrierten Leitstelle (ILS gGmbH) beabsichtigen der Landkreis und das DRK die Erfüllung der ihnen obliegenden Aufgaben.

11.2.6 Grundzüge des Geschäftsverlaufs und Lage des Unternehmens

Entwicklung des operativen Geschäfts

Ein Wirtschaftsplan für 2023 wurde erstellt. Es wurde ein Zuschussbetrag i. H. v. netto 2.241.150 € durch den Landkreis veranschlagt. Der Zuschussbetrag 2022 lag bei netto 1.923.300 €.

Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Durch die Gesellschaftsstruktur der ILS gGmbH mit ihren beiden Trägern Landkreis Ludwigsburg und DRK Kreisverband Ludwigsburg e.V. ist das Risiko für Schäden des Vermögens und der Liquidität als sehr gering einzustufen.

Ein Risiko für die Ertragslage der Gesellschaft ergibt sich aus ihrer Finanzierungsstruktur. 50% der Erträge werden durch Vermittlungsentgelte erwirtschaftet. Die Kostendeckung dieser Vermittlungsentgelte ergibt sich im Rahmen der Verhandlungen mit den Kostenträgern. Werden bei diesen Verhandlungen Kosten der ILS gGmbH von den Kostenträgern nicht als Kosten des Rettungsdienstes anerkannt, werden die Aufwände dann auch nicht über die Vermittlungsentgelte refinanziert. Durch eine regelmäßige Überwachung der betriebswirtschaftlichen Entwicklung des Geschäftsjahres ist dieses Risiko frühzeitig erkennbar.



Investitionen

Im Berichtsjahr wurden Investitionen in Höhe von rd. 315.000 € für die Erneuerung der Leitstellentechnik getätigt. Der größte Teil der Aufwendungen wurden im Jahr der Inbetriebnahme 2022 getätigt. Die Erneuerung der Leitstellentechnik wurde 2023 abgeschlossen.

Liquidität

Die liquiden Mittel haben sich zum Stichtag um 102.609,48 € auf 1.941.130,04 € erhöht. Dies ergab sich aus den reduzierten Investitionen ins Anlagevermögen, die die ILS gGmbH ausschließlich aus eigenen Mitteln geleistet hat.

Der Jahresabschluss des Jahres 2023 weist einen Jahresüberschuss von 170.488,08 € (Vorjahr: 482.602,91 €) aus.

11.2.7 Kapitalzuführungen und -entnahmen

Im Geschäftsjahr 2023 gab es keine Kapitalzuführungen und -entnahmen durch den Landkreis Ludwigsburg.

11.2.8 Anzahl der Beschäftigten

Im Berichtsjahr betrug die durchschnittliche Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer gem. Stellenplan:

	2023	2022
Beschäftigte insgesamt (Angestellte und Arbeiter)	30	29



12. Kleeblatt Pflegeheime gGmbH



12.1 Allgemeine Angaben

Anschrift	Alt-Württemberg-Allee 4 71638 Ludwigsburg
Rechtsform	Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)
Gründungsdatum	30.05.1989

12.2 Rechtliche Verhältnisse

12.2.1 Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist der Bau und der Betrieb kleinerer örtlicher Einrichtungen der stationären bzw. teilstationären und ambulanten Alten- und Krankenpflege im Landkreis Ludwigsburg, zum Zwecke der Förderung des Wohlfahrtswesens.

Mit dem Gegenstand des Unternehmens wird ein öffentlicher Zweck im Sinne der Gemeindeordnung Baden-Württemberg erfüllt. Die Gesellschaft kann sich auch auf gemeinnützigen branchenverwandten Gebieten betätigen. Sie kann insbesondere auch Gesellschafterin, Beteiligte oder Mitglied bei gemeinnützigen Verbänden, Organisationen und Gesellschaften der Wohlfahrtspflege werden.

12.2.2 Beteiligungsverhältnisse

Das **Stammkapital** der Gesellschaft beträgt 736.000 €.

Gesellschafter	Anteil am Stammkapital	Anteil
Landkreis Ludwigsburg	64.000 €	8,7 %
Städte, Gemeinden im Landkreis Ludwigsburg, Zweckverband Pattonville/Sonnenberg	672.000 €	91,3 %

12.2.3 Beteiligungen des Unternehmens

Beteiligungen	Anteil am Stammkapital	Anteil
Kleeblatt Consult GmbH	25.564,59 €	100 %



12.2.4 Besetzung der Organe, sowie Gesamtbezüge der Geschäftsführung und des Aufsichtsrats

Organ	Funktion	Name des Mitglieds
Gesellschafterversammlung	Landkreis Ludwigsburg	Landrat Dietmar Allgaier
Geschäftsführung	Geschäftsführer	Stefan Ebert
Kuratorium	Vorsitz	Thomas Winterhalter
	Stv. Vorsitz	Christian Eiberger
	Landkreis Ludwigsburg	Landrat Dietmar Allgaier
	Mitglieder - CDU	Karl-Heinz Schlumberger
	Mitglieder - Freie Wähler	Horst Kirschner
		Rainer Gessler
	Mitglieder - SPD	Ramona Schröder
Mitglieder - Grüne	Rainer Breimeier	

Gesamtbezüge der Mitglieder der Geschäftsführung:

Die Gesellschaft macht bezüglich der Bezüge der Geschäftsführung von den Befreiungsvorschriften nach § 286 Abs. 4 HGB Gebrauch.

12.2.5 Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks des Unternehmens

Insgesamt gehören zur Kleeblatt Pflegeheime gGmbH folgende Einrichtungen:

- 26 Pflegeheime, darunter 1 Kompetenzzentrum für Menschen mit Demenz
- 4 Tagespflegeeinrichtungen
- 1 Ambulanter Dienst für die betreuten Wohnungen im Kleeblatt Wohnen

Dies entspricht:

- 759 Pflegeplätzen (Dauer- und Kurzzeitpflege)
- 63 eigenständigen Tagespflegeplätzen
- 690 Wohnungen mit Betreuungsangebot Kleeblatt Wohnen

12.2.6 Grundzüge des Geschäftsverlaufs und Lage des Unternehmens

Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Die demografische Entwicklung in Deutschland, gekennzeichnet durch eine alternde Bevölkerung, verstärkt die Nachfrage nach qualitativen Altenpflegediensten. Diese wachsende Nachfrage spiegelt sich in einem zunehmenden Bedarf an spezialisierten Pflegeeinrichtungen und ambulanten Diensten wider. Trotz der Expansion in diesen Sektoren bleibt der anhaltende Mangel an qualifizierten Pflegekräften eine der größten Herausforderungen. Infolge der Alterung der Gesellschaft werden in Deutschland bis zum Jahr 2049 voraussichtlich zwischen 280 000 und 690 000 Pflegekräfte fehlen. Dieser Mangel erschwert es den Einrichtungen, qualitativ hochwertige Pflege zu gewährleisten und den Betreuungsstandards gerecht zu werden. Insgesamt steht die Altenpflegebranche vor einer doppelten Herausforderung: Sie muss nicht nur die steigende Nachfrage bewältigen, sondern auch innovative Lösungen entwickeln, um den Fachkräftemangel zu überwinden und die Qualität der Pflege nachhaltig zu verbessern.



Geschäftsentwicklung für das Geschäftsjahr

Kleeblatt schloss das Geschäftsjahr mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 804 T€ ab.

Geschäftsverlauf unter Einbeziehung bedeutsamer finanzieller Indikatoren

Die Belegungsquote war im Berichtsjahr weiter geprägt von der Corona-Pandemie und lag bei 87,47 % (Vj. 89,58 %). Damit ist sie um weitere 2,11 %-Punkte gefallen und liegt, wie bereits im Vorjahr, unter dem für 2023 vorgegebenen Planwert von 91,00 %. Die Gesamtleistung konnte trotz des im Vergleich zum Vorjahr niedrigeren Ergebnisses um 1,31 % gesteigert werden. Im Berichtsjahr 2023 wurden für die stationäre Pflege und die Tagespflegen neue Pflegesätze verhandelt.

Besonderheiten im Hinblick auf die Beteiligung

Im Hinblick auf die Beteiligung des Landkreises Ludwigsburg ergaben sich für das Geschäftsjahr 2023 keine Änderungen / Neuerungen.

Informationen zur Ertragslage und Finanzlage

Die Gesamtleistung lag im Jahr 2023 bei 49.050 T€. Der Personalaufwand (unter wirtschaftlicher Betrachtungsweise inkl. Aufwand für Zeitarbeitskräfte und sämtlicher Personalnebenkosten) erhöhte sich um 3,32 % auf 32.390 T€ (Vj. 31.348 T€). Der Anstieg ist im Wesentlichen auf gestiegene Löhne und Gehälter sowie gestiegene Kosten für Zeitarbeitskräfte zurückzuführen. Auch bei den Lebensmitteln gab es einen erneuten Anstieg der Kosten von rund 87 T€ im Vergleich zum Vorjahr.

Die Finanzlage ist als gut geordnet zu beurteilen. Die Gesellschaft war und ist jederzeit in der Lage die finanziellen Verbindlichkeiten zu bedienen.

12.2.7 Kapitalzuführungen und -entnahmen

Im Geschäftsjahr 2023 gab es keine Kapitalzuführungen und -entnahmen durch den Landkreis Ludwigsburg.

12.2.8 Anzahl der Beschäftigten

Im Berichtsjahr betrug die durchschnittliche Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer:

	2023	2022
Mitarbeitende insgesamt (Konzern)	1.071	1.081
davon Auszubildende und Praktikanten	78	63



13. Verkehrs- und Tarifverbund Stuttgart GmbH



13.1 Allgemeine Angaben

Anschrift	Rotebühlstr. 121 70178 Stuttgart
Rechtsform	Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)
Gründungsdatum	22.12.1977

13.2 Rechtliche Verhältnisse

13.2.1 Gegenstand des Unternehmens

Die Gesellschaft erfüllt im Verbundgebiet Stuttgart Aufgaben im öffentlichen Personennahverkehr, insbesondere auf dem Gebiet der konzeptionellen Planung und der Koordination des betrieblichen Leistungsangebots, und stellt die tarifliche Integration dieses Verkehrs durch einen Gemeinschaftstarif sicher. Weiterhin erfasst und verteilt sie die im Rahmen des Verbundverkehrs von den Verbundunternehmen erzielten Einnahmen. Die Gesellschaft ist zudem für verbundübergreifende Werbung, Fahrgastinformation und Kundenberatung sowie die Erstellung von Nahverkehrsplänen zuständig.

13.2.2 Gesellschafter des Unternehmens/ Beteiligungsverhältnisse

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 248.000 €.

Gesellschafter	Anteil am Stammkapital	Anteil
SWEG Bahn Stuttgart GmbH	2.480 €	1,00 %
Go-Ahead Baden-Württemberg GmbH	3.720 €	1,50 %
Landkreis Ludwigsburg	8.432 €	3,40 %
Landkreis Böblingen	8.432 €	3,40 %
Landkreis Esslingen	8.432 €	3,40 %
Rems-Murr-Kreis	8.432 €	3,40 %
Landkreis Göppingen	8.432 €	3,40 %
GbR der Kooperationspartner des VVS	12.400 €	5,00 %
Landeshauptstadt Stuttgart	17.360 €	7,00 %
Land Baden-Württemberg	17.360 €	7,00 %
DB Regio	40.920 €	16,50 %
VRS	47.120 €	19,00 %
SSB	64.480 €	26,00 %



13.2.3 Beteiligungen des Unternehmens

Die Verkehrs- und Tarifverbund Stuttgart GmbH ist an keinen Unternehmen beteiligt.

13.2.4 Besetzung der Organe, sowie Gesamtbezüge der Geschäftsführung und des Aufsichtsrats

Organ	Funktion	Name des Mitglieds
Gesellschafterversammlung	Landkreis Ludwigsburg	Landrat Dietmar Allgaier
Geschäftsführung	Geschäftsführung	Thomas Hachenberger
		Horst Stammler (bis 31.08.2023)
		Cornelia Christian (ab 01.08.2023)
Aufsichtsrat	Vorsitz	OB Dr. Frank Nopper
	1. stv. Vorsitz	Dr. Dirk Rothenstein
	2. stv. Vorsitz	Rainer Ganske
	Landkreis Ludwigsburg	Landrat Dietmar Allgaier

Gesamtbezüge der Mitglieder der Geschäftsführung:

Die Gesellschaft macht bezüglich der Bezüge der Geschäftsführung von den Befreiungsvorschriften nach § 286 Abs. 4 HGB Gebrauch.

Der Aufsichtsrat erhielt für seine Tätigkeit eine Vergütung in Höhe von 39.800 €.

13.2.5 Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks des Unternehmens

Im Jahr 2023 verzeichnete der Verbund auf Basis der Verkaufsstatistik 333,8 Mio. zahlende Fahrgäste (ohne Schwerbehinderte). Insgesamt ist die Zahl der bezahlten Fahrten mit VVS-Ticket um 30,7 Mio. bzw. 10,1 % gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Die reinen Fahrgeldeinnahmen beliefen sich auf insgesamt 414,2 Mio. € (ohne Erstattung für die Schwerbehindertenfreifahrt, Ausgleichsleistungen für die Tarifzonenreform und das JugendTicketBW, Zahlungen aus dem Corona-Rettungsschirm für den ÖPNV, der im Jahr 2022 auch den Ausgleich für das 9-Euro-Ticket beinhaltet hat, und Ausgleichsleistungen für das Deutschland-Ticket ab Mai 2023). Dies entspricht einem Anstieg der Einnahmen um 41,9 Mio. € bzw. 11,2 % im Vergleich zum Vorjahr. Unter Berücksichtigung der Schwerbehindertenfreifahrten, der Ausgleichsleistungen für die Tarifzonenreform, des JugendTicketBW und der vorläufigen Erstattungssumme aus dem Rettungsschirm 2022 von Bund und Land und den Ausgleichsleistungen für das Deutschland-Ticket im Jahr 2023 lagen die Einnahmen 56,6 Mio. € bzw. 9,5 % höher als im Vorjahr.



13.2.6 Grundzüge des Geschäftsverlaufs und Lage des Unternehmens

Die Entwicklung der Rahmenbedingungen für den ÖPNV im Jahr 2023 bot sowohl Chancen als auch Herausforderungen. Die Bevölkerung im Verbundgebiet stieg weiterhin leicht an. Auch die auf einem hohen Niveau stagnierenden PKW-Kosten stärkten die Wettbewerbsposition des ÖPNV. Die abgeschwächte Konjunktur birgt dennoch Risiken, welche beispielsweise durch eine geringere Arbeitskräftenachfrage erkennbar sind. Die Inflationsrate sank zum Jahresende 2023 allmählich etwas ab, blieb im Jahresdurchschnitt aber noch immer auf einem hohen Niveau. Für Verkehrsunternehmen bleiben die Kostenbelastungen aufgrund der weiterhin überdurchschnittlich hohen Energiekosten bei Dieselmotoren weiterhin bestehen. Die Energiepreise für Bahnstrom und Diesel sind im Jahr 2023 weiter zurückgegangen. Beim Bahnstrom wurde das Niveau vor Beginn des Kriegs in der Ukraine wieder unterschritten. Beim Diesel näherten sich die Kosten zwischenzeitlich dem Vorkriegsniveau an, wobei es hier über die Sommermonate aufgrund des hohen Ölpreises wieder zu Steigerungen kam. Zum Jahresende stagnieren die Kosten für Diesel auf einem noch immer hohen Niveau.

Im Jahr 2023 verzeichnete der Verbund 333,8 Mio. zahlende Fahrgäste (ohne Schwerbehinderte). Insgesamt ist die Zahl der bezahlten Fahrten mit VVS-Ticket um 30,7 Mio. bzw. 10,1 % gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Die Steigerung gegenüber dem Vorjahr basiert u. a. auf der Einführung des Deutschland-Tickets zum 1. Mai 2023 sowie dem Wegfall der letzten Corona-Schutzmaßnahmen (Maskenpflicht) im Februar 2023. Die reinen Fahrgeldeinnahmen beliefen sich auf insgesamt 414,2 Mio. € (ohne Erstattung für die Schwerbehindertenfreifahrt, Ausgleichsleistungen für die Tarifzonenreform und das JugendTicketBW, Zahlungen aus dem Corona-Rettungsschirm für den ÖPNV, der im Jahr 2022 auch den Ausgleich für das 9-Euro-Ticket beinhaltet hat, und Ausgleichsleistungen für das Deutschland-Ticket ab Mai 2023). Dies entspricht einem Anstieg der Einnahmen um 41,9 Mio. € bzw. 11,2 % im Vergleich zum Vorjahr. Unter Berücksichtigung der Schwerbehindertenfreifahrten, der Ausgleichsleistungen für die Tarifzonenreform, des JugendTicketBW und der vorläufigen Erstattungssumme aus dem Rettungsschirm 2022 von Bund und Land und den Ausgleichsleistungen für das Deutschland-Ticket im Jahr 2023 lagen die Einnahmen 56,6 Mio. € bzw. 9,5 % höher als im Vorjahr.

Die betrieblichen Erträge der Gesellschaft beliefen sich auf insgesamt 16.581 T€, was einem Anstieg um 257 T€ bzw. 1,6 % entspricht. Die betrieblichen Erträge setzen sich aus Umsatzerlösen in Höhe von 10.140 T€, Zuschüssen in Höhe von 6.112 T€ und sonstigen betrieblichen Erträgen in Höhe von 329 T€ zusammen. Die Umsatzerlöse sind um 150 T€ bzw. 1,5 % auf 10.140 T€ angestiegen. Die wichtigste Umsatzposition stellt die Leistungsvergütung der Verkehrsunternehmen dar, die um 7,6 % auf 8.258 T€ angestiegen ist. Der betriebliche Gesamtaufwand (ohne Berücksichtigung von Finanzergebnis und steuerlicher Belastung) lag um 552 T€ bzw. 3,5 % höher als 2022 und belief sich im Geschäftsjahr 2023 auf 16.511 T€. Unter Berücksichtigung der Steuerlast erzielte die Gesellschaft einen Jahresüberschuss von rund 112 T€. Zum Stichtag 31. Dezember 2023 beschäftigte die Gesellschaft 85 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Das langfristig gebundene Vermögen der Gesellschaft zum 31.12.2023 betrug 2.481 T€. Die Erhöhung um 342 T€ im Vergleich zum Vorjahr ist überwiegend auf Anschaffungen im Softwarebereich zurückzuführen, während das Sachanlagevermögen leicht rückläufig war. Das kurzfristig gebundene Vermögen der Gesellschaft belief sich zum 31.12.2023 auf 5.182 T€. Der Kassenbestand war mit 2.595 T€ um 817 T€ höher als im Vorjahr. Nach dem 1. Liquiditätsgrad (97,4 %) können die kurzfristigen Verbindlichkeiten durch kurzfristig verfügbare Mittel gedeckt werden.



Unter Berücksichtigung der Steuerlast erzielte die Gesellschaft einen Jahresüberschuss von rund 112 T€. Zum Stichtag 31. Dezember 2023 beschäftigte die Gesellschaft 85 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

13.2.7 Kapitalzuführungen und -entnahmen

Im Rahmen der am 28. November 2012 geschlossenen Zuschussvereinbarung, die die Vereinbarung vom 1. Dezember 1995 ablöste und ab 2014 eine Dynamisierung der Zuschüsse beinhaltet, entfielen auf die Grundvertragspartner des VVS für 2023 folgende Zuschüsse:

	2023	2022
Aufwand VVS GmbH	317.644,00 €	312.027,88 €

13.2.8 Anzahl der Beschäftigten

Im Berichtsjahr betrug die durchschnittliche Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer:

	2023	2022
Angestellte	80	81
Beamte	1	3
Projektmitarbeitende	0	0
Gesamt	81	84

Bei der Ermittlung wurden die beschäftigten Arbeitnehmer/innen alle voll berücksichtigt (sog. Kopfzahl). So werden auch nur anteilig Beschäftigte (z.B. 50%-Stelle, geringfügig Beschäftigte oder Aushilfen) als „ganze“ Arbeitnehmer gerechnet.



14. Komm.ONE AöR / Zweckverband 4 IT



14.1 Allgemeine Angaben

Anschrift	Krailenshaldenstr. 44 70469 Stuttgart
Rechtsform	Anstalt des öffentlichen Rechts
Gründungsdatum	01.07.2018

14.2 Rechtliche Verhältnisse

Zum 01.07.2018 sind die Zweckverbände Zweckverband Kommunale Informationsverarbeitung Reutlingen-Ulm, Ulm (KIRU), Zweckverband Kommunale Datenverarbeitung Region Stuttgart, Stuttgart (KDRS) und Zweckverband Kommunale Informationsverarbeitung Baden-Franken (KIVBF), jeweils unter Einbringung ihres gesamten Vermögens im Wege der Gesamtrechtsnachfolge, der Datenzentrale Baden- Württemberg beigetreten. Gleichzeitig wurde die bisherige Datenzentrale Baden- Württemberg in Komm.ONE Anstalt des öffentlichen Rechts umfirmiert (Komm.ONE). Parallel zur Gründung von Komm.ONE haben sich die drei Zweckverbände KIRU, KDRS und KIVBF zum neuen Zweckverband 4IT zusammengeschlossen, welcher die 88 % Trägerschaft der Komm.ONE für die Kommunen neben der 12 % weiteren Trägerschaft der Komm.ONE durch das Land Baden-Württemberg, ausübt.

Die zugehörigen Betriebsgesellschaften (RZRS GmbH, IIRU GmbH und KRBF GmbH) der ehemaligen Zweckverbände, wurden im Dezember 2018 rückwirkend zum 1.7.2018 zur neuen civillent GmbH verschmolzen. Die übernommenen Geschäftsfelder und Betriebszwecke der verschmolzenen Firmen sind weitgehend deckungsgleich.

Der Zweckverband 4IT hat zum 01.07.2018 seine Geschäftstätigkeit aufgenommen. Er besteht in seiner Funktion als gemeinsamer Träger mit dem Land Baden-Württemberg an der Komm.ONE AöR (ehemals Datenzentrale Baden-Württemberg). Der Anteil von 88 % des Zweckverbandes am Stammkapital der Komm.ONE AöR von 10.000.000 € beträgt 8.800.000 €. Der restliche Anteil i. H. v. 12 % wird vom Land Baden-Württemberg getragen.

14.2.1 Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens Komm.ONE AöR

Das auf die Kommunen ausgerichtete Lösungs- und Serviceangebot der Zweckverbände ist im Zuge der Fusion in das Komm.ONE-Portfolio übergegangen. Die bisher den Mitgliedern durch die Zweckverbände zur Verfügung gestellten Lösungen werden nun durch die Komm.ONE bereitgestellt. Diese Lösungen unterstützten die Mitglieder bei der Erledigung ihrer vielfältigen



kommunalen Aufgaben. Dazu betreibt die Komm.ONE-Gruppe Leistungszentren und erbringt dort Dienstleistungen der automatisierten Datenverarbeitung in den Geschäftsfeldern Einrichtung, Wartung und Pflege von Anlagen und Programmen, den Betrieb von Rechnern sowie die organisatorische Beratung in datenverarbeitungstechnischen Bereichen und Schulungen. Daneben sind die Firmen der Komm.ONE-Gruppe in der Softwareentwicklung und –beratung für Unternehmen der öffentlichen Verwaltung tätig. Ein Schwerpunkt liegt dabei in der Entwicklung und dauerhaften Pflege von landeseinheitlichen Datenverarbeitungsverfahren für die baden-württembergischen Kommunen. Daneben erbringt die Komm.ONE-Gruppe eine Vielzahl von Dienstleistungen wie die Beratung des Landes, der kommunalen Landesverbände und anderer Stellen. Seit den 1990er- Jahren ist die Komm.ONE-Gruppe mit ihren Verfahren auch bundesweit und damit auch außerhalb von Baden-Württemberg tätig.

Die Komm.ONE-Gruppe hat rechtlich unselbstständige Betriebstätten in Ulm, Reutlingen, Karlsruhe, Heidelberg, Heilbronn, Freiburg und Stuttgart.

Gegenstand des Zweckverbands 4IT

Der Zweckverband 4IT hat die Trägerschaft an der Komm.ONE AöR im Interesse seiner Mitglieder auszuüben, insbesondere die Geschäftsführung des Vorstandes zu überwachen, über grundlegende Angelegenheiten der Komm.ONE AöR zu beschließen, deren Ausführung und Aufgabenerfüllung zu überwachen, die Verwendung des in der Komm.ONE AöR als Stammkapital eingebrachte Vermögen zu kontrollieren und die Vertreter des Zweckverbandes 4IT in den Verwaltungsrat der Komm.ONE AöR zu bestellen.

Der Zweckverband verfügt über kein Stammkapital. Der Finanzbedarf des Zweckverbands wird, soweit er nicht durch Beiträge Dritter, sonstige Erträge und Einzahlungen oder Darlehen gedeckt wird, durch Umlagen finanziert. Die Umlagen werden auf die Zweckverbandsmitglieder entsprechend ihrer durchschnittlichen Stimmzahl nach § 5 der Satzung des Zweckverbands 4 IT der letzten drei Jahre vor der Umlage umgelegt.

14.2.2 Beteiligungsverhältnisse

Mitglieder des Zweckverbandes:

Die 1138 Mitglieder des Zweckverbandes 4IT sind Städte, Gemeinden, Landkreise und weitere Körperschaften des öffentlichen Rechts und sonstige Mitglieder.

Die Mitglieder des Zweckverbandvorsitzes und des Verwaltungsrates des Zweckverbandes setzen sich im Einzelnen bis zum 31.12.2023 wie folgt zusammen:

Organ	Funktion	Name des Mitglieds
Vorsitzende des Zweckverbandes und des Verwaltungsrats	Verbandsvorsitz	Landrat Stefan Dallinger, Rhein-Neckar-Kreis
	1. Stellvertretung	Landrat Roland Bernhardt, Landkreis Böblingen
	2. Stellvertretung	BM Dr. Albert Käuflein, Stadt Karlsruhe
	3. Stellvertretung	Landrat Dr. Ulrich Fiedler, Landkreis Reutlingen



14.2.3 Beteiligungen des Unternehmens

Der Zweckverband 4 IT ist mit 88 % an der Komm.ONE AöR beteiligt. Diese Beteiligung wurde wie folgt von den vormaligen Zweckverbänden KDRS 22 %, KIRU 22 % und KIVBF 44 % eingebracht.

Die Komm.ONE ist an folgenden Unternehmen beteiligt:

Beteiligungen	Anteil am Stammkapital	Anteil
civillent GmbH (Sitz in Reutlingen)	1.000.000,00 €	100 %
DZ Datenzentrale Entwicklungs- und Vertriebsgesellschaft (EVG), Sitz in Stuttgart	460.162,69 €	100 %
endica GmbH, Sitz in Karlsruhe	430.000,00 €	86 %

VI. Mitgliedschaften in Zweckverbänden

1. Zweckverband Strohgäubahn



1.1 Allgemeine Angaben

Anschrift	Hindenburgstr. 40 71638 Ludwigsburg
Rechtsform	Zweckverband
Gründungsdatum	06.03.2010

1.2 Rechtliche Verhältnisse

1.2.1 Gegenstand des Unternehmens

Der Zweckverband nimmt folgende Aufgaben im Verkehrsraum der Strohgäubahn im öffentlichen Personennahverkehr wahr:

- a. Die Modernisierung der Schienenstrecke zwischen Korntal-Münchingen und Heimerdingen zum Zwecke der Erbringung von Beförderungsleistungen nach dem Landeseisenbahngesetz inklusive der Errichtung der sonstigen betriebsnotwendigen Anlagen.
- b. Die Bereitstellung der für die Durchführung des Betriebs erforderlichen Fahrzeuge.
- c. Die Unterhaltung der Schienenstrecke zwischen Korntal-Münchingen und Heimerdingen zum Zwecke der Erbringung von Beförderungsleistungen nach dem Landeseisenbahngesetz sowie die Unterhaltung der sonstigen betriebsnotwendigen Anlagen.
- d. Die Verpachtung und Vermietung der Schienenstrecke, der betriebsnotwendigen Anlagen und der Fahrzeuge an einen Infrastruktur- und Verkehrsunternehmer. Anstelle einer Verpachtung/Vermietung der Eisenbahninfrastruktur kann der Zweckverband auch als Eisenbahninfrastrukturunternehmen tätig werden.
- e. Die Festlegung des Bedienungs- und Qualitätsstandards der Schienenstrecke und die Erbringung der Verkehrsleistung der Strohgäubahn zwischen Korntal und Heimerdingen.



1.2.2 Verbandsmitglieder/ Beteiligungsverhältnisse

Mitglieder	Anteil
Landkreis Ludwigsburg	50,00 %
Große Kreisstadt Ditzingen	5,55 %
Stadt Korntal-Münchingen	16,80 %
Gemeinde Schwieberdingen	12,55 %
Gemeinde Hemmingen	15,10 %

1.2.3 Beteiligungen des Unternehmens

Der Zweckverband Strohgäubahn ist an keinen Unternehmen beteiligt.

1.2.4 Besetzung der Organe, sowie Gesamtbezüge der Geschäftsführung und des Aufsichtsrats

Organ	Funktion	Name des Mitglieds
Verbandsvorsitz	Vorsitz	Landrat Dietmar Allgaier
	Stellv. Vorsitz	BM Thomas Schäfer
Geschäftsführung	Geschäftsführer	Axel Meier
	Stellv. Geschäftsführer	Jürgen Vogt
Verbandsversammlung	Landkreis Ludwigsburg	Landrat Dietmar Allgaier
	Vertretung des Kreistags	
	Mitglieder - Freie Wähler	Eberhard Weigele
		Werner Nafz
		Klaus Warthon
	Mitglieder – CDU	Martin Hönes
		Dr. Klaus Müller
		Sven Waldenmaier
	Mitglieder – Grüne	Doris Renninger
		Fabian Obenland
Harald Wagner		
Mitglieder – SPD	Egon Beck	
	Erika Pudleiner	
Mitglieder - FDP	Dr. Horst Ludewig	
Verwaltungsrat	Landkreis Ludwigsburg	Landrat Dietmar Allgaier
	Große Kreisstadt Ditzingen	OB Michael Makurath
	Stadt Korntal-Münchingen	BM Dr. Joachim Wolf / Ab 07/2023: BM Alexander Noak
	Gemeinde Schwieberdingen	Bis 09/2023: BM Nico Lauxmann
	Gemeinde Hemmingen	BM Thomas Schäfer



Gesamtbezüge der Mitglieder der Geschäftsführung:

Die Gesellschaft macht bezüglich der Bezüge der Geschäftsführung von den Befreiungsvorschriften nach § 286 Abs. 4 HGB Gebrauch.

1.2.5 Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks des Unternehmens

Der Zweckverband hat im Jahr 2023 weitgehend die Aufgaben erfüllt. Die Anschaffung von neuen Triebwagen, der Neubau der Betriebswerkstatt in Korntal und die Modernisierung der Schienenstrecke zwischen Korntal und Hemmingen sind weitestgehend abgeschlossen. Die neue Leit- und Sicherungstechnik wurde in Betrieb genommen. Es fehlen noch die Modernisierung der Bahnhöfe Heimerdingen und Korntal. Seit dem 01.01.2020 nimmt der Zweckverband Strohgäubahn die Eigenschaft als Eisenbahninfrastrukturunternehmen (EIU) wahr.

1.2.6 Grundzüge des Geschäftsverlaufs und Lage des Unternehmens

Geschäftsentwicklung:

Nach Abschluss des Kaufvertrages der zwei RegioShuttles erfolgten im Jahr 2022 die Zahlungen an die Bodensee-Oberschwaben-Bahn. Die Fahrzeuge werden im Jahr 2023 umgerüstet und daher im Anlagevermögen als „Anlage im Bau“ geführt. Für das Gleis 7 im Bahnhof Korntal haben wir einen Kaufvertrag mit der Deutschen Bahn abgeschlossen.

Entlang der Strecke konnten an verschiedenen Stellen Modernisierungen an der Infrastruktur umgesetzt werden. Diese Maßnahmen unterstütze das Land mit Mitteln aus dem Landeseisenbahnfinanzierungsgesetz (LEFG).

Weiterhin sind für die Sanierung der Fassade der Werkstatt, Anzahlungen für das Fahrgastzählsystem, ein neues Gefahrsstoffregal und für weitere Maßnahmen Investitionszahlungen angefallen.

Vermögenslage:

Im Laufe des Jahres 2023 wurden folgende Investitionen getätigt:

Investitionen	Angaben
Anzahlungen auf technische Anlagen	711.880,50 €
Infrastruktur	175.705,00 €
Werkstatt	262.854,34 €
Sonstige Maschinen/ Maschinelle Anlagen	31.200,00 €
Grundstücke Grund und Boden	17.991,95 €
Gesamt	1.119.631,79 €

Die Werte des Anlagevermögens sind in der Bilanz und im Anlagespiegel enthalten.

Finanzlage:

Insgesamt wurden für die Ausgaben der Strohgäubahn langfristige Kredite in Höhe von 23,399 Mio. € aufgenommen. Die Kreditsumme bei der L-Bank BW beträgt 9,450 Mio. €, bei der KfW-Bank 8,949 Mio. € und bei der Commerzbank 5,0 Mio. €. Nach Abzug der in den Vorjahren gezahlten Tilgungen beträgt die Schuldenhöhe der langfristigen Kredite zum Jahresende 2022 15,993 Mio. €. Zu einem Kreditvertrag mit der KfW-Bank, der im Dezember 2023 unterzeichnet wurde, erfolgte die Auszahlung in Höhe von 1,8 Mio. € im Januar 2024.



Im Jahr 2023 wurden Tilgungen für Kredite in Höhe von 1.161.068,00 € gezahlt. Erstmals haben wir im Jahr 2016 bei der Kreissparkasse Ludwigsburg einen kurzfristiger Roll-Over-Kredit mit einer Laufzeit von 6 Monaten abgeschlossen. Dieser Kredit wird halbjährlich mit neuen Konditionen verlängert. Die Kredithöhe beträgt zum Jahresende 2023 2,0 Mio. € und der Zinssatz entspricht 4,125 %.

Ertragslage:

Gegenüber dem vorgesehenen Planansatz von 4.289.085,07 € ist eine höhere Höhe der Verbandsumlage in Höhe von 4.642.958,69 € erforderlich. Die Differenz von 353.873,62 € wird den Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern verrechnet.

Umsätze:

Die Umsätze in Höhe von 2.732.087,80 € bestehen aus der Vermietung unserer Anlagen (1.214.410,80 €) und für die Benutzung unserer Trassen (1.517.512,00 €). Diese Umsätze werden in der Position „Leistungsvergütung Verkehrsvertrag“ gegengerechnet.

Erträge:

Die Erträge bestehen aus der Verbandsumlage (4.642.958,69 €) und den „sonstigen Erträgen“. Die „sonstigen Erträge“ sind die Zuschüsse vom Land für LEFG-Maßnahmen (810.618,00 €), die Zuschüsse für das Deutschlandticket (254.889,02 €), die periodenfremden Erträge (112.143,89 €), Auflösung von Rückstellungen (160 €) und betriebliche Erträge (4.578,68 €).

Aufwendungen:

Gegenüber dem vorgesehenen Planansatz werden zum Jahresabschluss 2023 folgende Abweichungen festgestellt. Aufgeführt sind alle Positionen, bei denen der Feststellungswert gegenüber dem Planansatzwert um mehr als 1.000 € abweicht.

Höhere Aufwendungen sind bei folgenden Positionen entstanden:

- Instandhaltung Infrastruktur	+ 1.118.071,63 €
- Instandhaltung Fahrzeuge	+ 546.668,50 €
- Zinsaufwendungen,	+ 187.684,00 €
- Periodenfremde Aufwendungen	+ 43.021,21 €
- Verwaltungs- und Sachkostenerstattung	+ 35.440,09 €
- Instandhaltung Betriebsanlagen	+ 28.659,11 €
- Instandhaltung Infrastruktur	+ 8.890,10 €
- Aufwandsentschädigungen VV / VR	+ 4.240,00 €
- Sonstige betriebliche Aufwendungen	+ 3.958,63 €
- Sonstige Steuern	+ 3.958,05 €
- Reparatur von Bauten	+ 3.817,58 €
- Wartungskosten für Hard- und Software	+ 3.357,20 €
- Miete, unbeweglich	+ 3.233,10 €
- Abschluss- und Prüfungskosten	+ 2.280,50 €
- Werbekosten und Öffentlichkeitsarbeit	+ 1.900,45 €
- Gas, Wasser, Strom	+ 1.870,36 €
- Versicherungen	+ 1.636,47 €

Geringere Aufwendungen sind bei folgenden Positionen entstanden:

- Abschreibungen, gesamt	- 278.430,01 €
- Leistungsvergütungen mit der WEG, gesamt	- 58.170,18 €
- Rechtsanwalt- und Beratungskosten	- 25.371,80 €
- Buchführungskosten	- 6.115,00 €



1.2.7 Kapitalzuführungen und -entnahmen

Im Geschäftsjahr 2023 gab es keine Kapitalzuführungen und -entnahmen durch den Landkreis Ludwigsburg.

Die Betriebskostenumlage des Landkreises Ludwigsburg an den Zweckverband Strohgäubahn betrug im Geschäftsjahr 2023 2.321.479,35 € (Vorjahr: 1.889.942,52 €).

1.2.8 Anzahl der Beschäftigten

Zum Stichtag 31.12.2023 hatte der Zweckverband Strohgäubahn keine eigenen Mitarbeiter. Das eingesetzte Personal besteht aus Ehrenbeamten und zwei vom Landkreis Ludwigsburg abgeordneten Mitarbeitern.



2. Zweckverband Kreisbreitband Ludwigsburg



2.1 Allgemeine Angaben

Anschrift	Hindenburgstr. 30/1 71638 Ludwigsburg
Rechtsform	Zweckverband
Gründungsdatum	09.02.2019

2.2 Rechtliche Verhältnisse

2.2.1 Gegenstand des Unternehmens

Der Zweckverband nimmt folgende Aufgaben für die Mitgliedskommunen im Bereich des Breitbandausbaus wahr:

- a. Übergeordnete Koordination, Planung, Beratung und Begleitung der Verbandsmitglieder bei der Umsetzung von Maßnahmen zur Verbesserung der Breitbandversorgung, insbesondere im Zusammenhang mit der Errichtung von Telekommunikations-Infrastrukturen durch die Verbandsmitglieder nebst dazugehörigen Anlagen sowie bei beabsichtigter Zusammenarbeit oder Kooperation der Verbandsmitglieder mit Unternehmen der Privatwirtschaft mit (Wirtschaftlichkeitslückenförderung) oder ohne Gewährung von Zuwendungen.
- b. Bedarfsgerechte Errichtung und Bau bzw. Erwerb oder Veräußerung von Backbone-Trassen zur Errichtung eines Backbone-Netztes nebst Zuführungstrassen im Eigentum des Zweckverbandes einschließlich dazugehöriger Bauleitung, Bauüberwachung und Durchführung hierzu erforderlicher Ausschreibungen und sonstiger Maßnahmen. Bedarfsgerecht in diesem Sinne ist die Errichtung insbesondere dann, wenn keine parallelen Infrastrukturen Dritter zur Nutzung als Backbone-Trasse oder Backbone-Netz vorhanden sind oder die Nutzung paralleler Infrastrukturen Dritter unter Berücksichtigung wirtschaftlicher Aspekte oder aus sonstigen Gründen nicht sinnvoll oder möglich ist. Dies schließt aber nicht aus, dass der Zweckverband in begründeten Einzelfällen zur Erfüllung seiner Aufgaben in Infrastrukturwettbewerb tritt.
- c. Netzbetreibersuche und Einräumung des Nutzungsrechtes an Unternehmen für das Backbone-Netz und innerörtliche Telekommunikations-Infrastrukturen
- d. Ausschreibung zur Gewährung von Zuwendungen an Netzbetreiber zur Sicherstellung der Versorgung mit den geforderten Telekommunikations- bzw. Breitbanddiensten unter Beachtung etwaiger förderrechtlicher Vorgaben wahlweise im eigenen Namen oder im Auftrag der betreffenden Verbandsmitglieder, auf deren Gemarkung die Versorgung mit Telekommunikations- bzw. Breitbanddiensten entsprechend verbessert werden soll.
- e. Verwaltung der Telekommunikations-Infrastrukturen im Eigentum des Zweckverbandes (Backbone-Netz) bzw. für die dem Zweckverband das Nutzungsrecht durch die Verbandsmitglieder oder durch Dritte eingeräumt wurde (z.B. Zuweisung von Pachteinnahmen, Abschluss von (An-)Pachtverträgen, Herausgabe von Dokumentationen etc.).



2.2.2 Beteiligungsverhältnisse

Bis auf die große Kreisstadt Bietigheim-Bissingen sind alle Städte und Gemeinden des Landkreises Ludwigsburg Mitglieder des Zweckverbands Kreisbreitband Ludwigsburg (KBL).

2.2.3 Beteiligungen des Unternehmens

Beteiligungen	Anteil am Stammkapital	Anteil
Gigabit Region Stuttgart GmbH (GRS GmbH)	7.143 €	14,3 %

Vertreter des Zweckverbandes in den Gremien der GRS GmbH sind:

Organ	Funktion	Name des Mitglieds
Aufsichtsrat	Mitglieder des Aufsichtsrats	OB Michael Makurath
		BM Thomas Schäfer
Gesellschafter-versammlung	ZV-Vorsitz	Landrat Dietmar Allgaier

2.2.4 Besetzung der Organe, sowie Gesamtbezüge der Geschäftsführung und des Aufsichtsrats

Organ	Funktion	Name des Mitglieds
Verbandsvorsitz	Vorsitz	Landrat Dietmar Allgaier
	Stellv. Vorsitz	OB Michael Makurath
Geschäftsführung	Geschäftsführer	Viktor Kostic
Verwaltungsrat	Mitglieder des Verwaltungsrats	Landrat Dietmar Allgaier
		OB Michael Makurath
		OB Dr. Matthias Knecht
		BM Thomas Schäfer
		BM Torsten Bartzsch
		BM Alexander Fleig
		BM Ralf Zimmermann

2.2.5 Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks des Unternehmens

Die Verbandsmitglieder des Zweckverbandes haben sich zusammengeschlossen, um eine bestmöglich abgestimmte, gemeinsame Planung und Errichtung einer zusammenhängenden Telekommunikationsinfrastruktur im Landkreis Ludwigsburg, wahlweise durch den Zweckverband (Backbone) bzw. die Verbandsmitglieder selbst (innerörtliche Netze) oder durch in Frage kommende Unternehmen der Privatwirtschaft, koordiniert umzusetzen und zu realisieren.

Bis 2025 sollen alle Industrie-, Dienstleistungsunternehmen und Gewerbe in der Region Zugang zu einem glasfaserbasierten Gigabitfähigen Internetzugang haben.

Bis 2025 sollen 50% und bis 2030 90% der Haushalte in der Region Zugang zu einem glasfaserbasierten gigabitfähigen Internetzugang haben.



2.2.6 Grundzüge des Geschäftsverlaufs und Lage des Unternehmens

Geschäftsentwicklung

Der Zweckverband hat Fördergelder für die Mitgliedskommunen aus dem „weiße Flecken“ Programm (Anschlüsse mit Bandbreite unter 30 Mbit/s) in der Höhe eines mittleren zweistelligen Millionenbetrags eingesammelt. Eine ebenso große Summe wurde für die Mitgliedskommunen aus dem „graue Flecken“ Programm (Anschlüsse mit Bandbreite unter 100 Mbit/s) bewilligt.

Die geförderten Ausschreibungen („weiße Flecken“) wurden in zwei Staffeln aufgeteilt.

Staffel I mit 9 Kommunen in 3 Clustern

- Cluster 1 (Gemrigheim, Walheim)
- Cluster 2 (Hemmingen, Möglingen, Murr, Schwieberdingen, Steinheim)
- Cluster 3 (Sachsenheim in insgesamt 4 Losen)

Staffel II mit 24 Kommunen

- Mit Staffel II sind alle Kommunen im Landkreis, mit „weißen Flecken“ in Förderprozess

23 Kommunen in 4 Cluster

- Cluster 1 (Löchgau, Erligheim, Bönningheim, Kirchheim a.N.)
- Cluster 2 (Besigheim, Hessigheim, Mundelsheim, Großbottwar Oberstenfeld)
- Cluster 3 (Marbach, Erdmannhausen, Affalterbach)
- Cluster 4 (Pleidelsheim, Ingersheim, Freiberg a.N., Tamm, Markgröningen, Oberriexingen, Sersheim, Vaihingen a.d. Enz, Eberdingen, Ditzingen, Korntal-Münchingen)

Der Kooperationspartner Telekom hat im Jahr 2023 eigenwirtschaftliche Ausbauarbeiten vorgenommen in den Kommunen Möglingen, Kirchheim am Neckar, Eberdingen, Marbach, Tamm, Freiberg am Neckar, Schwieberdingen.

Der prozentuale Anteil der versorgten Haushalte im Landkreis beträgt Stand November 2023 über 39,7%. Kein Landkreis in der Region Stuttgart hat zum aktuellen Zeitpunkt mehr Glasfaseranschlüsse gebaut. Das 50% Ziel wird nach aktuellem Stand erreicht werden.

Die Mobilfunkversorgung mit dem neuesten Standard 5G ist im Landkreis Ludwigsburg auf einem Spitzenwert von 95%.

Im Landkreis Ludwigsburg sind zwei weitere Telekommunikationsanbieter ins Partnerprogramm aufgenommen worden. Das ist die Deutsche Glasfaser und die GVG Glasfaser.

Die Deutsche Glasfaser möchte die Kommunen Hessigheim, Mundelsheim und Pleidelsheim nahezu komplett ausbauen. Der Baustart für Mundelsheim soll Anfang 2025 erfolgen, unmittelbar danach Hessigheim und dann Pleidelsheim.

Die GVG Glasfaser konnte die Ausbauszusagen aufgrund von Schwierigkeiten mit dem ausbauenden Unternehmen Deutsche Giga Access, nicht beginnen. Inzwischen gibt es einen alternativen Baupartner, die UGG. Die Gemeinden Erdmannhausen, Löchgau, Freudental und Marbach-Rielingshausen sollen Anfang 2025 ausgebaut werden.

Vermögenslage

Die Bilanzsumme beträgt 471.796 €.

Das Vermögen des Zweckverbands besteht im Wesentlichen aus der Beteiligung an der GRS GmbH in Höhe von 7.143 €, Sachanlagevermögen in Höhe von 47.909 € sowie aus Guthaben bei Kreditinstituten in Höhe von 416.673 €.



Das Gesamtkapital besteht im Wesentlichen aus Eigenmitteln. Die Eigenkapitalquote, das heißt der Anteil des Eigenkapitals in Höhe von 452.001 € am Gesamtkapital auf der Passivseite der Bilanz in Höhe von 471.796 €, beträgt 85,9 %. Die Fremdmittel setzen sich aus kurzfristigen Rückstellungen, insbesondere für ausstehende Rechnungen und Jahresabschlusserstellung, sowie aus Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen, zusammen.

Es wurden weder Kredite für Investitionen noch Kassenkredite aufgenommen.

Ertragslage

Die jährlich angeforderten Mittel, die am Ende des Wirtschaftsjahres nicht verbraucht wurden, sind in Abstimmung mit den Verbandsmitgliedern wahlweise an den Landkreis Ludwigsburg zurückzuerstatten oder für die Deckung künftiger Kosten zu verwenden.

Nach Verrechnung mit dem Bilanzverlust des Vorjahres wurden die nicht verbrauchten Mittel in Höhe von 144.577,50 € auf das Wirtschaftsjahr 2023 vorgetragen, um diese Mittel zur Deckung für vorgesehene Projekte zu verwenden.

Die im Wirtschaftsplan angesetzten Umlagen für laufende Aufwendungen sowie Zuwendungen für die GRS GmbH wurden von dem Landkreis Ludwigsburg in voller Höhe angefordert.

Im Wirtschaftsjahr 2023 wurden Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen erzielt. Es handelt sich um im Wirtschaftsjahr 2022 gebildete Rückstellungen für Steuerberatungskosten, welche nicht in voller Höhe in Anspruch genommen wurden.

Personalaufwand

Das Personal wird vom Landkreis Ludwigsburg unentgeltlich zur Verfügung gestellt. Weiteres Personal wurde im Jahr 2023 nicht benötigt. Deshalb sind, entgegen dem Planansatz, keine Personalkosten entstanden.

Sonstige betriebliche Aufwendungen

Die Umlage an die Gigabit Region Stuttgart GmbH (GRS), Stuttgart, wurde im Wirtschaftsplan ungekürzt auf Basis von 12 Monaten angesetzt und angefordert.

Die Aufwendungen für Sachverständige und Beratungskosten wurden in geringerer Höhe als veranschlagt benötigt. Das ist hauptsächlich darauf zurückzuführen, dass die Mittel für Rechts- und Beratungskosten für Ausschreibungsverfahren erst im Jahr 2023 zu erwarten sind. Die angefallenen Mittel bestehen hauptsächlich aus Rechts- und Fördermittelberatung umfassen Markterkundungsverfahren des Beratungsbüros GeoData GmbH und die Rechtsberatung durch die Kanzlei Muth&Partner. Hinzu kommen die steuerliche Beratung sowie Kosten für die laufenden Buchhaltung und die Erstellung des Jahresabschlusses durch die KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft.

Die weiteren angefallenen Kosten beziehen sich im Wesentlichen auf diverse Bürokosten.

2.2.7 Anzahl der Beschäftigten

Zum Stichtag 31.12.2023 hatte der Zweckverband Kreisbreitband keine eigenen Mitarbeiter. Drei Mitarbeiter des Landkreises sind zum Zweckverband abgeordnet.



3. Zweckverband Stadtbahn im Landkreis Ludwigsburg



3.1 Allgemeine Angaben

Anschrift	Hoferstr. 9A 71636 Ludwigsburg
Rechtsform	Zweckverband
Gründungsdatum	16.01.2021

3.2 Rechtliche Verhältnisse

3.2.1 Gegenstand des Unternehmens

Der Zweckverband nimmt folgende Aufgaben im Verkehrsraum des künftigen Stadtbahnsystems im öffentlichen Personenverkehr wahr:

Der Zweckverband hat die Aufgabe, die Stadtbahn im Landkreis Ludwigsburg zu planen, zu bauen und zu betreiben. Der Zweckverband ist in diesem Umfang Aufgabenträger gemäß §§ 5 und 6 ÖPNVG BW. Ferner hat der Zweckverband die Aufgabe, Fördermittel vorrangig des Bundes und des Landes Baden-Württemberg, insbesondere solche nach den Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzen und dem Gesetz über Planung, Organisation und Gestaltung des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNVG BW) in den jeweils geltenden Fassungen zu beantragen und zu vereinnahmen.

Der Zweckverband kann sich bei der Erfüllung seiner Aufgaben Dritter bedienen und schließt im Rahmen seiner Aufgaben die entsprechenden Verträge. Er kann alle Maßnahmen ergreifen, die zur Durchführung seiner Aufgaben notwendig sind, sie fördern oder ergänzen.

3.2.2 Verbandsmitglieder/ Beteiligungsverhältnisse

Mitglieder	Anteil
Landkreis Ludwigsburg	50,000 %
Stadt Ludwigsburg	25,711 %
Markgröningen	8,931 %
Möglingen	4,537 %
Remseck a. N.	4,623 %
ZV Pattonville	2,979 %
Gemeinde Schwieberdingen	3,219 %



3.2.3 Beteiligungen des Unternehmens

Der Zweckverband Stadtbahn im Landkreis Ludwigsburg ist an keinem Unternehmen beteiligt.

3.2.4 Besetzung der Organe, sowie Gesamtbezüge der Geschäftsführung und des Aufsichtsrats

Organ	Funktion	Name des Mitglieds
Verbandsvorsitz	Vorsitz	Landrat Dietmar Allgaier
	1. Stellvertretung	BM Rebecca Schwaderer
	2. Stellvertretung	OB Dr. Matthias Knecht
Geschäftsführung	Geschäftsführer	Frank von Meißner
Verbandsversammlung	Landkreis Ludwigsburg	Landrat Dietmar Allgaier
		Michael Ilk
		Klaus Warthon
		Karl-Heinz-Balzer
		Konrad Epple
		Robert Feil
		Jürgen Walter
		Brigitte Muras
		Ingrid Farian
		Ender Engin
	Stadt Ludwigsburg	OB Dr. Matthias Knecht
		Dr. Christine Knoß
		Klaus Hermann
		Jochen Zeltwanger
		Margit Liepins
		Jochen Eisele
	Stadt Markgröningen	BM Jens Hübner
	Stadt Remseck a. N.	OB Dirk Schönberger
	Möglingen	BM Rebecca Schwaderer
	Schwieberdingen	BM Stefan Benker
	ZV Pattonville	OB Nico Lauxmann
	Verwaltungsrat	Vorsitz
Mitglieder		OB Dr. Matthias Knecht
		BM Jens Hübner
		BM Rebecca Schwaderer
		OB Dirk Schönberger
		BM Stefan Benker
		OB Nico Lauxmann



3.2.5 Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks des Unternehmens

LUCIE ist das neue Stadtbahnsystem, das im Landkreis Ludwigsburg fahren wird. Die Vorplanung für die Stadtbahnstrecken hat begonnen, die ersten Bahnen sollen ab 2029 fahren. Der Zweckverband Stadtbahn ist verantwortlich für die Planung, den Bau und später den Betrieb dieses großen Schieneninfrastrukturprojekts.

3.2.6 Grundzüge des Geschäftsverlaufs und Lage des Unternehmens

Geschäftsentwicklung

Die Bürgerbeteiligung für das Stadtbahnprojekt nimmt Fahrt auf. Es wurden 2023 erstmals sieben Vor-Ort-Termine in der Ludwigsburger Weststadt, Oststadt, Oßweil, Markgröningen, Möglingen, Schwieberdingen und Pattonville mit mehreren Hundert Teilnehmenden durchgeführt, um Anregungen der Bürgerinnen und Bürger aufzunehmen und sie in allen Zweckverbandskommunen über das Projekt zu informieren.

Außerdem hat die Vorplanung für das Stadtbahnprojekt Anfang des Jahres begonnen. Die Ingenieur-Bietergemeinschaft arbeitet an der technischen Umsetzung des Projekts, wobei auch Erkenntnisse aus den Bürgerbeteiligungen in die Planung einfließen. Für Vermessungsarbeiten, welche die Grundlage für die weiteren Ingenieurplanungen sind, wurde die Markgröninger Bahn freigeschnitten.

Parallel dazu wurde eine Projektwebseite unter www.lucie-stadtbahn.de eingerichtet, die als umfassende, interaktive Informations- und Werbeplattform für das Stadtbahnprojekt dient. Zusätzlich wurden entsprechende LUCIE-Kanäle auf Sozialen Medien wie Facebook und Instagram geschaffen. Über diese Kanäle können sich Bürgerinnen und Bürger über den aktuellen Stand des Projekts informieren und sich einbringen.

Vermögenslage

Im Laufe des Jahres 2023 wurden Investitionen in Planungs- und Gutachterleistungen getätigt. Die für das Geschäftsjahr gezahlte Eigenvermögensumlage in Höhe von 1.625.000,00 € wurde allerdings nicht vollständig benötigt. Der nicht benötigte Anteil von 985.938,08 € wird den Mitgliedern im Verhältnis ihrer Anteile zurückerstattet.

Finanzlage

Es wurden im Jahr 2023 keine Darlehen aufgenommen.

Die liquiden Mittel betragen zum Bilanzstichtag 2.497.255,66 €. Aufgrund der Finanzierung der Investitionen, Verbindlichkeiten und der Rückstellungen mit den Umlagen der Mitglieder beträgt der Liquiditätsgrad 100 %. Das bedeutet, dass die Investitionen, Verbindlichkeiten und Rückstellungen im Geschäftsjahr über die Betriebskostenumlage, die Eigenvermögensumlage und den Bankbestand des Zweckverbands finanziert und gedeckt waren.

Ertragslage

Zur Finanzierung der laufenden Betriebs- und Planungskosten wurden im Wirtschaftsjahr 2023 996.393,69 € benötigt.

Im Jahr 2023 wurden von den Verbandsmitgliedern 1.720.100,00 € an Vorauszahlungen auf die Umlagen gezahlt.

Der verbleibende Restbetrag i. H. v. 877.267,90 € wird nach Feststellung des Jahresabschlusses an die Mitglieder im Verhältnis ihrer Beteiligung am Zweckverband ausbezahlt.



Umsätze

Im Jahr 2023 wurden keine Umsätze getätigt.

Erträge

Die Erträge bestehen im Wesentlichen aus den Umlagen der Mitglieder. Die Erträge bestehen aus der Betriebskostenumlage der Mitglieder i. H. v. 842.832,10 €, Erträge aus der nachträglich gezogenen Vorsteuer aus den Rechnungen, die der Landkreis im Jahr 2021 für die Stadtbahn verauslagt hatte, i. H. v. 30.704,95 €, periodenfremden Erträgen aus der Verrechnung der Sachkosten für die Jahre 2018 bis 2021 i. H. v. 51.831,61 €, der Auflösung einer Rückstellung i. H. v. 35.556,01 € sowie der Auflösung der Eigenvermögensumlage i. H. v. 35.469 €.

3.2.8 Anzahl der Beschäftigten

Zum Stichtag 31.12.2023 hatte der Zweckverband Stadtbahn im Landkreis Ludwigsburg sieben eigene Mitarbeiter. Davon waren zwei Mitarbeiterinnen auf Minijob-Basis angestellt, ein Mitarbeiter Werkstudent und ein Mitarbeiter Praktikant. Drei Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen des Landkreises wurden zum Zweckverband abgeordnet, wobei zwei Abordnungen zum 31.12.2023 beendet wurden.



4. Zweckverband Helene-Lange-Gymnasium Markgröningen

SCHULVERBAND
Helene-Lange-Gymnasium Markgröningen
Horizonte weiten - Kreativität stärken - Gemeinschaft leben
Aufbaugymnasium in Ganztagesform



4.1 Allgemeine Angaben

Anschrift Hindenburgstraße 40
 71638 Ludwigsburg

Rechtsform Zweckverband

Gründungsdatum 24. Juni 1988

4.2 Rechtliche Verhältnisse

4.2.1 Gegenstand des Unternehmens

Nachdem der Ministerrat des Landes Baden-Württemberg am 24.06.1985 beschlossen hatte, das Staatliche Aufbaugymnasium mit Heim in Markgröningen aufzulösen bzw. in herkömmlicher Form nicht mehr weiterzuführen, haben der Landkreis Ludwigsburg und die Stadt Markgröningen den Schulverband Helene-Lange-Gymnasium gegründet, damit die Schule im Ganztagesbetrieb weitergeführt werden kann.

Verbandsmitglieder sind der Landkreis Ludwigsburg und die Stadt Markgröningen.

4.2.2 Beteiligungsverhältnisse

Der Zweckverband verfügt über kein Stammkapital.

4.2.3 Beteiligungen des Unternehmens

Der Zweckverband ist an keinen Unternehmen beteiligt.



4.2.4 Besetzung der Organe, sowie Gesamtbezüge der Geschäftsführung und des Aufsichtsrats

Organ	Funktion	Name des Mitglieds
Verbandsvorsitz	Vorsitz	Landrat Dietmar Allgaier
	Stellv. Vorsitz	Bürgermeister Jens Hübner
Verbandsversammlung	Gesetzlicher Vertreter des Landkreises Ludwigsburg	Landrat Dietmar Allgaier
	Gesetzlicher Vertreter der Stadt Markgröningen	Bürgermeister Jens Hübner
	Vertretung des Landkreises Ludwigsburg	Dorothea Bechtle-Rüster
		Ingrid Farian
		Andreas Frisch
		Rainer Gessler
		Julian Göttlicher
		Sibylle Gutjahr
		Claudia Häcker
		Klaus Herrmann
		Michael Klumpp
		Florian Lutz
		Brigitte Muras
		Werner Nafz
		Martin Queißer
		Susanne Schwarz-Zeeb
	Marianne Stellmacher	
	Veronika Wernstedt	
	Vertretung der Stadt Markgröningen	Hans Bader
		Katja Drobac- Liebmann
		Maximilian Gessler
		Martin Krämer
Matthias Reutter		
Claudia Thannheimer		
Sabrina Wild-Zechmeister		

Gesamtbezüge der Mitglieder der Geschäftsführung und des Aufsichtsrats:

Die Mitglieder der Verbandsversammlung erhalten für die Teilnahme an den Sitzungen des Gremiums oder von Ausschüssen usw. oder für Verrichtungen im Auftrag der Verbandsversammlung unabhängig von der zeitlichen Inanspruchnahme eine jährliche pauschale Entschädigung von 80 €.

Die Aufwandsentschädigung für den Verbandsvorsitzenden wird auf monatlich 307 € festgelegt.



4.2.5 Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks des Unternehmens

Der Schulverband ist Schulträger für das Helene-Lange-Gymnasium im Sinne von § 27 Abs. 1 des Schulgesetzes für Baden-Württemberg.

4.2.6 Grundzüge des Geschäftsverlaufs und Lage des Unternehmens

Im Haushaltsjahr 2023 wurde die Erneuerung der Sicherheitstechnik (Arbeitstitel: Brandschutzmaßnahmen) insb. mit dem erstmaligen Einbau einer Brandmeldeanlage und Sicherheitsbeleuchtung am Helene-Lange-Gymnasium fortgesetzt, ebenso wurde der neue Netzanschluss Strom realisiert.

Im Bereich der Digitalisierung wurde ein neuer Serverschrank mit Klimaanlage in Betrieb genommen.

Soweit der Finanzbedarf des Verbands nicht durch sonstige Erträge und Einzahlungen gedeckt werden kann, wird er von den Verbandsmitgliedern durch Umlagen aufgebracht.

Der durch den Schulbetrieb verursachte Aufwand im Ergebnishaushalt (Betriebskostenumlage) und der Finanzbedarf für bewegliches Vermögen im Finanzhaushalt (Investitionsumlage Beschaffung) wird vom Landkreis Ludwigsburg mit einem Anteil von 68/100 und von der Stadt Markgröningen mit einem Anteil von 32/100 getragen.

Beim Schulverband waren 2023 als Betriebskostenumlage insgesamt 893.358 € und 16.000 € als Investitionsumlage Beschaffung veranschlagt, in Summe 909.358,00 €.

Nach Abrechnung der Umlagen zum 31.12.2023 ergab sich ein Abmangel in Höhe von 72.151,31 €. Eine Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses stand 2023 nicht mehr zur Verfügung. Damit ergab sich eine Nachforderung an die Verbandsmitglieder auf die Umlage in Höhe dieses Betrages.

4.2.7 Kapitalzuführungen und -entnahmen

Der Zweckverband verfügt über kein Stammkapital, daher erfolgen keine Kapitalzuführungen und -entnahmen durch den Landkreis Ludwigsburg.

4.2.8 Anzahl der Beschäftigten

Im Berichtsjahr betrug die durchschnittliche Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer:

	2023	2022
Mitarbeitende insgesamt	14	14
davon Aushilfen, geringfügig Beschäftigte und Praktikanten	1	1

Mit Ausnahme des Hausmeisters handelt es sich bei den beiden Schulsekretärinnen sowie beim Küchen- und Reinigungspersonal um Teilzeitbeschäftigte.



VII. Weitere Gesellschaften/ Beteiligungen

1. Stiftung Schullandheim Strümpfelbrunn



1.1 Allgemeine Angaben

Anschrift Landheimweg 10 - 12
69429 Waldbrunn

Rechtsform Rechtsfähige Stiftung des bürgerlichen Rechts

Gründungsdatum 30. April 1970

1.2 Rechtliche Verhältnisse

1.2.1 Gegenstand des Unternehmens

Zweck der Stiftung ist die Förderung der Bildung und Erziehung. Dieser wird insbesondere durch projektorientierte und fächerübergreifende Bildung im Bereich der Umwelterziehung, Naturwissenschaften, Technik, Gesundheitserziehung u.a., Bildung im Bereich Musik, interkulturelle Begegnungen, soziale und integrative Maßnahmen sowie sportliche Aktivitäten, verwirklicht. Die Stiftung betreibt und verwaltet ein Schullandheim in Waldbrunn-Strümpfelbrunn im Neckar-Odenwald-Kreis.

Die Stiftung verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke i.S. des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung. Sie ist selbstlos tätig und verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke.

1.2.2 Beteiligungsverhältnisse

Das **Stammkapital** der Stiftung beträgt 81.806,70 €.

Stiftungsträger	Anteil am Stammkapital	Anteil
Landkreis Ludwigsburg	40.903,35 €	50 %
Kreissparkasse Ludwigsburg	40.903,35 €	50 %



1.2.3 Beteiligungen des Unternehmens

Die Stiftung Schullandheim Strümpfelbrunn ist an keinen Unternehmen beteiligt.

1.2.4 Besetzung der Organe, sowie Gesamtbezüge der Geschäftsführung und des Aufsichtsrats

Organ	Funktion	Name des Mitglieds
Stiftungsträger	Landkreis Ludwigsburg	
	Kreissparkasse Ludwigsburg	
Geschäftsführung	Geschäftsführung	Daniela Bräunling
	Stv. Geschäftsführung	Beatrice Theissen
Stiftungsvorstand	Vorsitz	Landrat Dietmar Allgaier
	Stv. Vorsitz	Direktor Thomas Raab (Kreissparkasse Ludwigsburg)
	Mitglieder des Kreistags des Landkreises Ludwigsburg	Julian Göttlicher
		Marianne Stellmacher
		Susanne Schwarz-Zeeb
		Christian Herbst
	Mitglieder des Verwaltungsrats der Kreissparkasse Ludwigsburg	Jürgen Kessing
		Reinhold Noz
		Hans Schmid
		Gerd Maisch
Thomas Nytz		
Mitglied der Schulverwaltung	Sabine Conrad	

Gesamtbezüge der Mitglieder der Geschäftsführung und des Stiftungsvorstands:

Die Gesellschaft macht bezüglich der Bezüge der Geschäftsführung von den Befreiungsvorschriften nach § 286 Abs. 4 HGB gebrauch.

Die Vergütungen für den Stiftungsvorstand betragen im Berichtsjahr 426,18 € (Vorjahr 785,30 €). (Anmerkung: Die Entschädigung für die Tätigkeit im Stiftungsvorstand ab 01.01.2022 beträgt 90 € und wird als Jahrespauschale am Jahresende ausbezahlt. In den Vorjahren betrug das Sitzungsgeldes 80 € plus Fahrtkostenpauschale.)

1.2.5 Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks des Unternehmens

Der Schullandheimaufenthalt soll hauptsächlich Schülerinnen und Schülern der öffentlichen Schulen aus dem Landkreis Ludwigsburg ermöglicht werden. Soweit der Belegungsplan dies zulässt, können im Schullandheim auch Schüler von Schulen außerhalb des Landkreises oder gemeinnützige Vereine in- und außerhalb des Landkreises Ludwigsburg untergebracht werden.



Das Schullandheim ist eine moderne Freizeit- und Tagesstätte. Es bietet Platz für rund 100 Personen und verfügt über 23 gut ausgestattete Vier- und Fünfbett-Zimmer für Schüler und Jugendliche.

1.2.6 Grundzüge des Geschäftsverlaufs und Lage des Unternehmens

Gemäß der Satzung der Stiftung hat sich der Vorstand eine Geschäftsordnung gegeben, die die Abläufe beim Zusammentreffen des Vorstands regelt, um Sachverhalte zu besprechen und zu entscheiden.

In der Satzung der Stiftung wird weiter festgelegt, dass der Vorstand für jedes Geschäftsjahr einen Haushaltsplan und für jedes abgelaufene Geschäftsjahr eine Jahresrechnung und einen Geschäftsbericht zu erstellen hat.

Der Vorstand der Stiftung hat bei der Vorstandssitzung am 11.12.2024 den Geschäftsbericht 2023 zur Kenntnis genommen und die Jahresrechnung 2023 für das Schullandheim Strümpfelbrunn genehmigt.

Zum 01.04.2023 wurde eine weitere Haus- und Küchenhilfe mit einem Beschäftigungsumfang von 40 % eingestellt. Für das Jahr 2023 wurden 7.044 Verpflegungseinheiten erreicht.

Bei Gesamtausgaben von 375.946,85 € und Gesamteinnahmen von 197.827,37 € ergibt sich im Jahr 2023 somit ein Zuschussbedarf von 178.119,48 €.

Die Jahresrechnung 2023 wurde am 03.12.2024 vom Stabsbereich Prüfung und Kommunalaufsicht des Landratsamtes geprüft, am 11.12.2024 vom Stiftungsvorstand genehmigt und dem Regierungspräsidium Stuttgart vorgelegt.

1.2.7 Kapitalzuführungen und -entnahmen

Im Geschäftsjahr 2023 gab es keine Kapitalzuführungen und -entnahmen durch den Landkreis Ludwigsburg.

1.2.8 Anzahl der Beschäftigten

Informationen zu den durchschnittlichen Beschäftigten im Geschäftsjahr:

	2023	2022
Beschäftigte insgesamt	7	6

Bei der Ermittlung wurden die beschäftigten Arbeitnehmer/innen alle voll berücksichtigt (sog. Kopfzahl). So werden auch nur anteilig Beschäftigte (z.B. 50%-Stelle, geringfügig Beschäftigte oder Aushilfen) als „ganze“ Arbeitnehmer gerechnet.



2. Stiftung Burg Lichtenberg Oberstenfeld

2.1 Allgemeine Angaben

Anschrift	Großbottwarer Str. 20 71720 Oberstenfeld
Rechtsform	gemeinnützige kommunale Stiftung
Gründungsdatum	31.01.2019

2.2 Rechtliche Verhältnisse

2.2.1 Gegenstand des Unternehmens

Der Zweck der Stiftung ist die Förderung von Kunst und Kultur sowie des Denkmalschutzes und der Denkmalpflege. Die Stiftung verfügt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung.

2.2.2 Beteiligungsverhältnisse

Das **Stammkapital** der Stiftung beträgt 475.000 €.

Gesellschafter	Anteil am Stammkapital	Anteil
Landkreis Ludwigsburg	300.000 €	63 %
Gemeinde Oberstenfeld	175.000 €	37 %

2.2.3 Beteiligungen des Unternehmens

Die Stiftung Burg Lichtenberg Oberstenfeld ist an keinen Unternehmen beteiligt.

2.2.4 Besetzung der Organe, sowie Gesamtbezüge der Geschäftsführung und des Aufsichtsrats

Organ	Funktion	Name
Vorstand	Vorstandsvorsitz	Edmund Hug
	Technisches Vorstandsmitglied	Alois Braunmiller
	Kaufmännisches Vorstandsmitglied	Julia Rügler
Stiftungsrat	Landrat Landkreis Ludwigsburg	Dietmar Allgaier
	Gemeinde Oberstenfeld	BM Markus Kleemann
	Mitglied des Vorstands der Kreissparkasse Ludwigsburg	Dieter Wizemann



Gesamtbezüge der Mitglieder der Geschäftsführung und des Aufsichtsrats:

Die Gesellschaft macht bezüglich der Bezüge der Geschäftsführung von den Befreiungsvorschriften nach § 286 Abs. 4 HGB Gebrauch.

Die Vergütungen für den kaufmännischen Vorstand betragen im Berichtsjahr 300 € (Vorjahr 300 €).

2.2.5 Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks des Unternehmens

Der Landkreis Ludwigsburg fördert mit der Beteiligung an der Stiftung Burg Lichtenberg Kunst und Kultur sowie den Erhalt und die Pflege des Denkmals. Ein öffentlicher Zweck ist damit erfüllt.

2.2.6 Grundzüge des Geschäftsverlaufs und Lage des Unternehmens

Die Stiftung hat den Großteil des Stiftungskapitals in verschiedene Geldanlagen angelegt. Damit werden Erträge generiert. Über die Verwendung dieser Erträge entscheidet der Stiftungsvorstand im Rahmen des jeweiligen Haushaltsplans.

Im Jahr 2022 wurden die Anlagen getätigt. Investitionen oder andere Verwendungen des Stiftungskapitals haben nicht stattgefunden.

Erträge und Ausschüttungen betragen im Jahr 2023 8.309,90 €. Die erzielten Überschüsse in Höhe von 7.349,26 € wurden gem. § 62 Abs. 4 AO den Rücklagen zugeführt.

Bei der Geschäftsführung der Stiftung gibt es keine Auffälligkeiten.

2.2.7 Kapitalzuführungen und -entnahmen

Im Geschäftsjahr 2023 gab es keine Kapitalzuführungen und -entnahmen durch den Landkreis Ludwigsburg.

2.2.8 Anzahl der Beschäftigten

Die Stiftung verfügt über kein eigenes Personal.



3. Landschaftserhaltungsverband Landkreis Ludwigsburg e.V.



Landschaftserhaltungsverband
Landkreis Ludwigsburg e.V.

www.lev-ludwigsburg.de

3.1 Allgemeine Angaben

Anschrift	Hindenburgstraße 40 71638 Ludwigsburg
Rechtsform	Gemeinnütziger Verein
Gründungsdatum	01.12.2015

3.2 Rechtliche Verhältnisse

3.2.1 Gegenstand des Unternehmens

Zweck des Vereins ist die Förderung des Naturschutzes und der Landschaftspflege im Sinne des Bundesnaturschutzgesetzes und des Landesnaturschutzgesetzes Baden-Württemberg sowie des Umweltschutzes.

Dieser wird insbesondere verwirklicht durch:

1. Erhaltung, Pflege und Entwicklung der Kulturlandschaft in ihrer standorttypischen Ausprägung insbesondere die Entwicklung von Maßnahmen zum Erhalt und zur Pflege von Streuobstwiesen und zur Erhaltung von Trockenmauer-Steillagen
2. Erhaltung reizvoller Landschaftsbilder in ihrer Vielfalt und ihrem Artenreichtum
3. Offenhaltung der Kulturlandschaft und beratende Mitwirkung bei entsprechenden Flurerneuerungsverfahren
4. Erhaltung und Pflege besonderer Biotope und ökologisch wertvoller Flächen sowie die Pflege und Entwicklung von Biotopverbundsystemen und die Entwicklung von Biotopvernetzungs Konzepten
5. Organisation und Pflegemaßnahmen in Schutzgebieten und anderen geförderten Gebieten sowie von Artenschutzmaßnahmen im Auftrag der Naturschutzverwaltung
6. Beratung bei der Umsetzung von Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen nach Bundes- und Landesnaturschutzgesetz
7. Mitwirkung bei der Umsetzung des Europäischen Schutzgebietsnetzes Natura 2000, namentlich durch die Umsetzung von Managementplänen (MAP)



3.2.2 Vereinsmitglieder/ Beteiligungsverhältnisse

Der Landschaftserhaltungsverband verfügt über kein Stammkapital.

In der Satzung ist die drittelparitätische Vertretung

1. des Landkreises und der Gemeinden,
 2. der anerkannten Naturschutzvereinigungen und der höheren Naturschutzbehörde und
 3. der landwirtschaftlichen Berufsvertretung und der höheren Landwirtschaftsbehörde
- festgeschrieben.

Zu den Mitgliedern zählen aktuell 31 der insgesamt 39 Kommunen im Landkreis, mehrere Landwirtschafts- und Naturschutzverbände sowie Privatpersonen.

Laut Jahresabschluss 2023 beträgt die Beteiligung des Landkreises über die Summe der Personal- und Sachkostenzuschüsse 22,87 % als Anteil der Gesamtausgaben des Vereins.

3.2.3 Beteiligungen des Unternehmens

Der Verein ist an keinen Unternehmen beteiligt.

3.2.4 Besetzung der Organe, sowie Gesamtbezüge der Geschäftsführung und des Aufsichtsrats

Organ	Funktion	Name
Vorstand	Vorsitz	Landrat Dietmar Allgaier
	Kommunen	BM Thomas Winterhalter (Stadt Steinheim an der Murr)
		BM Albrecht Dautel (Stadt Bönnigheim)
	Höhere Naturschutzbehörde	Ulrike Möck (Regierungspräsidium Stuttgart)
	Anerkannte Naturschutzvereinigungen	Werner Brekle (Landesnatschutzverband e.V., LNV)
		Klaus Rüdener (Naturschutzverbund Deutschland e.V., NABU)
	Höhere Landwirtschaftsbehörde	Cornelia Kästle (Regierungspräsidium Stuttgart)
	Landwirtschaftliche Berufsvertretung	Eberhard Zucker (Bauernverband Heilbronn-Ludwigsburg e.V.)
Florian Petschl (Bauernverband Heilbronn-Ludwigsburg e.V.)		
Geschäftsstelle	Geschäftsführung	Andreas Fallert
	Stv. Geschäftsführung	Charlotte Ritter
	Biotopverbund-Fachberatung	Johanna Klebe
	Sekretariat	Sandra Obele



Mitglieder	Landkreis Ludwigsburg	Landrat Dietmar Allgaier
	Kommunen	Affalterbach
		Asperg
		Bietigheim-Bissingen
		Bönnigheim
		Ditzingen
		Eberdingen
		Erdmannhausen
		Erligheim
		Gemrigheim
		Gerlingen
		Großbottwar
		Hemmingen
		Hessigheim
		Ingersheim
		Kirchheim am Neckar
		Korntal-Münchingen
		Kornwestheim
		Ludwigsburg
		Marbach am Neckar
		Markgröningen
		Mögglingen
		Murr
		Oberstenfeld
		Pleidelsheim
		Remseck am Neckar
		Sachsenheim
		Schwieberdingen
		Steinheim an der Murr
		Tamm
		Vaihingen an der Enz
		Walheim
		Vereine
		Bauernverband Heilbronn-Ludwigsburg e.V.
		Schwäbischer Albverein e.V. Stromberg-Gau
		Landesnaturschutzverband Baden- Württemberg e.V. Arbeitskreis Ludwigsburg
		Maschinenring Rems-Murr-Neckar-Enz e.V.
		NABU Kreisverband Ludwigsburg e.V.
		Jägervereinigung Ludwigsburg e.V.
		Kreisverband für Obstbau, Garten und Landschaft
		Fachwarte für Obst und Garten im Landkreis Ludwigsburg e.V.
		FOGE Forschungsgemeinschaft zur Erhaltung einheimischer Eulen e.V.



		Kreisverband für Obstbau, Garten und Landschaft
		Landesfischereiverband Baden-Württemberg e.V.
	Privatpersonen	4 private Mitglieder

3.2.5 Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks des Unternehmens

Der Landschaftserhaltungsverband unterstützt diverse Gebietskörperschaften (Land, Kreis, Kommune) sowie Interessenverbände (z.B. Landwirtschafts-, Jagd oder Naturschutz-verbände) und Privatpersonen bei der Umsetzung verschiedener Maßnahmen zum Erhalt der in §65 NatSchG BW genannten Gegenstände (z.B. europäisch oder bundesweit oder landesrechtlich gesetzlich geschützte Biotope, Lebensräume, Habitate und Arten). Dabei beraten die Mitarbeiter/-innen der Geschäftsstelle auch die jeweiligen Fachbehörden zum Beispiel bei der verwaltungsrechtlichen Umsetzung der bzw. Förderung durch die Landschaftspflegerichtlinie (LPR). Insbesondere werden dabei und über die (landesspezifischen) Förderungen der LPR hinaus Angebote geschaffen, die explizit nicht über die Landesförderprogramme (z.B. LPR, FAKT, Kronenpflegezuschuss im Streuobst, etc.) finanziert werden, für die aber ein erheblicher naturschutzfachlicher Bedarf besteht. Dies vor allem in landkreisspezifischen Lebensräumen wie artenreiche Agrarökosysteme, Trockenmauer-Steillagen und Streuobstwiesen.

Durch die Zuschüsse des Landkreises an den LEV werden jährlich Maßnahmen für den Erhalt der in §65 NatSchG BW genannten Gegenstände umgesetzt, die ohne diese Zuschüsse nicht umgesetzt werden könnten und an vielen Stellen zum Verlust (Stichwort: Erhaltungsgebot und Verschlechterungsverbot gemäß FFH- und Vogelschutzrichtlinie) derselben führen würden. Des Weiteren fördert der LEV das Wissen über die Bewirtschaftung von Streuobstwiesen und die Wertschätzung der biologischen Vielfalt in Streuobstwiesen durch „Die Streuobstwiese - Das Klassenzimmer im Grünen, Streuobstpädagogik an Grundschulen“. Des Weiteren sind zu nennen die dezentrale Sammlung von Schnittgut in Streuobstwiesen, die Beauftragung von Revitalisierungsschnitten in europarechtlich geschützten Streuobstwiesen und solchen in denen eine Streuobstkonzepktion vorliegt, außerdem das Lichtackerprojekt zur Förderung gefährdeter Offenlandbrüter.

3.2.6 Grundzüge des Geschäftsverlaufs und Lage des Unternehmens

Das Geschäftsjahr 2023 ist das achte Arbeitsjahr des Landschaftserhaltungsverbandes Landkreis Ludwigsburg.

Einen großen Anteil der Arbeit der LEV-Geschäftsstelle haben im Jahr 2023 die Fortführung von auslaufenden Verträgen nach den Landschaftspflegerichtlinien, die Umsetzung des Kreispflegeprogramms, die Natura2000-Umsetzung sowie die Vorbereitung und Umsetzung von dreizehn Biotopverbundplänen sowie die Umsetzung von diversen Biotopverbundmaßnahmen eingenommen. Weitere Schwerpunkte der LEV-Arbeit lagen im Jahr 2023 – neben der Planung und Umsetzung von Landschaftspflegemaßnahmen und der fachlichen Beratung von Mitgliedern und Landbewirtschaftern – wieder in der Umsetzung bzw. Weiterführung mehrerer Kooperationsprojekte im Bereich der satzungsgemäßen Aufgabenschwerpunkte „Entwicklung von Maßnahmen zum Erhalt und zur Pflege von Streuobstwiesen“ und „Erhaltung von Trockenmauersteillagen“.



Laut dem Jahresabschluss sind 2023 Gesamtausgaben in Höhe von 310.722,18 € entstanden, die zu 72,5 % (225.212,95 €) aus Personalkosten und zu 27,5 % (85.509,23 €) aus Sachaufwendungen resultierten.

Für die einzelnen LEV-Projekte standen 2023 zum vierten Mal auch die Landkreisförderung in Höhe von 30.000 €/Jahr zur Verfügung. Von den zur Verfügung stehenden 30.000 € sind insgesamt 29.212,34 € (97,5 %) für entsprechende Projekte und Maßnahmen verwendet worden.

Die Förderung für den Streuobstpädagogikunterricht an Grundschulen in Höhe von 10.782,28 € wurde vom Landkreis zu 2/3 finanziert. Außerdem wurden Trockenmauersanierungen in Landschaftspflegegebieten im Umfang von 38.436,14 € durch die Förderung der Stiftung Umwelt- und Naturschutz der Kreissparkasse Ludwigsburg und des Landratsamts, Fachbereich 22 (Umwelt) umgesetzt. Die übrigen Projektkosten in Höhe von 89,30 € wurden über Mitgliedsbeiträge finanziert.

Den Ausgaben in Höhe von 310.722,18 € standen Einnahmen in Höhe von 322.336,47 € gegenüber. Diese setzten sich überwiegend zusammen aus Mitgliedsbeiträgen in Höhe von 11.875,00, Personalkostenzuschüssen des Landes (190.750,80 €) und des Landkreises (34.462,15 €) in Höhe von insgesamt 225.212,95 €, sowie 9.696,00 € Sachkosten-pauschale für die BV-Stelle, Spenden von 802,90 €, Projektmittelzuschüssen des Landkreises von insgesamt 33.084,89 € und 34.592,53 € der Stiftung Umwelt- und Naturschutz der Kreissparkasse Ludwigsburg.

Aus der Bilanz von Einnahmen und Ausgaben ergibt sich für 2023 ein Überschuss von 11.614,29 €.

3.2.7 Kapitalzuführungen und -entnahmen

Im Geschäftsjahr 2023 gab es keine Kapitalzuführungen und -entnahmen durch den Landkreis Ludwigsburg.

3.2.8 Anzahl der Beschäftigten

Die Geschäftsstelle ist mit vier Personen und 3,2 Stellenäquivalenten besetzt.

	2023	2022
Beschäftigte insgesamt	4	4
Davon Aushilfen, geringfügig Beschäftigte und Praktikanten	1	1

Bei der Ermittlung wurden die beschäftigten Arbeitnehmer/innen alle voll berücksichtigt (sog. Kopfzahl). So werden auch nur anteilig Beschäftigte (z.B. 50%-Stelle, geringfügig Beschäftigte oder Aushilfen) als „ganze“ Arbeitnehmer gerechnet.